

Hans-Jürgen Bucher / Erich Straßner

Mediensprache
Medienkommunikation
Medienkritik

gnV Gunter Narr Verlag Tübingen

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Bucher, Hans-Jürgen:

Mediensprache, Medienkommunikation, Medienkritik / Hans-Jürgen Bucher ;
Erich Strassner. – Tübingen : Narr, 1991

ISBN 3-8233-4109-X

NE: Strassner, Erich.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Werkdruckpapier

© 1991 · Gunter Narr Verlag Tübingen
Dischingerweg 5 · D-7400 Tübingen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck: Laupp + Göbel, Nehren
Verarbeitung: Nädele, Nehren
Printed in Germany

ISBN 3-8233-4109-X

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	IX
PRESSEKRITIK UND INFORMATIONSPOLITIK Zur Theorie und Praxis einer linguistischen Medienkritik <i>Hans-Jürgen Bucher</i>	
1. Pressekritik und Informationspolitik in der öffentlichen Kommunikation	3
1.1 Zur Einführung: Informationspolitik oder „das gemeine Beste erfordert rhetorische Figuren“	3
1.2 Öffentliche Pressekritik	7
1.3 Journalistische Prinzipien	10
1.3.1 Prinzipienkonflikte	10
1.3.2 Prinzipienbegründungen	13
1.3.3 Prinzipienanwendung	16
Anmerkungen	18
2. Formen der Pressekritik	21
2.1 Pressekritik als Ausdrucks- und Stilkritik	21
2.2 Pressekritik als Inhalts- und Ideologiekritik	23
2.3 Pressekritik als Textkritik	26
2.4 Pressekritik als Kritik pressenspezifischer Darstellungsformen	29
2.5 Pressekritik als kritische Kommunikationsanalyse	33
2.5.1 Grundstrukturen der Pressekommunikation	33
2.5.2 Strategische Zusammenhänge der Pressekommunikation	37
Anmerkungen	42
3. Informationspolitik in der Presseberichterstattung: eine Fallstudie	46
3.1 Ein gesellschaftlicher Konflikt: Ausgangsbedingungen der Informationspolitik	46
3.2 Ereignisberichterstattung und öffentliche Meinungsbildung: Erträge der Informationspolitik	48
3.3 Strategien der Ereignisdarstellung	51
3.3.1 Aufmacherstrategien	52
3.3.2 Ereignisdarstellung und Ereignisbezug	55
3.3.3 Die Darstellung von Ereigniszusammenhängen oder fünf Variationen über ein Thema	58

VI	Inhaltsverzeichnis	
3.4	Strategien des Kommentierens oder: Informationspolitik mit offenem Visier	64
3.4.1	Meinungskampagne	66
3.4.2	Die Reparatur der Standard-Geschichte	68
3.5	Periodische Strategien der Vor- und Nachberichterstattung ..	70
3.5.1	Strategien der Themenbehandlung	74
3.5.2	Strategien der Kommunikationsführung	79
3.6	Zusammenfassung	85
	Anmerkungen	88
	Anhang	91
1.	Inhaltsstruktur und thematische Gewichtung der Bericht- erstattung zu den Demonstrationseignissen (9.6.1986)	91
2.	Die Aufmacher der untersuchten Tageszeitungen vom 9. Juni 1986	92
3.	Kommentare zu den Demonstrationseignissen in der Berichterstattung vom 9. Juni	100
4.	Kommentare aus der Nachberichterstattung	105
5.	Beitragskonstellation in der WELT vom 11. Juni 1986	108
6.	Karikaturen aus der Nachberichterstattung der WELT	109

MIT ‚BILD‘ FING ES AN
Mediensprache im Abwind
Erich Straßner

1.	Presse	113
1.1	‚Bild – Deutschlands modernste Zeitung‘	113
1.2	‚BILD der FRAU‘	118
1.3	‚AUTO BILD‘	120
1.4	‚Sport Bild‘	121
1.5	‚JA. DIE ZEITUNGSILLUSTRIERTE‘	122
1.6	‚DIE WELT‘ ‚HÖRZU‘	123
1.7	‚Express‘	123
1.8	‚a. die aktuelle‘	125
1.9	Regenbogen-Presse	127
1.10	‚BRAVO‘	129
1.11	‚twen‘	132
1.12	Abonnements-Zeitungen – Tagespresse	137
1.13	‚SPIEGEL‘	141
1.14	‚DIE TAGESZEITUNG (TAZ)‘	143
1.15	Weitere Alternativpresse	147
1.16	Zeitgeist-Magazine	148

	Inhaltsverzeichnis	VII
2.	Hörfunk	151
2.1	Öffentlich-rechtliche Programme	151
2.2	Privater Hörfunk	165
3.	Fernsehen	177
3.1	Öffentlich-rechtliches Fernsehen	177
3.2	Privates Fernsehen	203
4.	Mediendeutsch – Schweinedeutsch?	227
	Anmerkungen	227
	Literatur	231

PRESSEKRITIK UND INFORMATIONSPOLITIK
Zur Theorie und Praxis einer linguistischen Medienkritik

Hans-Jürgen Bucher
Tübingen

*Es wird immer etwas gewollt, was nicht
gesagt wird. Man könnte den Text je-
der Zeitungsnummer ins Wirkliche über-
setzen.*

(Tucholsky, 1921)

1. Pressekritik und Informationspolitik in der öffentlichen Kommunikation

Politische Wahrscheinlichkeit, Lat. Probabilitas Politica, ist diejenige Wahrscheinlichkeit, wenn wir aus der Übereinstimmung aller Handlungen, und damit verknüpften Umstände der Menschen, auf ihre Absicht und Gemüthsbeschaffenheit schließen.

(Zedler-Universal-Lexikon, 1747)

1.1 Zur Einführung: Informationspolitik oder „das gemeine Beste erfordert rhetorische Figuren“

Das Wissen, daß man mit der Presseberichterstattung nicht nur über Politik informieren, sondern, insbesondere in gesellschaftlichen Konfliktsituationen, auch Politik machen kann, ist fast so alt wie die Presse selbst. Immerhin nur ein Jahr jünger als die beiden ältesten Wochenzeitungen „Aviso“ und „Relation“ aus dem Jahre 1609 ist der überlieferte Versuch, durch eine lancierte Pressemitteilung in den sogenannten Habsburger Bruderzwist zwischen dem österreichischen König Matthias und seinem Bruder Kaiser Rudolf II einzugreifen. Der Wiener Bischof Khlesl, zugleich politischer Berater von Matthias, schlug vor, Informationen zur Kampfbereitschaft und -stärke seines Mandanten „in die Casseta mit gueter manier ein(zu)bringen“, um so das in Prag tagende gegnerische Lager der Fürsten des Kaisers unter Druck zu setzen und „weit in ein anderes Konzept (zu) bringen“ (Blühm/Engelsing, 1967, 23/24.). Für die Publizisten des 17. Jahrhunderts war die politische Nutzung des neuen Mediums Zeitung ein akzeptiertes Mittel absolutistischer Politik. In der damals geführten Pressedebatte dominiert die Auffassung, „es gebüre(t) dem Postmeister / als Untertanen zu gehorchen“, wenn, „wie oft geschiehet / der Herr und die Obrigkeit des Ortes befehlen würde / einen nie erhaltenen Sieg / eine vorsehende Belagerung dieser oder jener Festung / ... / oder andere Anstalt in die Zeitung zu tragen“. (Stieler, K.: (1695), 1969, 34.). In Zedlers Universallexikon von 1749 wird die Presselenkung unter dem Stichwort „Zeitung“ bereits als eines ihrer Bestimmungsmerkmale aufgeführt und als „ordentliches Verfahren der politisch Klugheit“ gerechtfertigt.

Es ist gewiß in Ansehung des Landes-Herrn und seiner Rathgeber, auch dem Lande vielmahls selbst, weit besser und nützlicher, wenn man denen Unterthanen einen Theil des Uebels in dem Verluste der

Schlachten, und in dergleichen andern wichtigen Widerwärtigkeiten verheelet. Dergleichen Betrug nennet man Staatsstreiche, *Arcana imperii*: Dieß ist ein ordentliches Verfahren der Politischen Klugkeit: [...] Niemand darf also die Verstellung einer Zeitung tadeln, welche den Begebenheiten auf den Fuße folgen. Das gemeine Beste erfordert rhetorische Figuren, welche den Verlust, den man erlitten hat, und die Vortheile des Feindes verringern.¹

Auch wenn sich Vergleiche mit heutigen Praktiken politisch-strategischer Mediennutzung aufdrängen – beispielsweise im Falle der sogenannten Rabta-Giftgas-Affäre um die Firma Imhausen-Chemie, oder der Strahlenerwerte-Informationspolitik nach Tschernobyl, aber auch bei vielen unspektakulären Fällen „bestellter Wahrheiten“² – darf nicht übersehen werden, daß das Zusammenspiel von Presse und Politik heute nach komplizierteren Spielregeln funktioniert: über inszenierte Berichterstattungsanlässe wie Pressekonferenzen, sogenannte Hintergrundgespräche oder auch über subtile Formen der Presselenkung. Um Libyens Staatschef Ghaddafi zu verunsichern, gab die US-Regierung nicht einfach eine Falschmeldung über eine bevorstehende militärische Auseinandersetzung mit Libyen heraus, sondern lancierte Verlautbarungen darüber mit einer Geheimhaltungsklausel. Den dahinterstehenden strategischen Trick beschrieb der damalige US-Außenminister Schultz mit seltener Deutlichkeit:

Ihr (die Journalisten, H.-J.B.) laßt die Regierung nichts Geheimes tun, wenn es euch möglich ist. Wenn wir also etwas zum großen Geheimnis machen und ihr könnt drankommen, veröffentlicht ihr es. Je höher die Klassifizierung, um so schneller berichtet ihr. In dem Sinne seid ihr berechenbar.³

Der strategische Einsatz gezielt ausgewählter Informationen ist jedoch nur eine der Varianten der Informationspolitik. Kritik und Warnungen der Publizisten des 17. Jahrhunderts lassen darauf schließen, daß bereits damals auch andere informationspolitische Verfahren bekannt waren: die Rufschädigung, wenn „die Zeitungen mit Schänd- und Schmähworten angefüllt ... seyn“ (Stieler, 167), die Diffamierung der Konkurrenz, indem man „wahre Zeitungen vor Unwahr ausschreyet“ (Stieler 168), das Kolagieren von Quellentexten, indem man „gedruckte Buchstaben aus einer anderen Zeitung ausschneidet/ dieselbigen/ seiner bösen Meinung nach auf ein weißes Papier rangiret und anreihet“ (Stieler 171) und nicht zuletzt das wiederholt kritisierte Kommentieren, die „parteyischen Beurteilungen und Rückgedanken ... so man reflectiones nennet“ (Stieler 171, auch 27).

Verglichen mit den heutigen pressenspezifischen Möglichkeiten der Informationspolitik erscheint das Repertoire der Journalisten des 17. Jahrhunderts trotz allem relativ begrenzt. Die Geschichte der Presse ist auch eine Geschichte der Erweiterung ihrer strategischen Nutzungsmöglichkeiten. Strategien setzten alternative Handlungsmöglichkeiten voraus, und

diese waren für die „Zeitungsschreiber“ des 17. Jahrhunderts nahezu ausschließlich auf das Sammeln und die Auswahl der Information beschränkt. Drucktechnische Bedingungen, einfache standardisierte Aufmachungsform in der Abfolge der Korrespondenzorte, ein begrenztes Repertoire journalistischer Darstellungsformen, Vorgaben durch das Informationsangebot der Korrespondenten und Zensurauflagen verhinderten eine starke Profilierung der einzelnen Zeitungen durch informationspolitische Tendenzen. Obwohl die politischen Ereignisse, über die *Aviso* und *Relation* im Jahre 1609 kontinuierlich berichteten, konfessionell stark polarisiert waren, z.B. die Ständeauseinandersetzung in Österreich, lassen sich in den beiden Zeitung kaum eindeutige protestantische oder katholische Tendenzen nachweisen.⁴ Im Gegensatz hierzu polarisieren heute konträre Meinungen zu aktuellen Themen auch die Berichterstattung über die entsprechenden Ereignisse. Im Unterschied zur Entstehungszeit der Presse sind die Zeitungen heute weniger Medium für Informationspolitik sondern mehr noch selbst Informationspolitiker geworden. Grund dafür sind einerseits die grundgesetzlich verbürgte Pressefreiheit und andererseits die enorm erweiterten journalistischen Handlungsmöglichkeiten. Informationspolitik kann heute nicht nur in Form einer Politik durch Informationen sondern als ein ganzes Ensemble informationspolitischer Maßnahmen betrieben werden.

Indiz für die Selbstverständlichkeit informationspolitischer Absichten sind die redaktionellen Leitlinien der verschiedenen Tageszeitungen. Im Falle des Springerkonzerns gelten sie sogar als bindende Richtlinien der redaktionellen Arbeit in allen konzerneigenen Zeitungen und Zeitschriften. Diese Richtlinien fordern z.B. „das unbedingte Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit“, „die Ablehnung jeglicher Art von politischem Extremismus, sei er von rechts oder links“, oder „die Bejahung der freien sozialen Marktwirtschaft“.⁵ Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG betont bereits in der ersten Ausgabe von 1.11.1949, daß Journalismus „nicht Selbstzweck“ sei, sondern daß das Blatt „eine Stimme Deutschlands in der Welt sein will“, die verhindern soll, daß „ein einziges Land, nämlich das unsere, in die europäische Gemeinschaft als ein Mitglied minderen Rechtes eintrete“. Daß Zeitungen über das Informieren hinaus eine redaktionelle Linie verfolgen, wird auch dann deutlich, wenn diese gegenüber Abweichlern gezogen werden muß. Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG entließ sogar zwei ihrer Herausgeber, weil sie mit ihren Beiträgen eigene informationspolitische Absichten verfolgten: Paul Sethe war zu kritisch gegenüber Adenäuers Außenpolitik, Jürgen Tern hielt sich in seiner Kommentierung der Ostpolitik Brandts nicht an die redaktionell vereinbarte Distanz zur SPD/FDP-Koalition.⁶ Und selbst in einer Zeitung mit breitem binnenpluralen Meinungsspektrum, wie der „tageszeitung“, wurden „Prozesse einer Grenzziehung“

„zwischen »Freiraum taz« und Spielwiese“ ausgelöst, als es um die Frage nach der Verwendbarkeit von nazistischen Ausdrücken – z.B. „gaskammervoll“ zur Charakterisierung einer Berliner Diskothek – ging.

Es wäre ein Mißverständnis der genannten Beispiele, wollte man in ihnen Belege dafür sehen, daß Informationspolitik per se einen Mißbrauch der Presseberichterstattung darstellt. Sie können ganz im Gegenteil zeigen, daß informationspolitische Absichten gewissermaßen den Witz der Presseberichterstattung ausmachen. Ebenso wie wir in unserem Alltagshandeln etwas nicht einfach so tun, sondern weitergehende Absichten damit verfolgen, sind auch Pressebeiträge Mittel für andere kommunikative Zwecke, die über das Informieren und Kommentieren hinausgehen. Ein ganz allgemeiner Zweck von Pressebeiträgen kann darin gesehen werden, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluß zu nehmen. Diese instrumentelle Sichtweise deckt sich mit der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts von der „öffentlichen Aufgabe“ der Presse, derzufolge sie alles andere als eine Generalanzeiger-Presse ist:

Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesensmerkmal des freien Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich. Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muß er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion in Gang; sie beschafft die Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung.⁷

Daß informationspolitische Absichten mit der Presseberichterstattung verfolgt werden ist dieser Funktionsbeschreibung gemäß konstitutiv für die Presse als öffentliche Form der Kommunikation.⁸ Zwar können Funktionsstörungen bei der öffentlichen Meinungsbildung auftreten, wenn die verfolgte Informationspolitik dem Leser verborgen bleibt, wenn er also manipuliert wird. Dieser Sachverhalt spricht aber nicht gegen, sondern für eine Pressekritik, die von den kommunikativen Konsequenzen der Berichterstattung ausgeht. Man kann eine solche Betrachtungsweise *strategisch* nennen, da ihr Ziel darin besteht, die informationspolitischen Verfahren zu rekonstruieren, mit denen einzelne Zeitungen versuchen, die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen.

Eine solche aufklärende Rekonstruktion für die Tagespresse sowie ihre sprachwissenschaftliche Fundierung ist Ziel des vorliegenden Beitrags. Eine Fallstudie der Pressekritik in Kapitel 3 soll in zwei Schritten vorbereitet werden. In diesem ersten Kapitel wird gezeigt, welche Rolle Informationspolitik und Pressekritik in der öffentlichen Kommunikation spielen. In Kapitel 2 werden verschiedene Formen der Pressekritik aus sprach-

wissenschaftlicher Sicht diskutiert. Ziel dabei ist die Einführung von Bausteinen einer kritischen Kommunikationsanalyse der Presseberichterstattung, die das Fundament der anschließenden Fallstudie bilden.

1.2 Öffentliche Pressekritik

Die strategische Nutzung der Presseberichterstattung zu informationspolitischen Zwecken durch die Zeitungsmacher hat auf seiten der Zeitungleser ihr Gegenstück in der Pressekritik. Unabhängig von ihrer Stichhaltigkeit gelten die Einwände, die unter den Hieb- und Stichworten wie „linke Kampfpresse“, „Vorverurteilungsjournalismus“, „journalistische Todesschwadron“, „Sensationspresse“, „Zentralorgan der Großindustrie“, „Tendenzjournalismus“ gegen die Berichterstattung der Zeitungen vorgebracht werden, ihrer Informationspolitik, d.h. ihren kommunikativen Absichten, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluß zu nehmen. So beurteilt die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG die SPIEGEL-Veröffentlichungen über den damaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, als den „massivsten Versuch einer aktuellen Wahlbeeinflussung, die es je gegeben hat“ und kritisiert dies als einen „schäbigen, aber vielleicht nicht ganz wirkungslosen Versuch [...], Politik nicht zu beschreiben, sondern sie zu betreiben“ (FAZ 14.9.87). Oder, um ein aktuelles Beispiel zu zitieren: Die ARD hielt der BILD-Zeitung vor, mit ihrer Kampagne gegen den Verzicht des öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf die Tennisübertragung aus Wimbledon „eigene Politik für den Privatsender SAT 1 zu betreiben“.

In Fällen der genannten Art ist die Pressekritik Kontrastmittel und Gegengift in einem: Sie deckt auf, wo und wie Informationspolitik betrieben wird und hemmt dadurch ihre Wirkung. Dazu ein Beispiel: In einem Bericht der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 2.11.1987 wird die Auseinandersetzung um die privatrechtliche Hörfunklizenz des Regionalsenders Stuttgart dargestellt als Konkurrenzkampf zwischen einer Gruppe von Zeitungsverlegern – namentlich genannt werden die STUTTGARTER ZEITUNG und die STUTTGARTER NACHRICHTEN – und einer „sogenannten Kulturgruppe“. In ihr haben sich, laut FAZ, „unter Führung der Deutschen Verlagsanstalt (DVA) acht mehr kulturpolitisch interessierte Unternehmen zusammengefunden“. Durch Aufdeckung einiger entscheidender Details zeigen die STUTTGARTER NACHRICHTEN am folgenden Tag in einem Beitrag „Eine ‚Kulturgruppe‘ von fern und nah betrachtet“, „wie die FAZ aus Eigeninteresse den Streit um Privatfunk im Land in Schwarz-Weiß-Manier darstellt“: Der Leser erfährt, daß zur „Kulturgruppe“ beispielsweise ein Motorsägenhersteller, ein Bauunternehmer, ein Coca-Cola-Abfüller, ein Reiseunternehmen, eine Kaufhaus-

und eine Maschinenbau-Firma gehören. Und er erfährt außerdem, daß die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG selbst Hauptanteilseignerin bei der DVA ist. Durch diese pressekritische Aufklärung wird für den Leser einerseits die Pro-domo-Informationspolitik der kritisierten Zeitung erkennbar, nämlich, daß die FAZ „mit diskreter Verschwiegenheit in entscheidenden Details und Zusammenhängen der eigenen DVA und ihrem Verleger zu Hilfe (eilt)“. Gleichzeitig immunisiert das hinzugewonnene Wissen den Leser gegenüber weiteren Versuchen der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, in die Lizenzauseinandersetzung in Stuttgart publizistisch einzugreifen. Da die STUTTGARTER NACHRICHTEN zur Konkurrenzwerbergruppe gehören, ist die pressekritische Aufklärung natürlich nicht nur selbstloser Dienst am Leser, sondern ihrerseits Bestandteil einer informationspolitischen Gegenstrategie.

Solche Fälle öffentlicher Pressekritik können genutzt werden, um das Rahmenprogramm einer sprachwissenschaftlich fundierten Pressekritik zu entwickeln. Einige der Programmanforderungen sind in den folgenden Punkten zusammengestellt.

1. Gegenstand der Pressekritik sind kommunikationsgeschichtliche Zusammenhänge.

Nicht die synchrone Bestandsaufnahme von pressespezifischen und sprachlichen Merkmalen einzelner Beiträge steht im Vordergrund, sondern die Analyse ihrer Funktion in öffentlichen Kommunikationszusammenhängen, also beispielsweise die Funktion des FAZ-Artikels in der Auseinandersetzung um die Hörfunklizenzvergabe. Wenn der SPIEGEL die WELT-Berichterstattung in Sachen „Barschel-Affäre“ als „Desinformationskampagne“ kritisiert und die FRANKFURTER RUNDSCHAU derselben Zeitung vorhält, sie habe versucht, „immer wieder die Schuld so zu verteilen, daß die SPD zumindest ebensoviel abbekam wie die CDU“, so werden mit diesen Befunden nicht einzelne Pressebeiträge, sondern kommunikationsgeschichtliche Zusammenhänge in der Berichterstattung einer Zeitung beurteilt. Eine solche Betrachtungsweise kann deshalb auch prozessorientiert oder dynamisch genannt werden.⁹ Daß diese Betrachtungsweise für die Pressekritik den Rang eines methodischen Prinzips besitzt, zeigen verschiedene Fälle von Kritik der Pressekritik: So weist beispielsweise die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG Enzensbergers Kritik an ihr mit dem Einwand zurück, er habe vergessen, „daß die meisten Nachrichten in Zusammenhängen stehen, die man kennen muß, will man die Nachrichten werten“¹⁰.

2. Pressekritik ist in wesentlichen Teilen Strategie-Analyse.

Sie rekonstruiert die informationspolitischen Absichten und die journalistischen Verfahren, mit denen einzelne Zeitungen die öffentliche Mei-

nungsbildung zu beeinflussen versuchen. In diesem Sinne ist sie zweckorientiert. Charakteristisch für diese Form der Pressekritik ist, wie die Beispiele gezeigt haben, die Reichweite der Befunde. Ein strategisches Verständnis einer Berichterstattung stellt sich ein, wenn wir in Bezug auf einen Zweck ein Handlungsmuster erkennen, das hinter ihr steckt. Voraussetzung dafür ist jedoch die in Punkt 1 bereits erwähnte beitragsübergreifende, kommunikationshistorische Betrachtungsweise. An Einzelaktionen ist eine Strategie gerade nicht erkennbar. Der strategische Blick unterscheidet die kritische von einer naiven Lesart.

3. Pressekritik setzt fallbezogenes Wissen voraus, im oben angesprochenen Fall z.B. das Wissen über die Beteiligung der FAZ bei der DVA. Darin liegt eine besondere Schwierigkeit, fundierte Pressekritik zu üben. Stoltenbergs Kritik der Berichterstattung des SPIEGEL über „Barschels schmutzige Tricks“ als Produkt der „linke Kampfpresse“ hat sich eben deshalb als unhaltbare, politisch motivierte Presseschelte herausgestellt, weil Stoltenberg nicht wußte, was der SPIEGEL wußte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß wir viele Einsichten in informationspolitische Zusammenhänge den journalistischen Insidern verdanken.¹¹

4. Aus der Wissensvoraussetzung für Pressekritik ergibt sich ein weiteres methodisches Prinzip der Pressekritik, das Prinzip der vergleichenden Analyse. Da der Kritiker in den seltensten Fällen über Hintergrundwissen verfügt, das ihn direkt zu den strategischen Absichten einer Zeitung führt, eröffnet der Vergleich verschiedener Darstellungen desselben Ereignisses oder verschiedener Behandlungen eines Themas einen methodischen Ausweg. Auf der Folie von Paralleldarstellungen läßt sich die Informationspolitik einer Zeitung sichtbar machen. Ein Spezialfall dieses vergleichenden Verfahrens ist die Analyse des Umgangs mit Quellen, z.B. mit Agenturmaterialien.

5. Pressekritik kann in zwei Aufgaben zerlegt werden, eine interpretative (deskriptive) und eine evaluative. Bereits Schleiermacher hat diese beiden Aspekte der Kritik in allgemeiner Weise unterschieden. Er geht davon aus, „daß die Kritik in irgendeinem Sinne ein Gericht, sodann, daß sie eine Vergleichung ist... Die eigentliche Tendenz ist immer, einzelne Produktionen mit ihrer Idee zu vergleichen, das ist das Gericht, aber auch einzelne in Beziehung auf anderes einzelnes zu betrachten, und das ist das Vergleichende“.¹² Grundlage des pressekritischen Urteils sind die journalistischen Grundsätze, auf deren Einhaltung Journalisten von ihren Kritikern festgelegt werden können. In vielen Fällen werden sie nicht explizit angegeben, sondern stillschweigend vorausgesetzt. So beruht der Einwand der STUTTGARTER NACHRICHTEN gegen die FRANKFUR-

TER ALLGEMEINE ZEITUNG im beschriebenen Fall auf dem journalistischen Prinzip, daß man relevante Informationen nicht verheimlichen soll. Ausführlicher werden die journalistischen Grundsätze im folgenden Kapitel behandelt.

Eine kommunikationsgeschichtliche, dynamische Pressekritik, wie sie in den Punkten 1 bis 5 umrissen wurde, schließt unmittelbar an die „sprachhandlungstheoretische Betrachtungsweise“¹³ neuerer Ansätze zur allgemeinen Sprachkritik an:

Die sprachkritisch [...] wichtigen sprachlichen Einheiten sind nicht letztlich die isoliert betrachteten Wortbedeutungen, sondern Sprechhandlungen und deren synchrone wie auch geschichtliche Zusammenhänge. Denn die Sprechhandlungszusammenhänge bieten erst den Zugang zu den Bedeutungen/Gebräuchen der Ausdrücke und die entscheidende Verbindung zu den sie begründenden Lebensformen der Sprecher.¹⁴

Eine der Aufgaben einer sprachwissenschaftlichen Fundierung der Pressekritik kann darin gesehen werden, zu klären, welches die pressenspezifischen „synchronen und geschichtlichen Zusammenhänge“ sind und wie man sie analysieren kann.

Als Gegenstück zur Informationspolitik der Zeitungen muß die Pressekritik selbst als integraler Bestandteil der öffentlichen Kommunikation betrachtet werden. Das gilt nicht nur für die Pressekritik in der Presse, sondern auch für die kritische Lektüre der Leser. Denn „je kritischer das Publikum den Zeitungen gegenübertritt, umso besser werden diese ihrer ureigensten Berufung nachkommen“ (Tern 1973, 9). Eine reflektierte Teilnahme an öffentlichen Kommunikationen setzt nicht nur das entsprechende Sachwissen voraus, sondern auch medienkritische Kompetenzen. Wenn Informationspolitik die Fortsetzung der Politik mit publizistischen Mitteln ist, dann ist für den Zeitungsleser die Pressekritik Fortsetzung der politischen Meinungsbildung mit sprachkritischen Mitteln.¹⁵ Für den Deutschen Presserat ist dieser Kommunikationszusammenhang Grundlage seines Pressekodex: „Die im Grundgesetz der Bundesrepublik verbürgte Pressefreiheit schließt die Unabhängigkeit und Freiheit der Information, der Meinungsäußerung und der Kritik ein“.¹⁶

1.3 Journalistische Prinzipien

1.3.1 Prinzipienkonflikte

Öffentliche Kommunikationskonflikte, die in letzter Zeit unter Etiketten mit den Komposita „-Affäre“, „-Fall“, „-Skandal“ oder gar dem anspie-

lungsreichen „-gate“ ausgetragen wurden, haben nicht nur dieses Wortbildungsmuster gemeinsam. Gemeinsam ist ihnen auch ein Verlaufsmuster, nach dem die Presse vom Skandal-Entdecker selbst zum Skandal gemacht wurde. Ob zu Recht oder zu Unrecht, war eine Frage der jeweils angelegten journalistischen Maßstäbe und Prinzipien. Die Kommunikationskonflikte waren deshalb zu beträchtlichen Teilen Prinzipienkonflikte, nämlich Konflikte zwischen verschiedenen kommunikationsmoralischen Grundsätzen:

- Hätte der Spiegel, aufgrund des Prinzips der Neutralität vor Wahlen, das Barschel belastende Material zurückhalten bzw. an die Staatsanwaltschaft weiterleiten sollen, oder war es im Sinne der Informationsverpflichtung der Presse richtig, es auch zu einem heiklen Zeitpunkt zu publizieren?¹⁷
- Rechtfertigt die Meinungs- und Pressefreiheit den Verstoß gegen einen Strafrechtsparagrafen, der es verwehrt, amtliche Schriftstücke aus Ermittlungsakten „ganz oder zu wesentlichen Teilen“ im Wortlaut zu veröffentlichen, was SPIEGEL und STERN im Falle des Parteispendenprozesses gegen Otto Graf Lambsdorff getan haben?¹⁸
- Darf die Möglichkeit der Vorverurteilung eines Angeklagten zugunsten der Informationsverpflichtung der Presse in Kauf genommen werden?
- Darf die Informationsverpflichtung, z.B. in Krisensituationen, aus staatlichen Geheimhaltungsgründen durch eine Nachrichtensperre außer Kraft gesetzt werden?¹⁹
- Ist das Titelfoto der ZEIT, das zeigt, wie eine der später getöteten Geiseln von einem der Gladbecker Geiselnnehmer mit der Pistole bedroht wird, ein „schamlos ausgewählter Blickfang“, eine „Geschmacklosigkeit und Taktlosigkeit den Angehörigen gegenüber“, wie einige Leserbriefschreiber urteilen? Oder ist das Foto im Zusammenhang mit dem daneben plazierten Foto desselben Gangsters bei einem Interview nicht Beispiel einer problemorientierten Aufmachung, die als „Fotomontage mit tieferem Sinn“ – so ein anderer ZEIT-Leser – einen Denkanstoß geben kann?²⁰

Die Dynamik solcher Konflikte ist maßgeblich dadurch bestimmt, daß es im Grunde zwei Arten von Prinzipien mit unterschiedlicher Reichweite sind, die aufeinandertreffen:

(a) Prinzipien, die die Verankerung der Presse als Kommunikationsinstitution im öffentlichen Leben einer Gesellschaft betreffen, z.B. ihren Zusammenhang mit anderen Institutionen der Politik, der Verwaltung oder der Rechtsprechung, aber auch ihr Verhältnis zu Einzelpersonen. Daß solche *sozialen Prinzipien*, wie man sie nennen könnte, für pressekritische Urteile herangezogen werden, hängt natürlich damit zusammen, daß die Berichterstattung eben nicht Selbstzweck bleibt, sondern durch

die informationspolitischen Konsequenzen gleichsam in andere Bereiche der Gesellschaft hineinwirkt.

(b) Eine zweite Gruppe bilden die Prinzipien, die das journalistische Handeln in der Presseberichterstattung regeln, also die internen, *journalistischen Prinzipien*. Im Gegensatz zu den sozialen Prinzipien sind sie pressspezifischer Art. Auf diese Prinzipien stützen wir uns, wenn wir die Qualität journalistischer Beiträge beurteilen.

Wie eng die beiden Arten von Prinzipien im Rahmen einer journalistischen Ethik zusammengehören, geht z.B. daraus hervor, daß im Pressekodex des Deutschen Presserates beide Gruppen vertreten sind. So finden sich dort neben dem Grundsatz der wahrheitsgemäßen Berichterstattung und der Sorgfaltspflicht, „Meldungen, Gerüchte und Vermutungen als solche erkennbar zu machen“, auch soziale Verpflichtungen für Journalisten, beispielsweise die Verpflichtung, Privatleben, Intimsphäre sowie „sittliche und religiöse Empfindungen“ einzelner zu achten, oder auch Grundsätze, die die Berichterstattung über Gerichtsverfahren regeln.

Für eine linguistische Pressekritik sind die journalistischen Prinzipien im engeren Sinn von besonderer Bedeutung, da die kritische Analyse an den journalistischen Beiträgen ansetzt. Welches sind nun die beitragsbezogenen, spezifischen Prinzipien der Presseberichterstattung?

Eine Prinzipienlehre für die menschliche Kommunikation insgesamt hat H.P. Grice vorgelegt.²¹ Allerdings war sein Vorschlag nicht als Grundlage einer kommunikativen Ethik gedacht, sondern war sprach- und bedeutungstheoretisch motiviert. Grice begründet seine Prinzipien und Maximen als allgemeine Kriterien, die bei jedem rationalen, kooperativen Gesprächsverlauf erfüllt sein müssen. Ausgehend von einem übergeordneten Kooperationsprinzip unterscheidet er, analog zu den Kantschen Kategorien der Qualität, Quantität, Relation und Modalität, vier Maximen:

- (i) die *Maxime der Wahrheit und Wahrhaftigkeit*
- (ii) die *Maxime der Relevanz*
- (iii) die *Maxime der Informativität*
- (iv) die *Maxime der Verständlichkeit und Klarheit*

Da Grice bei der Formulierung seiner Kommunikationsmaximen vom Zweck des „maximal effektiven Informationsaustausches“ (Grice 1979, 50) ausgeht, passen sie besonders gut auf die Kommunikationsformen der öffentlichen Berichterstattung. Als journalistische Prinzipien findet man dementsprechend die meisten dieser Maximen in den Landespressegesetzen, verschiedenen Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes, in journalistischen Lehrbüchern oder dem Pressekodex des Deutschen Presserates. Die folgende Passage aus dem Aufmacher der ersten Ausgabe der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 1.11.1949, in dem diese ihr

journalistisches Selbstverständnis darstellt, liest sich beinahe wie eine publizistische Übersetzung der Griceschen Maximen:

Für sie (die neue Art Zeitung, H.-J.B.) müßte die Wahrheit der Tatsachen heilig sein; sie müßte sich der strengen Sachlichkeit in der Berichterstattung befleißigen; sie müßte auch den Andersmeinenden gegenüber immer Gerechtigkeit walten lassen; und sie müßte sich bemühen, nicht an der Oberfläche der Dinge stehen zu bleiben, sondern ihren geistigen Hintergrund aufzusuchen. Dies alles also wollen wir redlich; aber wir glauben, zu diesem neuen Typ von Zeitung müßte auch eine beträchtliche Volkstümlichkeit, ein Ansprechen breiter Schichten [...] gehören.

1.3.2 Prinzipienbegründungen

Reichen diese Prinzipien als Grundlage der Pressekritik aus, und wie könnte man sie begründen? Im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit Problemen der journalistischen Ethik hat Hermann Boventer auf ein Begründungsmuster hingewiesen, das die journalistische Skepsis gegenüber außengesteuerten Gängelungen der Pressefreiheit berücksichtigt. Für ihn sind „Sollensvorstellungen nicht freischwebend, sondern in der Sache begründet. Die Ethik steckt gewissermaßen in der Sache, die Journalismus heißt, und dort ist sie herauszuholen“ (Boventer 1988, 13).²² Eine solche interne Begründung journalistischer Prinzipien ist auf zwei Wegen möglich: einmal von den *Zwecken* der Berichterstattung her und zum anderen über die *Aufgaben*, die sich dem Journalisten bei der Erreichung dieser Zwecke stellen.

Zweckorientierte Begründungen – in der Metaethik auch *utilitaristisch* genannt – liefert das Bundesverfassungsgericht in verschiedenen seiner Urteile. Im folgenden Zitat wird beispielsweise das Prinzip der Wahrheit und Wahrhaftigkeit als „Pflicht“ aus der Aufgabe der Presse bei der öffentlichen Meinungsbildung abgeleitet:

Mit der Pressefreiheit [...] gehen Pflichten einher, die umso ernster genommen werden müssen, je höher man das Grundrecht der Pressefreiheit einschätzt. Wenn die Presse von ihrem Recht, die Öffentlichkeit zu unterrichten, Gebrauch macht, ist sie zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichtet. Die Erfüllung dieser Wahrheitspflicht [...] ist in der Bedeutung der öffentlichen Meinungsbildung im Gesamtorganismus einer freiheitlichen Demokratie begründet. Nur dann, wenn der Leser – im Rahmen des Möglichen – zutreffend unterrichtet wird, kann sich die öffentliche Meinung richtig bilden. Die Presse ist daher um ihrer Aufgabe bei der öffentlichen Meinungsbildung willen gehalten, Nachrichten und Behauptungen, die sie weitergibt, auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen (Urteil des BverfG v. 25.1.1961).

Dieses utilitaristische Begründungsmuster des Bundesverfassungsgerichtes läßt sich auf die übrigen journalistischen Prinzipien übertragen.²³ Eine fundierte politische Meinungsbildung setzt voraus, daß der Leser

- über relevante Informationen verfügt,
- über ausreichende Informationen verfügt,
- über wahrheitsgemäße Informationen verfügt,
- das Informationsangebot der Presse verstanden hat.

Auf diese Weise können zwei weitere Prinzipien begründet werden: das *Prinzip der Meinungsvielfalt* und das *Prinzip der Aktualität*. Ein Leser muß auf dem Laufenden sein, wenn er an öffentlichen Diskussionen teilnehmen will. Für einen utilitaristischen Aktualitätsbegriff sind Übertragungs- und Präsentationsgeschwindigkeit keine notwendigen, sondern nur hinreichende Bedingungen, insofern sie die Teilnahme an laufenden öffentlichen Kommunikationen ermöglichen.

Auch das Prinzip der Meinungsvielfalt läßt sich im Hinblick auf die Funktion der Presse als „Sprachrohr und Gestalter, Medium und Motor des öffentlichen Willens“ (Löffler, 1963, 4) begründen: Meinungsbildung setzt voraus, daß unterschiedliche Informationen und verschiedene Meinungen zugänglich sind. In der Kritik an der Einseitigkeit einer Zeitung, oder in der medienpolitischen Kritik an Monopolbildung und Pressekonzentration wird dieses Prinzip vorausgesetzt. Bei seiner Anwendung kann man sich auf zwei unterschiedliche Kriterien stützen: das *Kriterium der Binnenpluralität* – sind innerhalb eines Mediums verschiedene Meinungen vertreten? – und das *Kriterium der Außenpluralität* – ist Meinungsvielfalt garantiert durch die Breite des Informationsangebots, das für bestimmte Rezipienten zugänglich ist? Das Prinzip der Meinungsvielfalt läßt sich auch als Variante des Informativitätsprinzips auffassen.

Geht man von der Funktion der Presseberichterstattung für die öffentliche Meinungsbildung aus, so kann man den Sinn der journalistischen Prinzipien ganz allgemein darin sehen, daß sie die Rahmenbedingungen festlegen, unter denen die Zeitungen ihre Informationspolitik betreiben können. Die Prinzipien sollen einen Interessensausgleich zwischen den informationspolitischen Absichten der Zeitung und den Informationsansprüchen der Leser sicherstellen. Von ihrem Sinn her betrachtet handelt es sich bei ihnen deshalb nicht um Vorschriften oder Gebote, sondern um *Beurteilungsmaßstäbe*, auf die man sich stützen kann, wenn journalistische Beiträge im Hinblick auf ihre Funktion für die öffentliche Meinungsbildung beurteilt werden.

Bis jetzt habe ich die journalistischen Prinzipien aus der Perspektive des Lesers betrachtet. Ihre Behandlung war geleitet von der Frage, worauf ein Journalist durch den Leser festgelegt werden kann, damit das Informationsangebot ihm eine freie Meinungsbildung ermöglicht. Man kann

die Perspektive auch wechseln und die Frage stellen, welche *Handlungsorientierungen* für den Journalisten erforderlich sind, damit er seinen Aufgaben gerecht werden kann. Auf Grund allgemeiner Bedingungen der Pressekommunikation lassen sich folgende Aufgabenfelder unterscheiden:!

1. Die Aufgaben der Selektion und Gewichtung.

Sie erfordern Kriterien der Relevanz, z.B. für die Auswahl von Themen, für Platzierungsentscheidungen, für die Wahl der Darstellungsform, für die Entscheidung, was aus dem Agenturangebot verarbeitet werden soll und was nicht.²⁴ Als Handlungsformen betrachtet sind Selektieren und Gewichten einerseits zweckorientiert und basieren andererseits auf Vergleichen. Relevanz ist demzufolge eine dreiwertige Relation: Etwas ist unter einem bestimmten Aspekt relevant für etwas, im Vergleich zu etwas anderem. So kann der Kommentar zu einem Ereignis in bezug auf die abgegebene Wertung relevant sein für bestimmte informationspolitische Absichten, im Vergleich zu einem Kommentarverzicht. Forschungen zum „Nachrichtenwert“ haben versucht, allgemeine Relevanzkriterien für die Informationsauswahl in Zeitungsredaktionen aufzustellen.²⁵ Auch die Aktualität einer Information kann als Auswahlkriterium verwendet werden.

2. Die Aufgabe der Leserorientierung und Mehrfachadressierung.

Die Inhomogenität der Adressaten und mangelndes Wissen darüber, was als gemeinsames Wissen vorausgesetzt werden kann, werfen für den Journalisten erhebliche Probleme bezüglich der Verständlichkeit von Pressetexten auf. Außerdem sind durch den Einweg-Charakter der Pressekommunikation – sieht man einmal von den Leserbriefen ab – verständnissichernde Rückfragen und Rückmeldungen nicht möglich. Will der Journalist dennoch seiner „Dienstleistungsaufgabe“ als Vermittler gerecht werden, muß er sich an Kriterien der Verständlichkeit orientieren. Skeptiker halten allerdings die pressenspezifischen Kommunikationsbedingungen für so ungünstig, daß ihrer Meinung nach eine verständliche Berichterstattung gar nicht möglich ist.²⁶

3. Die Aufgabe der Präsentationsökonomie.

Seitenanzahl und Artikellänge lassen sich nicht beliebig ausweiten, aber auch nicht beliebig reduzieren. Informationsumfang und verfügbarer Platz müssen deshalb aufeinander abgestimmt werden. Das kann sowohl auf den Wegfall von Beiträgen – die Entsorgung in den Stehsatz – oder ihre Kürzung hinauslaufen, als auch auf deren Ausbau oder das Stopfen des Nachrichten(sommer)lochs mit Füllmaterial. Maßgebend für die Beurteilung solcher Verfahren sind Kriterien der Informativität. Die verschiedenen pressetypischen Formen der Textkomprimierung, wie z.B. Nominalisierungen und Adjektivverweiterungen, sind eine Folge des Konflikts zwischen einer begrenzten Zeilenanzahl und dem Informativitätsanspruch. Eine

hohe Informationsdichte in einem komprimierten Text kann jedoch die Verständlichkeit eines Textes erheblich beeinträchtigen. Wie die Verständlichkeit, so hängt auch die Informativität eines Beitrags vom Leserwissen ab, allerdings in umgekehrter Weise: Informativ ist für den Leser das, was noch nicht zum gemeinsamen Wissen mit den Journalisten gehört.

4. Die Aufgabe der Informationsbeschaffung und der Informations- und Quellenüberprüfung.

Das meiste, was Zeitungen bringen, basiert auf Informationen aus zweiter Hand, sogar wenn es sich um recherchierte Beiträge handelt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß Wahrheitsfragen in bezug auf die Informationsbeschaffung und die Quellenauswertung vom Beginn der Pressegeschichte an eine wichtige Rolle spielen. Bereits die Publizisten des 17. Jahrhunderts haben Wahrheitskriterien unter diesen Gesichtspunkten diskutiert.²⁷ Für Herman/Chomsky ist die „reliance of the media on information provided by government, business, and „experts““ eines der sechs Nachrichtenfilter ihres „Propagandamodells“ (Herman/Chomsky 1988, 18–26). Auf diesem Hintergrund betrachtet können sich Kriterien der Wahrheit auf ganz unterschiedliche Aspekte der Berichterstattung beziehen: die Verifizierung einer Information, die Sorgfalt im Umgang mit Quellentexten, die Offenlegung der Nachrichtenlage, die Quellentransparenz, die Verträglichkeit zwischen verschiedenen Informationen, aber auch die Handhabung von Gegendarstellungen oder Richtigstellungen zu einer verbreiteten Information.

1.3.3 Prinzipienanwendung

Wird die Medienberichterstattung zum öffentlichen Konfliktgegenstand, dann kann man damit rechnen, daß irgend jemand – oft ein Politiker – nach neuen oder schärferen Normierungen rufen wird. Gegenüber autoritären Lösungen dieser Art ist allerdings aus verschiedenen Gründen Skepsis angebracht. Zum ersten sind solche Normierungsvorschläge meistens unnötig, weil es bereits genügend Prinzipien gibt, auf die man sich in der Beurteilung problematischer Berichterstattungen stützen kann. Die ausgetragenen Prinzipienkonflikte sind selbst der beste Beweis dafür. Zum zweiten unterliegt der Ruf nach Normen einer Täuschung über die Konfliktlage. Der Konflikt besteht nämlich meistens nicht darin, daß keine passende Norm zur Verfügung steht, sondern darin, daß strittig ist, welche Norm gelten soll und welcher Fall überhaupt vorliegt. Ist das Interview mit dem Gladbecker-Geiselangster ein „Dokument der Zeitgeschichte“ oder „eine Banalisierung des Verbrechens“ (U. Kienzle, ARD)? Die Einschätzung eines ZDF-Redakteurs hat durchaus ihre Berechtigung, „daß jeder Fall anders liegt und deshalb die Maßstäbe immer aufs neue zu

überprüfen sind“. Das beste Beispiel gegen die Wirksamkeit neuer Normierungen ist die Praxis des Deutschen Presserates. Obwohl die im Pressekodex aufgeführten journalistischen Standesregeln bei gegebener Konfliktlage immer wieder durch „Richtlinien“ ergänzt wurden, hat dies neue Kommunikationskonflikte nicht verhindert.

Die Anhänger autoritärer Lösungen unterliegen einem grundlegenden Mißverständnis. Eine journalistische Ethik ist kein normativer Moralkodex, sondern eine dynamische Vollzugsethik. Das bedeutet:

- ihre Prinzipien sind historisch veränderbar, wie die Pressegeschichte zeigt.
- die Prinzipien können untereinander in Konflikt geraten (vgl. 1.3.1.).
- die Prinzipien müssen für die einzelnen journalistischen Beitragsformen und für verschiedene Medien spezifiziert werden.
- ein Leser kann die Berichterstattung unter verschiedenen Aspekten beurteilen und dabei mehrere Prinzipien anwenden und unterschiedliche Urteile fällen.
- verschiedene Leser können denselben Beitrag, beispielsweise aufgrund eines unterschiedlichen Informationsstandes oder verschiedener Informationsbedürfnisse, nach verschiedenen Prinzipien beurteilen.

Geht man von der pressekritischen Praxis aus, dann erscheint nicht eine Kasuistik erstrebenswert, die beansprucht, im Voraus das rechte journalistische Handeln zu bestimmen, sondern ein Ausbau der pressekritischen Praxis. Läßt man die „Medienskandale“ der letzten Zeit Revue passieren, so ist ein aufklärerischer Effekt jedenfalls nicht auszuschließen, und zwar sowohl für das (medien)politische Wissen der Leser, als auch für ihre publizistische Beurteilungskompetenz. Wenn es stimmt, daß der Skandal die Rache der Wahrheit für die Heuchelei der Welt ist (M. Aymé), so kann man nur bedauern, daß Pressekritik in der Presse selbst immer noch eine Leerstelle ist. Wenn auch die Praxis des Presserates, Rügen für prinzipienverletzende Berichterstattung auszusprechen, als erzieherische Maßnahme wertlos ist, so hat sie doch einen positiven Aspekt: Die publizistische Verbreitung der Rüge kann dazu beitragen, eine öffentliche pressekritische Kontroverse in Gang zu setzen.

Die bisherige Beschreibung des Zusammenhangs von Pressekritik und Informationspolitik in der öffentlichen Kommunikation ist der Problemhorizont, vor dem im folgenden Kapitel verschiedene wissenschaftliche Beiträge zur Pressekritik behandelt werden. Dieser *Forschungsüberblick* ist bereits nach kommunikationsanalytischen Kriterien systematisiert. Kriterien für die Einteilung der Formen der Pressekritik sind die *sprachlichen Aspekte*, unter denen Pressebeiträge kritisiert werden können. Demzufolge werden als typologische Formen unterschieden:

1. Pressekritik als Ausdrucks- und Stilkritik.
2. Pressekritik als Inhalts- und Ideologiekritik.
3. Pressekritik als Textkritik.
4. Pressekritik als Kritik journalistischer Darstellungsformen.
5. Pressekritik als kritische Kommunikationsanalyse.

Anmerkungen

- 1 Grosses vollständiges UNIVERSAL-LEXIKON aller Wissenschaften und Künste. 61. Band, Leipzig und Halle 1749, 901/2.
- 2 Der ehemalige Reporter der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, Herbert Riehl-Heyse hat unter dem Titel „Bestellte Wahrheiten“ eine Reihe informationspolitischer Manöver aus eigener Erfahrung beschrieben (Riehl-Heyse 1989).
- 3 Zitiert nach FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 6.10.1987, 3. Im selben Beitrag wird die Informationspolitik der US-Regierung als Verstoß gegen das „Grundprinzip der freien und offenen Information“ verurteilt.
- 4 So lautet eines der Ergebnisse des Projekts „Entstehung und Entwicklung der Zeitungssprache um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert“, das an der Universität Tübingen unter der Leitung von Straßner, E./Fritz G./Muckenhaupt, M./Bucher H.-J. durchgeführt wurde. (Vgl. Zwischenbericht 1989, 41)
- 5 Zitiert nach: Harenberg, 1980, 118. Zur politischen Tendenz einzelner deutscher Zeitungen vgl. auch: Koch 1989.
- 6 Diese beiden Fälle sind ausführlich beschrieben in: Gotthardt, 1988, 69–95. und in Korda, 1980, 81–96.
- 7 BVerfG. Teilurteil vom 5.8.1966 („Spiegelurteil“), In: NJW 35 (1966), 1604.
- 8 In einem früheren Urteil kommt das Bundesverfassungsgericht zu dem Ergebnis, daß „die Wahrnehmung berechtigter Interessen auch Gegenäußerungen in der Presse (deckt), die der Art eines Presseangriffs und seiner Wirkung auf die öffentliche Meinungsbildung entsprechen“. Im Zentrum der Begründung des Urteils, das in diesem Fall gegen den SPIEGEL und zu Gunsten seines Kritikers ausfällt, heißt es: „Meinungsäußerungen auch in der Presse sind häufig durch andere Motive als durch das Bestreben der Öffentlichkeit zu dienen, bestimmt; persönliche Wertungen und Interessen verschiedenster Art pflegen im Spiel zu sein. Dennoch dienen sie der Unterrichtung und tragen zur öffentlichen Meinungsbildung bei“ (Beschluss des BVerfG. vom 25.1.1961, zitiert nach: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band 12, 1962, 129).
- 9 In ganz ähnlicher Weise und mit der gleichen Reichweite beschreibt Fowler die Rolle einer kritischen Linguistik: „Criticism is conscious analysis of the relationship between the signs – words, phrases, etc. – people produce and the meanings they communicate. Analysis of this relationship is necessarily an exploration of the social origins of meanings and the social purposes of spoken and written language. Criticism is not a self-justifying or self-contained pursuit, nor is it deinterested. It is a form of social practice“ (Fowler, 1986, 36).

- 10 Enzensbergers Kritik findet sich in seinem Aufsatz „Journalismus als Eiertanz. Beschreibung einer Allgemeinen Zeitung für Deutschland“, In: ders. 1964, 18–73. Die verschiedenen Repliken der FAZ sind abgedruckt in: „Enzensbergersche Einzelheiten korrigiert von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frankfurt, 1963.
- 11 Vgl. z.B. Riehl-Heyse, 1989.
- 12 Schleiermacher 1977, 241 (Orig. 1838).
- 13 Wimmer 1982, 295. Was darunter zu verstehen ist, wird dort und in Wimmer 1984 weiter ausgeführt.
- 14 Wimmer 1984, 18.
- 15 Bereits im Jahre 1920 verfaßte O.Rossi eine „Journalistische Dialektik“ als „eine Kritik der Tageszeitung zugleich eine Anleitung für ihre Leser“. Mit seiner Beschreibung „journalistischer Kunstgriffe“ verfolgt er die Absicht, „daß der aufmerksame Leser durch sie hinreichend methodisch geschult wird“, denn „nur bei den Lesern ist die Gesundung der Tagespresse zu erhoffen“ (Rossi, 1920, 4).
- 16 Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Bad Godesberg 1978, 2.
- 17 In einem Kommentar der WELT heißt es: „Wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre, dann hätte der Spiegel nicht geschrieben ‚Barschels schmutzige Tricks‘, sondern er hätte Barschels Stellungnahme eingeholt und im übrigen das Material der Polizei übergeben, so daß die Justiz festgestellt hätte, wessen schmutzige Tricks es waren“ (WELT, 30.10.1987, 2).
- 18 Vgl. hierzu die Darstellung der beiden SPIEGEL-Reporter Bölsche und Kilz in Arnold 1988, 135–150.
- 19 Am Beispiel der Schleyer-Entführung wird die politische und rechtliche Problematik staatlicher Nachrichtensperren gegenüber Öffentlichkeit und Presse behandelt in: Rotta, 1986.
- 20 Vgl. die Leserbriefdiskussion in der ZEIT, Nr. 38, 16.9.1988.
- 21 Grice, 1979, 243–265. Grice' kommunikative Maximen wurden für die Sprachkritik aufgegriffen in Heringer 1982. Für die Beurteilung der Fernsehberichterstattung sind sie behandelt in Muckenhaupt 1986. Ihre Rolle in Leserbriefkommunikation ist dargestellt in Bucher 1986.
- 22 Boverter, (1988), 13. Vgl. auch ders.1984; ders.1988.
- 23 Die öffentliche Funktion der Presse wurde schon im 17. Jahrhundert als Begründungsbasis für Prinzipien der Berichterstattung herangezogen, beispielsweise von Hartnack zur Begründung des Wahrheitsgrundsatzes. (Vgl. Hartnack 1688, 87.
- 24 Vgl. zu diesem journalistischen Aufgabenfeld Romano, 1986, 38–78. Hinsichtlich der Auswahlfrage „What does the press cover“ kommen er zu folgendem Schluß: „We stuck with an anarchy of reasons, a potpourri of principles as unconnected as the passengers who board a random plane flight“ (Romano 1986, 60/61). Sein „pragmatist's sermon“ lautet: „What the press covers matters less than how the public reads“ (44).

- ²⁵ Im Klassiker der Nachrichtenwert-Forschung von Galtung/Ruge ist „relevance“ bereits als Auswahlkriterium aufgeführt: „An event may happen in a culturally distant place but still be loaded with meaning in terms of what it may imply for the reader“. Vgl. Galtung, J./Ruge M. 1965.
- ²⁶ Vergleiche hierzu: Zauzich, 1988, 165–172.
- ²⁷ Vgl. dazu: D. Hartnack 1688, 86–91. Stieler 1695, 56.

2. Formen der Pressekritik

Wer die Kritik einer Erscheinung verspricht, verspricht nicht mehr und nicht weniger als eine gewissenhafte Beobachtung oder Untersuchung dieser Erscheinung.

(F. Mauthner, 1906)

2.1 Pressekritik als Ausdrucks- und Stilkritik

Für die Form der Pressekritik als Ausdrucks- und Stilkritik dürfte die verschiedentlich aufgestellte Behauptung richtig sein, daß Pressekritik so alt ist wie die Presse selbst. Sie umfaßt sowohl die Fremdwortkritik des 17. und 18. Jahrhunderts als auch die heutigen, eher kleinkariert anmutenden Leserbriefe und Sprachglossen, in denen z.B. die Verwendung des Ausdrucks „getürkt“ als ausländerfeindlich oder die generische Verwendung maskuliner Flexionsformen als frauenfeindlich angeprangert werden. In dieselbe Gruppe fallen auch Klagen über abweichende Kasusverwendungen, stilistische Enttarnungen verunglückter Metaphern oder die orthographische Beurteilung einer Tageszeitung als „feierlich zur Zeitung erklärter Druckfehler“. Das Pathos dieser Form der Pressekritik zeigt seine volle Entfaltung bei den beiden Großmeistern dieses Genres, bei Arthur Schopenhauer und Karl Kraus. Während der erste ein Bußgeld für Journalisten fordert „im Falle frecher Verhöhnung der Grammatik“, schlägt letzterer – in der sicheren Gewißheit, daß die Zeitungen „von puren Analphabeten gemacht werden“ – ein umgekehrtes Verfahren vor: „Wie der niederösterreichische Landtag ehemals auf die Erlegung jeder Kreuzotter ein Sechserl zu setzen pflegte, so müßte man es, freilich ohne die Gefahr der Verarmung, demjenigen offerieren, der einen geraden Satz nachwies, den sie (die „Neue Freie Presse“, H.-J.B.) zwischen Leitartikel und Impressum enthält“.¹ Diesem Vorschlag voraus geht der sprachkritische Befund, daß der „private Ausdruck, obwohl er im deutschen Sprachbereich den Tiefstand der Verkommenheit erreicht hat“, „neben der publizistischen Möglichkeit noch immer eine Kunstleistung darstellt“. Denn: „Was öffentlich gesagt wird ist nur mehr gelallt, gekotzt, ausgeworfen aus den Mäulern, die rätselhafter Weise die Bestimmung haben, täglich zum Volke zu reden“.² Angesichts dieser Diagnose überrascht es nicht mehr, daß Karl Kraus befürchtet, es wachse „eine Welt von Analphabeten heran, die nicht mehr imstande sein werden, die Zeitung zu lesen, sondern nur noch, für sie zu schreiben“.³ Nahtlos schließen hier einige der Urteile „über den Einfluß des Zeitungswesens auf Literatur und Leben“

an, die 1891 in einem Sonderheft der „Deutschen Schriften für Literatur und Kunst“ zusammengestellt wurden. Die schlechte Presse der Presse, „daß wir ihr das allermiserabelste Deutsch verdanken, das je auf Gottes schönem Erdboden geschrieben worden ist“, führt sogar zu der pädagogischen Warnung an die Jugend, „das Zeitunglesen möglichst erst dann zu beginnen, wenn sie jeden Rest von Halbbildung in sich überwunden hat“, denn die Zeitungen haben „das Niveau der Bildung heruntergedrückt wie die Operette das Verständnis für gute Musik“ (Deutsche Schriften für Literatur und Kunst, 1891, 13–34).

Oswald Rossi legt mit seiner Entlarvung journalistischer „Kunstgriffe“ im Jahre 1920 ein pressekritisches Alternativprogramm vor. Auf dem Hintergrund der Annahme, daß „die Journalistik sich einen methodischen Apparat geschaffen hat, den zu durchschauen nur die wenigsten imstande sind“ (Rossi 1920, 4), fällt sein Urteil über die sprachhygienische Pressekritik recht drastisch aus: „Das Problem der Fremdwörter ist das Paradestück der Sprachreiniger. Sie kehren den Mist vor der Tür und dabei verwahrlost ihre Stube“.⁴

Sprachkritisch betrachtet gilt die ausdrucksorientierte Pressekritik oft nicht dem pressespezifischen Ausdruck oder Stil, sondern bestimmten gesellschaftlichen, kulturellen oder politischen Tendenzen. Pressekritik hat hier die Funktion, der Gesellschafts- und Kulturkritik nachträglich die Legitimation zu liefern. Das dabei praktizierte Verfahren, Ausdrücke und Ausdrucksformen losgelöst von ihren weitergehenden Verwendungszusammenhängen zu betrachten, erleichtert die Beweisführung. So ist der Nachweis, daß mit einem Pressebeitrag ausländerfeindliche, nationalistische, frauenfeindliche oder andere informationspolitische Tendenzen verfolgt werden, letztendlich nur durch intensive Analyse größerer Ausschnitte der Berichterstattung einer Zeitung zu erbringen. Das heißt aber nicht, daß Detailbeobachtungen auf der Ebene der Wortwahl, der Syntax, des Stils, der Orthographie, für die Pressekritik wertlos wären. Nur, sie sind ein möglicher Ausgangspunkt für kritische Analysen, nicht bereits das Ziel.

Eine weitere Schwäche der Stil- und Ausdruckskritik besteht darin, daß sie presseunspezifisch ist und deshalb gerade die Besonderheiten des medialen Sprachgebrauchs vernachlässigt. Ihre Beurteilungsprinzipien entspringen dadurch eher normativen Setzungen, als daß sie funktional aus den Aufgaben der Presse begründet wären. Auch eine Berichterstattung, die in Ausdruck und Stil einwandfrei ist, kann den Leser irreführen, ihn einseitig informieren oder bestimmten informationspolitischen Absichten dienen.

Zur ausdrucksorientierten Pressekritik gehören auch diejenigen linguistischen und journalistischen Einwände gegen die Verständlichkeit von Presstexten, die diese ausschließlich auf syntaktische und lexikalische

Merkmale zurückführen (Schneider 1984). Natürlich können Nominalisierungen, komplexe Satzverbindungen und Satzteile, Fremdwörter, Abkürzungen und Fachausdrücke die Lesbarkeit und Verständlichkeit eines Presstextes beeinträchtigen.⁵ Ihre Vermeidung garantiert aber umgekehrt nicht, daß der Leser ein sinnvolles Verständnis des entsprechenden Beitrags entwickeln kann, da dafür auch sein zeitgeschichtliches, politisches und kulturelles Wissen, seine Annahmen über Qualität und Tendenzen der jeweiligen Zeitung oder eventuell seine Kenntnisse alternativer Darstellungen aus anderen Medien ausschlaggebend sind. Die Annahme eines Folgezusammenhangs zwischen Ausdrucks- bzw. Stilformen in Presstexten und seiner Verständlichkeit beruht letztendlich auf einem eingeschränkten Verständlichkeitsbegriff: Es bleibt unberücksichtigt, daß Presstexte Beiträge in öffentlichen Kommunikationen sind, und daß gerade der Überblick über deren Zusammenhänge eine versierte Zeitungslektüre auszeichnet. Zwar ist die Verständlichkeit von Presstexten ein sinnvolles Beurteilungskriterium für Pressekritik. Seine Überprüfung darf sich aber nicht auf die Ausdrucks- und Stilformen beschränken, sondern sollte von Bedingungen des Verstehens ausgehen, die aus den Grundstrukturen von Pressekommunikationen abgeleitet sind.⁶

2.2 Pressekritik als Inhalts- und Ideologiekritik

Während die vorausgegangene Form der Pressekritik am sprachlichen Detail ansetzt, geht es der ideologiekritischen Form ums Ganze, um den „Verblendungszusammenhang der Kulturindustrie“, um „die Leistungen von Massenmedien für das politische und ideologische System des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, um „die Massenpresse als Ideologiefabrik“. An die Stelle der sprachpflegerischen Akribie tritt die politische Fundamentalkritik zuerst von links, dann von rechts.⁷ Immerhin hat diese holistische oder makrosoziologische Betrachtungsweise, zu deren Verbreitung, nicht nur im Medienbereich, die Studentenbewegung entscheidend beigetragen hat, den Blick dafür geöffnet, daß Medienbeiträge gesellschaftliche Verhältnisse nicht nur abbilden, sondern selbst herausbilden helfen. Eine solche informationspolitische Betrachtungsweise spiegelt sich in Fragestellungen wie den folgenden:

- (1) „Wie wirken verzerrte Pressedarstellungen, emotionsgeladene Reaktionen der Bevölkerung und gezielte Aktivitäten der Behörden zusammen?“ (Karlson 1970.)⁸

Sie zeigt sich aber auch in Funktionsbeschreibungen, die als Hypothesen die Medienkritik leiten:

- (2) „Im Rahmen der zunehmenden staatsmonopolistischen Formierung der westdeutschen Gesellschaft leistet Massenkommunikation [...] einen funktionalen Beitrag zur Vertiefung und gleichzeitigen Verschleierung von Ausbeutung und Entmündigung der bundesrepublikanischen Bevölkerung“ (Holzer 1970, 626).⁹
- (3) „Die Springerpresse [...] hat die Funktion [...] über die bestehenden Klassegegensätze den Schleier eines harmonischen Volksganzen zu legen und für die weitere Ausbeutbarkeit der Leser zu haften“ (Schneider, 1970, 23).¹⁰

Hinter diesen Formulierungen ist unschwer das Manipulationsmodell und dessen Grundgedanke, der sog. „linke Funktionalismus“, erkennbar.¹¹ Als seine Erkennungsmarke hat sich für die Pressekritik, die in den meisten Fällen eine BILD-Zeitungskritik war, eine ganz bestimmte ideologiekritische Metaphorik herausgebildet. Die Zeitungen und die Medien im allgemeinen

- verbergen die undemokratische Verteilung der materiellen und immateriellen Lebenschancen (Holzer/Schuhler 1971, 404/5),
- spiegeln dem Publikum eine realitätsfremde Scheinwelt vor (Müller-Dohm 1972, 111),
- entgiften und verdünnen die von der Gesellschaft aus ihren Widersprüchen produzierten Verzerrungen (Negt/Kluge 1972, 191),
- hypostasieren gesellschaftliche zu irrational-naturwüchsigen Abhängigkeiten (Holzer 1972, 154/7),
- manipulieren die Meinungsbildung (Zoll, 1972, 14),
- machen Reklame für die bestehende Ordnung und dafür, sich stillschweigend einzuordnen (Müller-Dohm 1972, 113).

Diese Medienkritik von links hat ihr politisches Gegenstück in der sogenannten „Allensbacher Schule“ deren Einwände gegen die politische Berichterstattung von Presse und Fernsehen kaum weniger ideologiekritisch gemeint sind. Die öffentliche Karriere dieser inhaltsanalytischen Forschungsrichtung beginnt mit der These vom wahlentscheidenden Einfluß des Fernsehens, die von Elisabeth Noelle-Neumann zum erstenmal 1976, unmittelbar vor der damaligen Bundestagswahl, in der WELT vorgebracht wurde. Aus verschiedenen Umfragedaten leitete sie ab, „daß sich nur bei denen mit regelmäßigen Kontakten zum politischen Fernsehprogramm die Ansichten, wer im Herbst siegen werde, auffallend in Richtung von SPD/FDP verändert (haben)“ (WELT, 30.9.1976). Trotz heftigster Kritik – „mehr Demagogie als Demoskopie“ (Franz Alt), „Beweiskette mit Leerstellen“ (Hansjörg Bessler) – hat die von Noelle-Neumann zur Erklärung vorgelegte Meinungsklima-Theorie eine breite inhaltsanalytische Forschung in allen Medienbereichen ausgelöst, meistens mit politisch ähnlich orientierten Tendenzbefunden.¹² Kepplinger beispielsweise kritisiert die

Presseberichterstattung über den Reaktorunfall von Tschernobyl als „strukturellen Irrationalismus“, weil sie „an den verfügbaren Fakten vorbeigang oder aber fehlinterpretierte“ und deshalb „kaum noch entscheidbar ist, ob es sich um eine Krise der dargestellten Realität oder um eine Krise der Realitätsdarstellung handelt“ (Kepplinger 1988, 679/80). Da offensichtlich – angesichts strahlender Salatköpfe und täglicher Becquerelmeldungen für Milchprodukte – in den Monaten Mai und Juni des Jahres 1986 wenig Menschen diese Art von Unterscheidungsproblem hatten, stellt sich die Frage, ob Kepplingers Befund nicht das Ergebnis eines strukturellen Defektes seiner Untersuchungsmethode ist.

Linke und rechte Tendenzbefunde haben eine gemeinsame methodische Schwäche, die mit der Art der Daten zusammenhängt, auf die sie gestützt sind. Entsprechend der Annahme, daß das Manipulieren im Verbreiten von falschen, unzureichenden, unvollständigen Informationen beruht, werden als Ausgangsdaten nur die Inhalte der Pressebeiträge, auch Aussagen genannt, erhoben. Diese werden dann nach einem inhaltsanalytischen Korrelationsmodell statistisch-quantitativ zu Tendenzen hochgerechnet.¹³ Zwar sind in beiden Lagern die Ausgangsfragen informationspolitisch ausgerichtet, und auch die verwendeten Begriffe „Kumulation“, „Konsonanz“, „Tendenz“¹⁴ und „Informationspolitik“ sind im Grunde dynamischer Art und nur auf kommunikationsgeschichtliche Zusammenhänge sinnvoll anwendbar. Aber die inhaltsanalytischen Verfahrensweisen passen nicht zu diesem dynamischen Bild der Presseberichterstattung. In der Empirie scheinen die Inhaltsanalytiker die Redeweise vom Informationsfluß etwas zu wörtlich genommen zu haben. Sie verfahren wie der Kontrolldienst des Wasserwirtschaftsamtes, der nach jeweils 20 Flußkilometern eine Stichprobe entnimmt, um durch Korrelation der Einzelbefunde die Entwicklung der Schadstoffkonzentration im Wasser zu ermitteln, ein Verfahren das für hydrologische Gutachten durchaus seinen Sinn hat. Im Falle der Presseberichterstattung lassen sich die relevanten Zusammenhänge jedoch nicht durch Korrelationsverfahren extrapolieren, sondern sie müssen selbst zum Gegenstand der Analyse werden.¹⁵

Ein Beispiel soll dies illustrieren: Von der Berichterstattung über eine Betriebsstörung des Atomreaktors in Hamm, die etwa um einen Monat versetzt nach der Katastrophe in Tschernobyl bekannt wurde, behauptet Kepplinger auf der Basis inhaltsanalytisch ermittelter Daten, daß sie „dem Muster der Darstellung der Radioaktivität in der UdSSR folgte“ (Kepplinger 1988, 678–681). Einer Überprüfung an den Beitragstexten – was im Falle von Inhaltsanalysen aufgrund der ausschließlich statistischen Datenpräsentation nur durch Zufall möglich wird – hält dieser Befund nicht stand. Erstens ist die Vergleichbarkeit der beiden Berichterstattungen nicht gegeben, da im Falle von Hamm die parlamentarischen Debatten, also Äußerungen über den Reaktor und nicht die Ereignisse im Reaktor, Haupt-

thema der Beiträge waren. Und zweitens sind die „Muster“ der Behandlung des Themas von Zeitung zu Zeitung sehr verschieden, z.B. in bezug auf die längerfristigen informationspolitischen Strategien, die angesichts der bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen verfolgt werden.¹⁶

Für eine pressekritische Analyse der Informationspolitik von Tageszeitungen scheint mir das Angebot von Seiten der ideologiekritischen Inhaltsanalyse zu wenig reichhaltig zu sein. Informationspolitik erschöpft sich eben nicht in der Auswahl von Information oder in der Formulierung von Texten. Der makrosoziologische und inhaltsorientierte Blickwinkel der ideologiekritischen Presse- und Medienanalyse hat in vielen Fällen dazu verleitet, Differenzierungen zu vernachlässigen, die man für eine argumentative und konstruktive Pressekritik als konstitutiv erachten muß: Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Medien, zwischen verschiedenen, medienspezifischen Darstellungsformen, zwischen den unterschiedlichen Sparten und Ressorts, zwischen verschiedenen Zeitungen und Zeitungstypen, ganz zu schweigen von der linguistischen Unterscheidung zwischen sprachlichen Ausdrücken, ihrer Form und ihrer Funktion.

Die Reinform solcher Inhaltsanalysen stand bei „linken“ Medienkritikern eigentlich im Verdacht, eine Methode positivistischer Wissenschaft zu sein. Es ist deshalb kein Wunder, daß parallel zur ideologiekritischen Presseanalyse eine methodologische Diskussion über sogenannte qualitative Nutzungsmöglichkeiten der Inhaltsanalyse geführt wurde.¹⁷

2.3 Pressekritik als Textkritik

Die als Textkritik betriebene Pressekritik kann als sprachwissenschaftliche Weiterentwicklung der zuvor behandelten Form betrachtet werden. Sie hält an der ideologiekritischen Zielsetzung fest, verfährt aber nicht makrosoziologisch-deduktiv, sondern linguistisch rekonstruktiv: politische, gesellschaftliche, kulturelle Funktionen von Presstexten und die Sichtweisen der dargestellten Ereignisse werden durch eine Textanalyse rekonstruiert. Das folgende Zitat gibt die programmatische Grundlage dieser Form der Pressekritik wieder, wie sie als eine Teildisziplin der sog. „critical linguistics“ betrieben wird:

The selection and use of linguistic categories and processes in the making of a text are guided by the specific ideological system which the speaker or writer brings into the process of speaking and writing. [...] The presence of a linguistic category or process in a text is a sign of a prior operation of an ideological system; that ideological system in its turn becomes visible through the selection and organization as a system of all the linguistic features present in the text (KRESS 1983, 45).

Die von der „critical linguistics“ berücksichtigten „linguistic categories and processes“ lassen sich in zwei Gruppen von Textmerkmalen einteilen: in *lexikalische Besonderheiten*, wie z.B. die verwendeten Verben, Adjektive, Substantive, Modalverben, Satzadverbien, und in *syntaktische Formen* wie Passivkonstruktionen, Nominalisierungen, Pronominalisierungen, Auslassungen und Umkehrungen (Vgl. Fowler 1985). Nach diesen Aspekten des Sprachgebrauchs sind die pressekritischen Verfahren in ausführlichen Checklisten zusammengestellt.¹⁸ Die Interpretation ideologieverdächtiger Textmerkmale ist geleitet von der Frage, warum, angesichts einer Vielzahl von Ausdrucksmöglichkeiten, gerade eine bestimmte gewählt wurde.¹⁹ Die Textmerkmale sind sozusagen der Schlüssel zum ideologischen Muster („system of concepts and images“, „schemata“, „ideological structures“), das dem entsprechenden Presstext zugrundeliegt. Um solche Selektionsvorgänge zwischen verschiedenen Ausdrucksmöglichkeiten sichtbar zu machen, verfahren die Vertreter der „critical linguistics“ kontrastiv: Es werden Darstellungen derselben Ereignisse in verschiedenen Zeitungen miteinander verglichen. Als Beispiele werden Berichterstattungen über gesellschaftliche Konflikte herangezogen, wie z.B. Streiks, Tarifauseinandersetzungen, Rassenkonflikte, in denen sich unterschiedliche öffentliche Meinungen besonders deutlich zeigen. Kritisch ist aus der Sicht ihrer Vertreter eine solche linguistische Textanalyse insofern, als sie den impliziten sozialen Sinn eines Textes, „the text's place in the socio-economic system“ (Fowler/Kress 1979, 185) sichtbar macht („activity of unveiling“, „activity of demystification“).

Im Unterschied zur ideologiekritischen Medienkritik sind die Vertreter der „critical linguistics“ dem Manipulationsmodell gegenüber eher skeptisch eingestellt. Obwohl sie eingestehen, daß „much of the commentary in this book suggests the process ‚X manipulates Y through language‘“, geschieht ihrer Meinung nach die ideologische Verwendung der sprachlichen Ausdrücke und ihrer Formen „unbewußt“ und teilweise sogar entgegen den eigentlichen Auffassungen und Sympathien der Sprecher und Schreiber (Vgl. Fowler/Kress 1979, 186, 196). Allerdings ist mit dieser Auffassung das Problem nicht gelöst, sondern nur verschoben, nämlich auf die Frage, wie ideologische Tendenzen in Presstexten überhaupt entstehen können. Die Auffassung ist außerdem schlecht verträglich mit der grundlegenden Voraussetzung der „critical linguistics“, daß der ideologische Sprachgebrauch nach bestimmten identifizierbaren Mustern oder nach einem System erfolgt. Diese Voraussetzung beruht ja gerade auf der Annahme, daß ideologieträchtige Ausdrücke und Ausdrucksformen regelmäßig verwendet und im sozialen Umgang erworben werden, was dann auch beschrieben werden kann.

Aus sprachwissenschaftlicher Sicht lassen sich gegen die pressekritische Analyse ideologieverdächtiger Ausdrücke und Ausdrucksformen zwei grundsätzliche Einwände erheben.

Der erste Einwand betrifft die sprach- und texttheoretische Begründung der Untersuchungsaspekte. Was an Aspekten aufgelistet wird, ist ziemlich inhomogen und texttheoretisch nicht ausreichend begründet. Sie sind auf sehr unterschiedlichen Ebenen der Textanalyse angesiedelt, ohne daß diese hinreichend unterschieden werden und ohne daß gezeigt wird, wie einzelne Aspekte miteinander zusammenhängen. So wird beispielsweise die Kategorie „Sprechakt“ insgesamt der Funktion zugeordnet, die interpersonelle Relation zwischen Sprecher/Schreiber und Adressat auszudrücken und mit den syntaktischen Formen der Nominalisierung, Personalisierung und des Tempusgebrauchs funktional auf eine Stufe gestellt (Fowler/Kress 1979, 200–207). Auf diese Weise wird einerseits nur ein begrenztes Spektrum sprachlicher Handlungsmöglichkeiten berücksichtigt; andererseits vernachlässigt diese Kategorienbildung die Unterscheidung zwischen der Verwendung der Ausdrücke zum sprachlichen Handeln und den verwendeten Ausdrucksformen.

Ein zweiter Einwand ist methodischer Art. Die Mängel der Texttheorie spiegeln sich bei der Textanalyse in der isolierten und partikularistischen Behandlung einzelner Textmerkmale. Symptomatisch hierfür sind Beschreibungen der folgenden Art: „A syntactic form signals [...] the meaning or content of ideological choice“ (Kress 1985, 32). „Verbs like ‚think‘, ‚feel‘, ‚want‘, ‚wish‘, ‚try‘, ‚like‘, ‚seem‘, ‚understand‘ all have distancing effect“ (Fowler/Kress 1979, 206). Oder: „Die Nominalisierung reduziert die Bezeichneten auf Personen, deren ganzes Wesen darin besteht, [...] Kritik zu üben“ (Good 1983, 24). Mit solchen Redeweisen werden sprachlichen Fähigkeiten zugesprochen, die allerhöchstens ihren Benutzern zukommen können. Gemeinsam ist den Beschreibungen der zitierten Art die Annahme, daß zwischen sprachlichen Ausdrücken bzw. Formen und ihren Funktionen ein feststehender Zusammenhang, eine Art Signalzusammenhang besteht. Diese Annahme ist nicht nur bedeutungstheoretisch fragwürdig²⁰, sondern führt auch bei der Textanalyse zu willkürlichen Verständnissen. Ob die Nominalisierung „industrial action“ gegenüber dem prädikativen Ausdruck „employees... reimpose work bans“ als Abstrahierung, Generalisierung oder Zusammenfassung eines konkreten Vorganges aufzufassen ist (vgl. Kress 1983, 48–50), kann nur durch eine Analyse des gesamten Beitrags, eventuell erst nach Heranziehung vorausgegangener oder weiterführender Beiträge entschieden werden. Ebenso gilt es für die Beurteilung der Nominalisierung unter Verständlichkeitsgesichtspunkten zu berücksichtigen, welches Wissen den Lesern durch die Berichterstattung insgesamt zur Verfügung gestellt wird. Gegenstand der Kritik ist dann jedenfalls nicht die syntaktische Form,

z.B. die Nominalisierung, sondern die journalistische Handlung, zu deren Ausführung sie gebraucht wird. Dasselbe gilt natürlich auch für den Fall einer Passivkonstruktion, die man zwar verwenden kann, wenn man den Akteur einer Aktion verheimlichen will, aber auch, wenn man ihn nicht kennt. Aufgrund dieser methodischen Schwächen geben die Textanalysen häufig eher Aufschluß über die „Ideologien“ der Kritiker als über diejenigen der untersuchten Zeitungen (Vgl. Verschueren 1985, 9–30). Insgesamt fehlt der „critical linguistics“ eine Methode der kritischen Interpretation, die über die enge, ausdrucksorientierte Betrachtungsweise hinausreicht und eine „preoccupation with problems of syntax“ aufheben könnte (Thompson 1984, 125).²¹

Die genannten drei Schwächen dieser Form der Pressekritik – unzureichende Erklärung für informationspolitische Tendenzen, die Inhomogenität und mangelnde Fundierung der Analysekatoren, die isolierende Betrachtungsweise einzelner Textmerkmale – haben letztendlich eine gemeinsame Wurzel, nämlich den Mangel an einer kommunikationshistorischen Perspektive. Erstaunlicherweise wird eine solche theoretisch-methodische Forderung von Vertretern der „critical linguistics“ selbst erhoben, allerdings ohne daß das Programm systematisch ausgearbeitet wird: „Ideology is best understood not by analysis of given texts, such as articles and reports, but by analysis of the processes of which texts are a part. [...] The field of analysis therefore contains sequences of texts and related discourses, representing discourse in progress“.²² Die im folgenden Abschnitt behandelte Form der Pressekritik baut auf einer solchen prozessorientierten Betrachtungsweise der Berichterstattung auf.

2.4 Pressekritik als Kritik pressspezifischer Darstellungsformen

In Abwandlung von McLuhans Botschaft „The medium is the message“ könnte man den Grundgedanken dieser Form der Pressekritik folgendermaßen formulieren: Die Kommunikationsformen des Mediums sind Teil der Botschaft. Die Berichterstattung wird von den Kritikern dieses Lagers nicht im Sinne eines informationstechnischen Übertragungsmediums gesehen, sondern als eine institutionalisierte Form sozialen Handelns. Sie ist eine „institutional method of making information available to consumers“, „an ally of legitimated institutions“ und „a product of news workers drawing upon institutional processes and confirming to institutional practices“ (Tuchman 1978, 4). Gegenüber anderen Formen der Pressekritik wird der Einwand erhoben, „that it is more common to focus on the report as information than as story“ (Davis/Walton 1983, 72). Dem nachrichtentechnischen Modell der Berichterstattung wird ein kommunikationshistorisches entgegengestellt, demzufolge „journalism is

a curriculum and not merely a series of news flashes (Carey 1986, 194). Van Dijk, der unter methodischen Gesichtspunkten eher der inhaltsanalytischen Pressekritik zuzuordnen ist,²³ hat die kommunikationshistorische und dynamische Sichtweise dieser Form der Pressekritik prägnant zusammengefaßt:

The news media do not passively describe or record news events in the world, but actively (re)construct them, mostly on the basis of many types of source discourses. Corporate interests, news values, institutional routines, professional ideologies and news schema formats play an important role in this transformation (van Dijk 1989, 203).

Die dynamische Sichtweise findet ihren Niederschlag in den entsprechenden Wissenschaftsmetaphern, mit denen, im Gegensatz zur Verhüllungsmetaphorik des Manipulationsmodells, die prozeßhaften und kommunikationsgeschichtlichen Aspekte der Berichterstattung betont werden: „making the news“, „news as a constructed reality“ (Tuchman 1978), „manufacturing the news“ (Fishman 1980), „news management“ (Verschueren 1985), „manufacturing consent“ (Herman/Chomsky 1988). Die Ähnlichkeit dieser Redeweisen mit ethnomethodologischen und wissenssoziologischen Termini wie „Hervorbringung“ („accomplishment“), „Verfahren“ („procedures“), oder „gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ ist nicht zufällig, sondern markiert die Tradition, in der diese Form der Pressekritik steht.²⁴ Aus der kommunikationshistorischen, prozessorientierten Sichtweise der Presseberichterstattung, die sich in dieser Redeweise spiegelt, werden auch die entsprechenden methodischen Konsequenzen gezogen. Molotch und Lester schlagen beispielsweise für die Presseanalyse vor, „not to look for reality, but for purposes, which underlie the strategies of creating one reality instead of another“ (Molotch/Lester 1981, 133). Verschueren wählt bei seiner Fallstudie zur internationalen Berichterstattung die „communicative history of news items“ zum Gegenstand (Verschueren 1985, 31).

Der hohe Grad der Institutionalisierung journalistischen Handelns, wie er sich beispielsweise in der Kodifizierung journalistischer Prinzipien, in der engen Bindung der Journalistenausbildung an die Praxis, in den Routinen der Informationsbeschaffung oder in der redaktionellen Selbstkontrolle zeigt, hat zu dem Vorschlag geführt, ein Berichterstattungsparadigma („news paradigm“) im Sinne Kuhns anzunehmen.²⁵ Die Vertreter eines solchen Paradigmen-Modells lehnen verständlicherweise ein einfaches Manipulationsmodell ab. Sie verstehen öffentliche Kommunikationsverläufe nach dem Muster eines gesteuerten Marktes („guided market system“, Herman/Chomsky 1988), auf dem nur das an Debatten, Kritik und Information gehandelt werden kann, was gutgläubig innerhalb festgelegter Grenzen bleibt, nämlich „within the system of presuppositions and principles that constitute an elite consensus“ (Herman/Chomsky 1988, 302; Vgl.

auch Tuchman 1978, Kp.9). Politische Tendenzen in der Berichterstattung sollen nicht als Ergebnis einer „Verschwörung zwischen Presse und Politikern“ (Murdock 1981) erklärt werden, sondern als „the logical outcome of the present organization of news gathering and processing and the assumptions upon which it rests“ (Murdock 1981, 223).

Die paradiemenorientierte Sicht der Berichterstattung als eine Form institutioneller Kommunikation erweitert den Gegenstandsbereich der Pressekritik erheblich. Sie gilt nun allen Bereichen journalistischen Handelns: der Informationsbeschaffung, der Informationsverarbeitung, der Informationsverbreitung und auch den ökonomischen, presserechtlichen und organisatorischen Bedingungen der Berichterstattung. Ziel dieser Form der Pressekritik ist die Rekonstruktion der „news logic“ (Bennett et al. 1985), der Strukturen, Gewohnheiten, Muster, Routinen und Prämissen, die das Berichterstattungsparadigma konstituieren (Vgl. Davis 1985, 44/5, 58). In der folgenden Liste sind die Einwände zusammengestellt, die von Pressekritikern dieses Lagers vorgebracht wurden. Systematisierungskriterium ist der jeweilige Aspekt der pressenspezifischen Kommunikationsgeschichte, auf den in den Einwänden Bezug genommen wird:

1. Einwände gegen die Auswahl der Berichterstattungsgegenstände.
In der Wahl der Gegenstände ist die Presseberichterstattung zu sehr ereignisorientiert. (Murdock 1981, Halloran/Elliott/Murdock 1970). Das Ergebnis davon ist eine Form von „Spotlight-Journalismus“ (Buchwald 1989) mit ständig wechselnden Themen, ohne daß diese vertiefend behandelt werden.

2. Einwände gegen die Kohärenz der Berichterstattung.
Als Folge der Orientierung an singulären Ereignissen vernachlässigt die Berichterstattung die Darstellung von Hintergründen, Ereigniszusammenhängen und langfristigen Entwicklungen. (Philips 1976; Murdock 1981). Sloterdijk hat diesen Mangel als „Informationszynismus“ bezeichnet und ihn auf den „additiven Stil der Medien“ und ihren „uferlosen Empirismus“ zurückgeführt. (Sloterdijk 1983, Kp. II, B. 2). Carey stellt fest, daß „how and why are the most problematic aspects of American journalism: the dark continent and invisible landscape“ (Carey 1986, 149).

3. Einwände gegen die ideologischen Voraussetzungen der Berichterstattung.
Bei der Darstellung von Veränderungen, gesellschaftlichen Krisen und neuartigen Situationen übernimmt die Presseberichterstattung Sichtweisen, Meinungen, Vorurteile und Erklärungsmuster der politisch und wirtschaftlich Mächtigen und trägt so zu deren Tradierung bei (Herman/Chomsky 1988, v. Dijk 1989).

4. Einwände gegen die intermediale Konsonanz der Berichterstattung. Die gegenseitige Orientierung verschiedener Informationsmedien aneinander hat eine hohe Konsonanz der Berichterstattung zur Folge. Die Homogenisierung der Darstellungen führt zu einer Homogenisierung des Wissens der Leser. Was alle glauben, kann kaum noch in Frage gestellt werden (Halloran/Elliott/Murdock/ 1970).

5. Einwände gegen die Informationsbeschaffung.

Die Abhängigkeit der Presse von offiziellen Informationsquellen der Behörden, der politischen und der wirtschaftlichen Institutionen führt dazu, daß die „offiziellen“ Versionen in der Berichterstattung vorherrschen („Verlautbarungsjournalismus“). Diese, wie Tuchman es nennt, „marriage of newswriters to bureaucrats“ (Tuchman 1978) gefährdet die Kontrollfunktion der Presse gegenüber Einrichtungen, auf deren Informationen sie angewiesen ist (Vgl. Bennett et al 1985). Weil die Nutzung offizieller Quellen dem Ökonomieprinzip der Presse entgegenkommt, haben es die nicht-offiziellen Versionen und Sichtweisen schwer, in der Berichterstattung berücksichtigt zu werden (Herman/Chomsky 1988, 18–26). Wie Herman/Chomsky am Beispiel der Berichterstattung über den Vietnamkrieg gezeigt haben, können einflußreiche Informationsquellen die Abhängigkeit der Presse nutzen, um diese zum Mittel der eigenen Informationspolitik zu machen (Herman/Chomsky 1988; Riehl-Heyse 1989).

6. Einwände gegen die pressenspezifischen Darstellungsformen.

„News in a newspaper [...] has a relationship to the real world, not only in content but in form; that is, in the way the world is incorporated into unquestioned and unnoticed conventions of narration“ (Schudson 1982, 98). Mit diesem Einwand von Seiten des sogenannten „news-as-narrative-approach“²⁶ wird auf die Gefahr hingewiesen, daß etablierten Standardgeschichten im Falle neuartiger Ereignisse zu „normalisierenden“ Darstellungsschablonen werden – z.B. die „Triumpf-der-Demokratie-Geschichte“ bei der Darstellung manipulierter Wahlen im amerikafreundlichen El Salvador (Bennett/Edelman 1985, 166–169).²⁷

7. Einwände gegen die informationspolitische Dynamik der Berichterstattung („Kampagnenjournalismus“).

Die Presseberichterstattung ist, bedingt durch ihre Periodizität und die intermedialen Kommunikationszusammenhänge, ein entscheidender Faktor für die Karriere öffentlicher Themen. Am Beispiel von Verbrechen-Serien hat Fishman gezeigt, daß in manchen Fällen Ereignisfolgen auf Beitragsfolgen zurückgeführt werden können. „Crime waves are taken to be waves of coverage of some topic in crime“ (Fishman 1981, 100).

8. Einwände gegen die mangelnde Transparenz und Reflexivität der Berichterstattung.

Der Einwand, daß „der Leser der Presse blind vertraut, weil ihn seine Zeitung nicht über ihr eigenes Wesen aufklärt“, ist bereits von Tucholsky, vorgebracht worden (Tucholsky 1975 (1921), 67). Der Mangel an Transparenz der Berichterstattung in bezug auf journalistische Routinen der Informationsbeschaffung, der Informationsquellen, der Zeitungsmachart usw. immunisiert die Zeitungen gegenüber Einwänden und Zweifeln von Seiten der Leser (Tuchman 1978, 179).²⁸

9. Einwände gegen den Interventionsjournalismus.

Am Beispiel der historischen Entwicklung der US-amerikanischen Parlamentsberichterstattung hat Schudson gezeigt, wie die Presseberichterstattung allmählich selbst zum Bestandteil der Politik geworden ist und deren Dynamik bestimmt (Schudson 1982; Fabris 1989)²⁹. In der Bundesrepublik wurde die Diskussion um die journalistischen Grundsätze besonders durch solche Fälle angeregt, in denen die Berichterstattung über ein Ereignis selbst zum Faktor im Ereignisverlauf wurde. Ein Schul-Beispiel hierfür ist die Polizeibehinderung durch journalistische Recherchen im Falle der Gladbecker Geisel-Affäre (Vgl. Medium April/Juni 1989).

Unter linguistischen Gesichtspunkten betrachtet, vermißt man bei dieser Art von Einwänden die Berücksichtigung der Ebene der Texte und der sprachlichen Ausdrücke. Diesem Mangel steht aber die Spannweite des Problembewußtseins gegenüber, das sich unter einer kommunikationsgeschichtlichen Betrachtungsweise der Berichterstattung entfalten kann. Die Auflistung pressekritisch relevanter Aspekte kann als Maßstab für die Einschätzung anderer Formen der Pressekritik dienen. Sie ist außerdem Prüfstein für das Programm einer sprachwissenschaftlich fundierten Pressekritik, die auf die Rekonstruktion informationspolitischer Zusammenhänge aus ist.

2.5 Pressekritik als kritische Kommunikationsanalyse

2.5.1 Grundstrukturen der Pressekommunikation

Vergleicht man die bisher diskutierten Formen der Pressekritik mit dem in Kapitel 1 aufgestellten Anforderungsprofil an diese Tätigkeit, so ist positiv ein relativ reichhaltiges Angebot an Lösungsvorschlägen zu vermerken: eine ganze Reihe von Untersuchungsaspekten, Fragestellungen, methodischen Verfahren und pressekritischen Einzelbefunden. Was allerdings fehlt, ist ein theoretisches Koordinatensystem, in das die Einzelergebnisse ein- und einander zugeordnet werden können. Für diese Ordnungsaufgabe habe ich etwas vorgesorgt: die Differenzierung der einzelnen

Formen der Pressekritik war bereits nach textlinguistischen und kommunikationsanalytischen Kriterien systematisiert, so daß sich die einzelnen Bausteine jetzt zusammentragen lassen. Ordnungsprinzip dafür sind die Grundstrukturen der Pressekommunikation.³⁰

Wie die Analyse des Zusammenhangs von Pressekritik und Informationspolitik in Kapitel 1 gezeigt hat, speist sich die Dynamik der Presseberichterstattung letztendlich aus ihrer Funktion für die öffentliche Meinungsbildung, für die sie Faktor und Medium zugleich ist. Funktional betrachtet sind Pressebeiträge nicht einfach Texte oder Transportgefäße für Informationen, sondern Kommunikationsbeiträge mit einer Vor-, Nach- und Parallelgeschichte. Pressebeiträge können auf vielfältige Art in öffentliche Kommunikationen verwoben sein. Sie können in einer Serie von Beiträgen stehen, in eine Konstellation mit Parallelbeiträgen einer Zeitungsausgabe eingebettet sein, auf Beiträge in anderen Medien Bezug nehmen oder sie beeinflussen, Reaktionen bei Lesern und Journalistenkollegen hervorrufen. Für eine Analyse der Kommunikationsgeschichte von Pressebeiträgen lassen sich diese *Zusammenhänge* folgendermaßen systematisieren:

- (i) die *redaktionellen* Kommunikationszusammenhänge.
- (ii) die *konstellativen* Zusammenhänge im Aufbau einer Zeitungsausgabe.
- (iii) die *seriellen* Zusammenhänge in der Berichterstattung einer Zeitung zu einem bestimmten Ereignis.
- (iv) die *intermedialen* Zusammenhänge von Pressebeiträgen mit anderen Beiträgen der öffentlichen Kommunikation, z.B. in anderen Medien.
- (v) die *dialogischen* Zusammenhänge von Pressebeiträgen mit Entgegnungen, z.B. in Leserbriefen.

Diese Typen von Zusammenhängen sind die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer pressenspezifischen Kommunikationsdynamik. Strategisch genutzt eröffnen sie jeweils spezifische informationspolitische Möglichkeiten, von denen ich zur Veranschaulichung einige aufzählen möchte:

1. die fortgesetzte Tagesgeschichtsschreibung der laufenden Ereignisse.
2. die Themenbehandlung in der Berichterstattung einer Zeitung, bis hin zur Themenkampagne.
3. die Synchronisation oder Kumulierung verschiedener Darstellungsformen in der Behandlung eines Ereignisses oder eines Themas.
4. das Aufgreifen von Beiträgen aus anderen Bereichen der öffentlichen Kommunikation.
5. der Aufbau eines gruppenspezifischen gemeinsamen Wissens zwischen Zeitung und Leserschaft durch ein selektives Informationsangebot, z.B. in bezug auf Personen, Institutionen, Parteien, Ereignishintergründe, den Ereignisstand oder die Zeitung selbst.

6. die Fokussierung der Berichterstattung auf einen Themenschwerpunkt durch die Vor-, Nach- und Begleitberichterstattung zu einem bestimmten Ereignis.
7. die Modifikation oder der Wechsel der Informationspolitik.
8. die Einführung und Verbreitung von Ausdrücken mit spezifischen Festlegungsbereichen oder neuer, z.B. pejorativer Verwendungsweisen von Ausdrücken.
9. die Konstituierung von Gegenständen für die öffentliche Kommunikation.
10. die Synchronisation der Presseberichterstattung mit anderen öffentlichen Kommunikationsverläufen, z.B. im politisch-parlamentarischen Bereich.
11. die Recherche, Themenfindung, Informationsbeschaffung, -auswahl und -aufbereitung in der redaktionellen Kommunikation einer Zeitung.

Hinsichtlich solcher Kommunikationszusammenhänge kann die Aufgabe einer kritischen Kommunikationsanalyse folgendermaßen verallgemeinert werden: Pressekritik ist die Rekonstruktion informationspolitischer Zusammenhänge mit sprachwissenschaftlichen Mitteln. Der sprachwissenschaftliche Charakter einer solchen Analyse zeigt sich in der Systematik der Aspekte, unter denen die Informationspolitik einer Zeitung beschrieben wird. Auf der Grundlage einer handlungsorientierten Theorie der Sprachverwendung lassen sich für die Analyse von Pressebeiträgen folgende *Untersuchungsaspekte* unterscheiden:³¹

- (i) Die *syntaktische* und *lexikalische* Form eines Beitrags sowie seine pressenspezifische *Aufmachungsform*.

Mit diesem Beschreibungsaspekt nimmt die kritische Kommunikationsanalyse die Fragestellungen der ausdrucksorientierten Pressekritik auf. In der folgenden Fallstudie ist dieser Gesichtspunkt in der Analyse von syntaktischen Formen der Quellenwiedergabe, der Analyse von Festlegungsbereichen sprachlicher Ausdrücke oder der Analyse von Aufmacherschlagzeilen berücksichtigt. Im Unterschied zur stil- und ausdrucksorientierten Pressekritik ist die Beschreibung syntaktischer und lexikalischer Textmerkmale allerdings integriert in die Analyse der Textfunktionen, z.B. die Beschreibung der syntaktisch unterscheidbaren Wiedergabeformen in die Analyse des Gegenstandsbezugs und des Umgangs mit Quellen (Vgl. Kapitel 3.3.2.).

- (ii) Die *Funktion* eines Beitrags im Zusammenhang der Berichterstattung sowie die Funktion einzelner Beitragspassagen im Beitragsaufbau.

Dieser Aspekt umfaßt den textlinguistischen Kernbestand der pressekritischen Analyse. Die funktionale Betrachtungsweise von Presstexten

beruht auf zwei, eng miteinander zusammenhängenden theoretischen Grundgedanken. Erstens: Texte werden verstanden als Abfolgen sprachlicher Handlungen, deren Zusammenhänge im Aufbau eines Beitrags informationspolitischer Art sein können. Und zweitens: Die Presstexte selbst sind ihrerseits eingebettet in weitergehende Zusammenhänge der Pressekommunikation. Dieser externe Aspekt der Textverwendung ist letztendlich der Rahmen für eine Beschreibung textinterner Ausdrucks- und Satzverwendungen. Die Unterscheidung zwischen Text und Textverwendung ist die Grundlage für eine befriedigende Lösung der sprachtheoretischen Probleme, die bei der Darstellung der textkritischen Pressekritik angesprochen wurden. In der Fallstudie werden funktionale Zusammenhänge des Beitragsaufbaus am Beispiel einer vergleichenden Analyse konkurrierender Ereignisdarstellungen behandelt.

(iii) Die *sequentielle Stellung* eines Beitrags in der Pressekommunikation. Presstexte einer Zeitung können auf prinzipiell zwei verschiedene Arten miteinander zusammenhängen: Sie können in einer *Konstellation* von Beiträgen innerhalb einer Zeitungsausgabe stehen, oder sie können Glied einer *Textkette* sein, die sich über mehrere Zeitungsausgaben erstreckt. Die informationspolitischen Verfahren der Synchronisation und der Kumulierung journalistischer Äußerungen basiert gerade auf diesen beiden Zusammenhängen.

(iv) *Thema und Inhalt* eines Beitrags.

Im Unterschied zur traditionellen Inhaltsanalyse wird in der linguistischen Kommunikationsanalyse nicht davon ausgegangen, daß Texte Inhalte, Themen oder Information enthalten, wie ein Flußbett Wasser enthält, auch wenn die Redeweise vom Informationsfluß leicht zu einer solchen Analogiebildung verleitet. Was in einem Beitrag über ein Ereignis mitgeteilt wird, welche Themen er behandelt und welche Informationen er für einen Leser enthält, ist nicht mechanisch aus dem Text ableitbar, sondern abhängig vom jeweiligen Textverständnis. Gerade die pressekritische Analyse von Themenkarrieren zeigt die Grenzen einer inhaltsanalytischen Betrachtungsweise auf. Es kommt eben nicht nur darauf an, festzustellen, daß und mit welcher Häufigkeit ein Thema behandelt wird. Entscheidend ist vielmehr, den Themenverlauf einer Berichterstattung als Ergebnis von Verfahren der Themenbehandlung zu beschreiben und ihn in die Informationspolitik einer Zeitung einzuordnen. Derartige Zusammenhänge lassen sich durch Korrelationen quantitativer Inhaltsdaten nur spekulativ ermitteln. In der folgenden Fallstudie wurde zwar das Informationsangebot einzelner Zeitungen auch quantitativ erfaßt. Interpretiert werden die Daten aber im Rahmen der qualitativen Analyseschritte. Der entscheidende Unterschied zwischen einer Inhaltsanalyse und einer Kommunikationsana-

lyse liegt darin, daß letztere den Inhalts- und Themenaspekt nicht verabsolutiert, sondern ihn im Zusammenhang, d.h. integrativ mit den übrigen Analyseaspekten behandelt.³²

(v) Die *Festlegungen*, die mit einem journalistischen Beitrag aufgrund der Regeln des Sprachgebrauchs und kommunikativer Prinzipien eingegangen werden.

Dieser Gesichtspunkt ist Grundvoraussetzung der Pressekritik überhaupt. Nur weil Journalisten auf die Einhaltung von Qualitätskriterien, auf eine bestimmte Sicht der behandelten Sachverhalte, auf Annahmen über das Leserwissen, auf Kenntnisse der Verwendungsregeln bestimmter, insbesondere brisanter, Ausdrücke, oder auf bestimmte Konsequenzen ihrer Beiträge festgelegt werden können, kann die Presseberichterstattung zum Gegenstand der Kritik werden. Die Pressekritik ist gleichsam das dialogische Kriterium für die Berechtigung derartiger Festlegungen.

2.5.2 Strategische Zusammenhänge der Pressekommunikation

Methodisch kann die Rekonstruktion der Informationspolitik einer Zeitung als Verstehensanalyse auf höherer Ebene angesehen werden: Indem man die informationspolitischen Muster einer Zeitung als strategische Zusammenhänge beschreibt, kann man erklären, warum diese Zeitung im vorliegenden Fall auf eine bestimmte Weise berichtet hat. Die Ausdrücke „Strategie“, „strategisch“ und „Muster“ sind in diesem Zusammenhang nicht im strengen, spieltheoretischen Sinne verwendet.³³ Die Übernahme der Redeweise beruht auf einer Gemeinsamkeit in der Betrachtungsweise, die man als *zweckorientiert* bezeichnen kann.³⁴ Zusammenhänge der Presseberichterstattung werden erklärt, indem man journalistische Handlungen als kommunikative Mittel der Informationspolitik beschreibt. Die Unterschiede zur Standardversion der Spieltheorie beruhen auf folgenden Besonderheiten pressenspezifischer Kommunikation:

1. Gegenstand der Analyse sind nicht die Handlungen eines einzelnen Individuums, sondern eines Kollektivs. In diesem Sinne ist die Presseberichterstattung mit einem Mannschaftsspiel vergleichbar.
2. Was als Informationspolitik beschrieben wird, muß nicht das geplante Ergebnis kollektiver Aktionen sein. Mit Informationspolitik sind die Muster gemeint, die in der Berichterstattung einer Zeitung im Hinblick auf eine Zielorientierung erkennbar sind.³⁵

Soziale Muster, die man zwar als Resultate menschlicher Handlungen aber nicht menschlicher Planung betrachten kann, sind Kandidaten für eine besondere Form der Erklärung, die man als *Unsichtbare-Hand-Erklärungen* (*Invisible-hand-Erklärungen*) bezeichnet (Ullmann-Margalit 1978).³⁶ Erklärungen dieser Art bilden eine dritte Gruppe neben den kausalen

Erklärungen von Naturvorgängen und den intentionalen Erklärungen menschlichen Handelns. Die Explananda für Invisible-hand-Erklärungen zeichnen sich durch folgende Merkmale aus: Als soziale Muster besitzen sie erstens eine Struktur mit bestimmtem Komplexitätsgrad, was leicht zu einer intentionalen Erklärung verleitet. Um ihre Sonderstellung zu markieren, werden solche Muster auch als „spontane Ordnungen“ bezeichnet (Hayek 1969, 208).³⁷ Zweitens ergibt sich für den Betrachter eine Diskrepanz zwischen den individuellen Handlungen, die an ihrer Entstehung beteiligt sind, und der komplexen Struktur des Musters. Letzteres erscheint dadurch als Produkt einer unsichtbaren Hand. Eine Invisible-Hand-Erklärung kann diese Diskrepanz auf zweierlei Weise schließen: Sie kann durch eine *Koordinationsklärung* die Entstehungsgeschichte rekonstruieren, oder durch eine *funktionale Erklärung* den Sinn, die *Raison d'être* und damit die Etablierung, Verbreitung und Stabilität des sozialen Musters erklären.

Für informationspolitische Zusammenhänge der Berichterstattung werden in der Medienforschung hauptsächlich Koordinationsklärungen unter Bezugnahme auf journalistische Einzelaktionen herangezogen. Gängige Koordinationstypen, auf die dabei zurückgegriffen wird, sind:

- *Koordination durch Zwang* (z.B. über Presseanweisungen, die Korrektur- und Redigierpraxis in der Redaktion oder Entlassungsdrohungen³⁸);
- *Koordination durch gemeinsame Orientierung* an denselben Prinzipien und redaktionellen Auflagen (z.B. die Schere-im-Kopf-Erklärung oder Erklärungen aus den politischen Einstellungen der Redakteure);
- *Koordination durch Absprachen* (z.B. in Redaktionskonferenzen);
- *Koordination durch Routinen* der Informationsbeschaffung und -verarbeitung, sowie der Produktionsabläufe³⁹.

Die Koordinationsklärung entspricht dem Bild des Mannschaftsspiels. Das Spiel einer Mannschaft als „spontane Ordnung“ besteht zwar aus individuellen Einzelhandlungen, erschöpft sich aber weder darin, noch ist es Ergebnis einer übergeordneten, individuellen Planung (beispielsweise des „Spielmachers“ oder des Trainers). Entscheidend ist die Koordination der Einzelaktionen im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel, auch unabhängig von individuellen Absichten der Einzelakteure.

Ein wichtiges Verdienst der ideologiekritischen Medienanalyse liegt, wie bereits festgestellt, darin, die Aufmerksamkeit auf derartige Erklärungsaufgaben gelenkt zu haben. Einseitig war allerdings die Art, in der die damit aufgeworfene *Warum-Frage* „Warum informieren die Medien so wie sie informieren?“ beantwortet wurde. Sie versteifte sich auf einen Antwort-Typ, bei dem die repressive Koordination durch politisch-ökonomische Machtverhältnisse und durch redaktionelle und finanzielle Zwänge einer Zeitung als Hauptklärungsfaktor galt.

Die Warum-Frage läßt aber auch ein zweites Verständnis zu: *Wozu* informieren die Medien so, wie sie informieren? So verstanden zielt die Frage auf die zweite Form einer Invisible-hand-Erklärung: eine *teleologische* oder *funktionale Erklärung*. Man erklärt, warum eine Zeitung in bestimmter Weise informiert, indem man die Berichterstattung einer Zeitung in ihre Informationspolitik einordnet und deren Funktion in der öffentlichen Kommunikation beschreibt. Dem so beschriebenen Muster liegt die Annahme zugrunde, daß es eine für die entsprechende Zeitung optimale Anpassung an die öffentliche Kommunikations-Umwelt darstellt. Ein Zeitungsvergleich zeigt die strategische Dynamik solcher Anpassungen: Verschiedene Zeitungen praktizieren hierfür ganz unterschiedliche Selektionen auf allen Ebenen journalistischer Verfahren. Koordinationsklärungen und funktionale Erklärungen können einander ergänzen: Während letztere die Stabilität und Dauer der redaktionellen Linie, der Tendenz einer Zeitung erklärt, erklären die verschiedenen Koordinationsvorgänge ihre Genese.⁴⁰

Die beiden Erklärungsformen unterscheiden sich jedoch in der jeweiligen Blickrichtung. Während die genetische Erklärung von einem vorliegenden Sachverhalt aus zurückblickt auf seine Vorgeschichte, richtet sich die teleologische oder funktionale Erklärung auf die Vor-, Nach-, und Parallelgeschichte(n) einer Berichterstattung, d.h. auf ihre Einbettung in die öffentliche Kommunikation. Dieser Unterschied spiegelt sich auch in den Voraussetzungen, die mit den Erklärungen jeweils gemacht werden. Für eine genetische Erklärung muß festliegen, was als zu erklärendes Faktum gilt. Ein Teil der teleologischen Erklärung dagegen besteht gerade darin, zu erklären, als was der vorliegende Sachverhalt gelten soll. Indem man erklärt, wozu in bestimmter Weise informiert wird, beschreibt oder interpretiert man, als was das Erklärte, also die entsprechende Berichterstattung, gelten soll. Erklärt man z.B., warum eine Zeitung nur bestimmte Informationen über ein Ereignis verbreitet, indem die informationspolitischen Absichten in bezug auf die Verdrängung eines bestimmten Themas beschrieben werden, so beschreibt man damit den Beitrag als Teil einer thematischen Kampagne. Insofern ändert sich mit der funktionalen Erklärung das Verständnis des zu Erklärenden. Es bekommt einen neuen Sinn und kann anders klassifiziert werden.⁴¹

Mit einer „Beschreibung als“ bzw. einer „Interpretation als“ geht man auch Festlegungen ein bezüglich dem, was auf das Beschriebene folgt. So legt man sich mit der Beschreibung eines Beitrags als Teil einer Kampagne darauf fest, daß diese entweder weitergeht, abgebrochen oder durch eine andere abgelöst wird. Die Beschreibung dieser Folgen sind ihrerseits Belege für die Angemessenheit der zuvor gegebenen Beschreibung.⁴² Mit der Rekonstruktion der Informationspolitik einer Zeitung nach dem Muster einer teleologischen Erklärung werden diejenigen Zusammenhänge einer Presseberichterstattung beschrieben, die ihre Rolle in der öffentlichen

Kommunikation ausmachen. In dieser Hinsicht greift die kritische Kommunikationsanalyse Fragestellungen der ideologiekritischen und der paradigmensorientierten Pressekritik auf. Als Strategie-Analyse ist sie auch eine methodisch reflektierte Fortsetzung der kommunikationswissenschaftlichen Tendenzforschung (Vgl. Meyn 1965).

Zur Beschreibung der für öffentliche Kommunikationen typischen Zusammenhänge werden in der Medienforschung Begriffe wie „Konsonanz“, „Kumulation“, „Synchronisation“ oder „Tendenz“ verwendet.⁴³ Ungeklärt bleibt dabei allerdings der Gegenstandsbereich, der mit ihnen charakterisiert werden soll, also das, was konsonant und tendenziös ist, kumuliert oder synchronisiert wird. Versteht man die genannten Ausdrücke als Bezeichnungen für kommunikationsstrategische Zusammenhänge, so ergeben sich verschiedene Kriterien zur Klärung ihrer Verwendungsweise.

Ein erstes Kriterium ist die *Zweck-Mittel-Relation*. Konsonanz in der Berichterstattung einer Zeitung ist Voraussetzung einer kalkulierten Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung. Unverträglichkeiten dagegen behindern diese Einflußnahme. Betrachtet man demzufolge die *Konsonanz* als allgemeines Ziel der Informationspolitik, so lassen sich die anderen Verfahren als *strategische Grundtypen* zuordnen.

Kumulation ist ein strategisches Verfahren, bei dem gleichgerichtete journalistische Handlungen zur Erreichung einer bestimmten informationspolitischen Absicht zusammengestellt werden. Beispiele hierfür sind die wiederholte Wiedergabe übereinstimmender Stellungnahmen, die Reihung gleichgerichteter Kommentare oder die kontinuierliche Verwendung bestimmter Ausdrücke.

Synchronisation betrifft die Kombination komplementärer Verfahrenswesen. Zeitungsintern kann das die Abstimmung von berichtenden und kommentierenden Beiträgen, oder die von Ereignis- und Hintergrundberichterstattung sein. Periodische Formen der Synchronisation finden sich in der Themenbehandlung einer Zeitung und der fortlaufenden Berichterstattung zu länger andauernden Ereignissen. Die Pressekommunikation kann aber auch extern mit anderen Kommunikationen synchronisiert werden, beispielsweise mit partei-politischen Kommunikationen durch Themenübernahme.

Während Synchronisation und Kumulierung *offensive Optimierungsstrategien* sind, handelt es sich bei den folgenden beiden um *defensive Sicherungsstrategien*. Zwar sind in monologischen Kommunikationsformen wie der Presseberichterstattung die Interventionsmöglichkeiten anderer Kommunikationsteilnehmer äußerst eingeschränkt. Dennoch kann es für eine Zeitung notwendig werden, auf andere Beiträge der öffentlichen Kommunikation mit *Abwehrstrategien* zu reagieren, z.B. mit einer entsprechenden Kritik oder Gegendarstellung. Es kann außerdem notwendig

werden, die bisherige Berichterstattung durch *Reparatur-Verfahren* zu korrigieren, z.B. durch Richtigstellungen oder Gegenkommentierungen.

Ein zweites Kriterium zur Unterscheidung strategischer Zusammenhänge ist ihre *Reichweite*. Entsprechend den pressenspezifischen Kommunikationszusammenhängen lassen sich unterscheiden: *beitragsinterne Strategien*, *konstellative Strategien* im Aufbau einer Zeitungsausgabe und *periodische Strategien* über mehrere Zeitungsausgaben hinweg. Die folgende Fallstudie ist in dieser Weise gegliedert.

In die Gruppe der sozialen Phänomene, die zwar Konsequenzen von menschlichen Handlungen aber nicht Ergebnis menschlicher Planung sind, gehört auch die öffentliche Meinung. Im Begriff des Meinungsklimas sowie den übrigen meteorologischen Metaphern („Meinungstief“, „Meinungshoch“, „Turbulenzen der öffentlichen Meinung“) kommt die ambivalente Sonderderstellung dieser Art von sozialem Muster deutlich zum Ausdruck. Für seine Analyse ist die Beschreibung der Informationspolitik von Tageszeitungen selbst Bestandteil einer *Invisible-hand-Erklärung*, in dem gerade der dynamische, „meteorologische“ Teil des Prozesses beschrieben wird.⁴⁴

Nimmt man die Rekonstruktion strategischer Zusammenhänge zum Ziel einer Presseanalyse, so hat das Konsequenzen für die methodischen Verfahren. Diese lassen sich in Form von Prinzipien formulieren:

1. Das Prinzip der vergleichenden Analyse:

Voraussetzung für das Erkennen strategischer Zusammenhänge ist die Kenntnis alternativer Verlaufsmöglichkeiten einer Kommunikation. Im Vergleich mit der Parallelberichterstattung anderer Zeitungen sind die Eigenarten in der Machart und der Sichtweise einer Berichterstattung erkennbar. Für die Beurteilung der journalistischen Qualität einer Zeitung ist das Vergleichen sogar konstitutiv.

2. Das Prinzip der zusammenhängenden Betrachtung:

Wie bereits in der Einführung gezeigt, setzen informationspolitische Befunde eine kommunikationshistorische Betrachtung voraus. Strategien sind nicht an Einzelaktionen erkennbar, sondern an Handlungszusammenhängen. Dieses Prinzip gilt auch für die Wahl des Gegenstandsbereichs einer Untersuchung. Strategische Analysen setzen voraus, daß die Beispielberichterstattung eine gewisse Kommunikationsdichte aufweist.

3. Das Prinzip der Reflexivität:

Informationspolitische Zusammenhänge lassen sich weder aus quantitativen Inhaltsdaten noch aus den Pressetexten selbst ableiten, sondern sind Interpretationen auf der Basis der o.a. Kriterien. Insofern zu jeder Interpretation prinzipiell Alternativen denkbar sind, können sie nur durch Absicherungen legitimiert werden. Solche Absicherungsverfahren sind: die Dokumentation des untersuchten Materials, der Verweis auf andere

Deutungen, sowie die Klärung der Voraussetzungen, auf die sich eine Deutung stützt. Im Sinne des Reflexivitäts-Prinzips sind in der folgenden Fallstudie die meisten Problemstellungen aus der Pressekommunikation selbst entnommen, z.B. der Anschlußkommunikation an eine Berichterstattung oder bestimmten Äußerungen, die selbst reflexiv auf die Berichterstattung Bezug nehmen.

Anmerkungen

- 1 Kraus, K.: Sprachlehre. In: Die Fackel Nr. 811-819, (1929), 122 (Bd. 10).
- 2 Kraus, ebenda 111.
- 3 Kraus, ebenda 111. Eine lesenswerte Darstellung der Sprachkritik von Karl Kraus unter Berücksichtigung ihres zeit- und kulturgeschichtlichen Hintergrundes findet sich in Janik/Toulmin 1987, Kp.III.
- 4 Rossi, 1920, 56.
- 5 Beispiele dieser Art von Pressekritik sind dargestellt in Lüger 1983, Kp. 2.1., 2.3. und 2.5.
- 6 Pressespezifische Aspekte des Verstehens werden ausführlich behandelt in Bucher 1986, Kp. 2.3. In Kapitel 4.3. wird am Beispiel einer Meldung gezeigt, in welcher Weise die syntaktische Form Verstehensprobleme aufwerfen kann. Grundstrukturen der Pressekommunikation sind beschrieben in den Kapiteln 4 und 5.
- 7 Eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Ideologiebegriffen kann in diesem Rahmen nicht geleistet werden. Soweit diese Diskussion für eine Sprach- und Textanalyse hilfreich ist, wird sie geführt in Thomson 1984 und Straßner 1987.
- 8 Karlson 1970, 2.
- 9 Holzer 1970, 626.
- 10 Schneider 1970, 23.
- 11 Eine kritische Würdigung des „left functionalism“ findet sich in Young 1981.
- 12 Vgl. beispielsweise: Noelle-Neumann 1977, 1980; Wilke 1984; Kepplinger 1985; Kepplinger u.a.1986; Kepplinger 1988.
- 13 Verschiedene Inhaltsanalysen der BILD-Zeitung werden diskutiert in Alberts 1972.
- 14 Vgl. beispielsweise: Noelle-Neumann 1973, 26-55.
- 15 Eine ausführliche Kritik der Inhaltsanalyse aus sprachwissenschaftlicher Sicht findet sich in Bucher/Fritz 1989.
- 16 Das von Kepplinger behandelte Material ist zufällig auch Gegenstand der Fallstudie in Kapitel 3. Deshalb spare ich eine ausführlichere Behandlung für später auf. (Vgl. Kp 3.5.)
- 17 Vgl. dazu Ritsert 1972.
- 18 Vgl. Fowler/Kress 1979, 198-213; Fowler 1985, 68-74; Fowler 1986 Kp.5: Good 1985, 19-46; Good 1989, 106-110.

- 19 Vgl. hierzu Fowler/Kress 1979, 188: „The selection of one (linguistic) form over another points to the speaker's articulation of one kind of meaning rather than another“. Für den Linguisten ergibt sich aus diesem Zusammenhang dann die Aufgabe zu erklären, warum eine bestimmte sprachliche Form und nicht eine andere gewählt wurde. Vgl. hierzu auch KRESS 1983b, 125.
- 20 Eine bedeutungstheoretische Diskussion sogenannter Signaltheorien mit weiterführenden Literaturhinweisen findet sich in Bucher 1986, Kp.3.2.
- 21 Thompson kritisiert nicht nur das methodische Verfahren von Fowler et al, sondern auch deren Ideologiebegriff: „This conception of ideology is, however, so loose and general that it is virtually useless“ (Thompson 1984, 118-126).
- 22 Trew 1979, 155.
- 23 van Dijk selbst sieht seine Analyse von „news discourses“ in der Tradition inhaltsanalytischer Verfahren. Er selbst spricht von „refinement“ (van Dijk 1983, vgl. auch van Dijk 1989, 218). Seine Beschreibung der „Structure of news“ als Struktur der Textpropositionen, also der Textaussagen, rechtfertigt die inhaltsanalytische Einordnung auch unter sprachwissenschaftlichen Gesichtspunkten. Eine ausführliche Kritik der propositionalen Presseanalyse van Dijks findet sich in Bucher 1986, 38-46.
- 24 Vor allem in Fishman 1980 und Tuchman 1978 wird dieser Traditionsbezug explizit hergestellt.
- 25 Vgl. dazu: Bennett/Gressett/Haltom 1985: Mit ihrer Analyse der Reparatur einer Berichterstattungs-Anomalie zeigen sie, daß im journalistischen Bereich ein Paradigma im Sinne eines „set of broadly shared assumptions about how to gather and interpret information“ (ebenda 54) wirksam ist. Geht man von Kuhns Klärung des Paradigmen-Begriffs im Sinne einer „disziplinären Matrix“ aus, so ist eine Übertragung in den Bereich des Journalismus durchaus naheliegend. Für die zentralen Elemente einer disziplinären Matrix, die „symbolischen Verallgemeinerungen“ („Ausdrücke, die von der Gruppe ohne Zögern angewandt werden“), die „Modelle“, die einer Gruppe „bevorzugte Analogien“ oder sogar eine „Ontologie“ liefern und die „Musterbeispiele“ als „Problemlösungen, die von der Gruppe als paradigmatisch anerkannt sind“, lassen sich in der journalistischen Praxis leicht Entsprechungen finden: die etablierten Verwendungsweisen sprachlicher Ausdrücke, („Sympathisant“, „Umsiedler, „Übersiedler“, „Asylant“) die Standardgeschichten und Ereignismodelle („Streik“, „sanfte Revolution“, „terroristischer Anschlag“) sowie die pressenspezifischen Textsorten und Präsentationsformen als Muster für die Lösung von Darstellungsaufgaben. (Vgl. Kuhn, 1977, 393.)
- 26 Als medienspezifische Form des Erzählens („news-as-narrative-approach“) wird die Berichterstattung in folgenden Beiträgen analysiert: Bird/Dardenne 1988; Schudson 1982; Bennett/Edelman 1985; Phillips 1976; Tuchman 1976, 1978; Eason 1981.
- 27 Als Erfahrungs-Restümee eines journalistischen Experiments, das die „tageszeitung“ verschiedenen Schriftstellern ermöglichte, stellt eine der Beteiligten diesen Einwand gegen pressenspezifische Darstellungsformen in einen allgemeineren Zusammenhang: „Ideologisch wirken die Zeitungen – und das gilt für alle Medien – nicht mehr so sehr über ihren Inhalt, sondern viel unscheinbarer

- durch den Einsatz allgemein-verbindlicher Raster. Alles ist immer an gleicher Stelle zur Hand, redigiert, glatt, übersichtlich und hierarchisch nacheinander geordnet. Darauf wird man als Leser konditioniert und bekommt unbemerkt einen Kanon dessen an die Hand, was nicht der Ordnung entspricht" (Goettle 1988, 12).
- 28 Beispielanalysen für das Zusammenspiel von Berichterstattung und politischer Meinungsbildung finden sich in Cohen/Young 1981. An der Berichterstattung über brisante Themen wie z.B. Homosexualität, militante Demonstrationen, Rassenkonflikte, oder Streiks wird gezeigt, wie die verschiedenen Medien durch ihre Darstellungsweisen zur Etablierung bestimmter Sichtweisen in sozialen Konfliktfeldern beitragen. Vgl. insbesondere die Beiträge von Hall et al. und von Murdock. Vgl. auch Tuchman 1980, Kp. 9 und 10.
- 29 „There is not only a narration of politics in the news; the news is part of the politics of narrative form" (Schudson 1982, 106).
- 30 Die im folgenden relativ knapp dargestellten Grundlagen einer Theorie der Pressekommunikation sind ausführlich behandelt und kommunikationsanalytisch begründet in Bucher 1986.
- 31 Die einzelnen Beschreibungsaspekte sind ausführlich behandelt und in ihrem theoretischen Zusammenhang dargestellt in Bucher 1986. Aus der textlinguistischen Diskussion heraus werden sie dort in eine Theorie der Pressekommunikation eingeordnet (Vgl. insb. Kp 3 und 4).
- 32 In Bucher/Fritz 1989 ist ein solches integratives Untersuchungsdesign kontrastiv zur Inhaltsanalyse beschrieben.
- 33 Für eine spieltheoretische Klärung des Strategie-Begriffs vgl: Luce/Raiffa 1957; Vgl. auch Fritz 1982, Kp.3.
- 34 Zur Unterscheidung einer regelorientierten und einer zweckorientierten Betrachtungsweise sprachlicher Äußerungen vgl. Fritz 1990, Kp. 2.2. und 2.3.
- 35 Für die Anwendung des Strategiebegriffs auf individuelles Handeln hat Goffman eine ähnliche, nicht streng intentionale Verwendungsweise vorgeschlagen (Goffman 1973, 10 ff.). Vgl. auch Strecker 1987, Kp.1. Verschiedene Strategiebegriffe werden einander gegenübergestellt in König 1989.
- 36 Bei den folgenden Ausführungen zu den Invisible-hand-Erklärungen stütze ich mich auf Ullmann-Margalit 1978, und Hayek 1969. Bei Hayek ist die Tradition dieser sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise referiert.
- 37 Hayeks Überlegungen zu „spontanen Ordnungen“ sind von sprachwissenschaftlicher Seite auch für eine Erklärung des Sprachwandels aufgegriffen worden (Keller 1982).
- 38 Vergleiche dazu beispielsweise die bereits erwähnten Fälle ‚Sethé‘ und ‚Tern‘ in der FAZ, aber auch die verschiedenen Interventionen von Fernsehintendanten in die Gestaltung der Nachrichtensendungen des Fernsehens. In die Gruppe der repressiven Koordination gehören auch die Presseanweisungen („Tagesparolen“), mit denen das Reichspropagandaministerium während des Nationalsozialismus auf einer täglichen sogenannten „Pressekonferenz“ die Berichterstattung gleichschaltete (Frei/Schmitz 1989). Presseanweisungen und

Sprachregelungen des Staatsapparates sind nach dem 9. November auch aus der DDR bekannt geworden (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 1.2.1990).

- 39 Vgl. hierzu die bereits mehrfach erwähnten ethnomethodologischen Institutionsanalysen von Zeitungsredaktionen bei Tuchman 1978 und Fishman 1980.
- 40 Vgl. Ullmann-Margalit 1978, besonders die Seiten 278–286.
- 41 Vgl. hierzu Dray 1959, 404: „For the explanation is given by finding a satisfactory classification of what seems to require explanation.“
- 42 Vgl. auch hierzu Dray 1959, 406: For we may judge the applicability of a concept by noticing what comes *after*, as well as what comes before, that to which it is to apply. We see the significance of historical events by noticing what they *lead to*, as well as what they arise out of.“
- 43 Vgl. Noelle-Neumann 1973; Kepplinger 1986, 1988; Galtung/Ruge 1987(1965); Halloran/ Elliott/ Murdock 1970.
- 44 Bereits in Tönnies „Kritik der öffentlichen Meinung“ von 1922 findet sich dieser ambivalente Doppelcharakter dieses sozialen Phänomens. Er vergleicht die öffentliche Meinung einerseits mit einem „Kampfplatz“, auf dem „unablässig der Krieg der Gedanken und Meinungen am heftigsten entbrennt“, und andererseits mit einem „Strom“: „Die Witterung des Preßorgans macht, daß es nun wie Aeolus den Wind aus seinem Schlauche blasen läßt, der eben geeignet ist, das ruhige Gewässer in Bewegung zu bringen“ (Tönnies 1922, 91 und 177/8). Ansätze zu kommunikationsdynamische Beschreibungen öffentlicher Meinungsbildung und öffentlicher Kommunikationsverläufe finden sich teilweise in der Skandalforschung. Vgl. Ebbighausen/Neckel 1989 und Schütze 1985 (Orig.1967).

3. Informationspolitik in der Presseberichterstattung: eine Fallstudie

Die Tatsachen sprechen für sich: Sie jammern, stottern, fusseln, sie zerfallen im Munde des Lesers wie modrige Pilze.

(„tageszeitung“ 10.10.1987)

It is no longer enough to report about the facts truthfully. It is now necessary to report the truth about the facts.

(Commission on Freedom of the Press, 1947)

3.1 Ein gesellschaftlicher Konflikt: Ausgangsbedingungen der Informationspolitik

Gegenstand der folgenden Fallstudie zur pressenspezifischen Informationspolitik ist die Berichterstattung in sechs Tageszeitungen zu einer Serie von Demonstrationseignissen, die am Wochenende vom 7. und 8. Juni 1986 an den Standorten der Atomanlagen Brokdorf, Wackersdorf, Hamm-Uentrop sowie in Wilster, München und Hamburg stattfanden. In Würzburg wurde am selben Wochenende der erste deutsche Umwelttag abgehalten. Bei den untersuchten Zeitungen handelt es sich um die wichtigsten überregionalen Tageszeitungen der Bundesrepublik: die WELT, die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, die FRANKFURTER RUNDSCHAU, die „tageszeitung“ (taz) und, als regionale Zeitung, die SÜDWEST PRESSE. Neben der Ereignisberichterstattung der Montagsausgaben vom 9. Juni 1986 ist in der Analyse die Berichterstattung der Zeitungen in der Woche vor und nach den Demonstrationseignissen berücksichtigt. Herangezogen wurden außerdem: ein Beitrag des Fernsehmagazins „PANORAMA“, der sich mit den Demonstrationseignissen befaßte, die zeitlich entsprechenden Ausgaben der Wochenblätter „SPIEGEL“ und „ZEIT“ sowie einige Wahlkampfmaterialien der im Bundestag vertretenen Parteien.

Eine quantitative Auswertung des Informationsangebots der Tageszeitungs-Ausgaben von 9. Juni ist im Anhang dokumentiert. Die Darstellung zeigt die insgesamt in der Tagespresse behandelten Ereignisaspekte der Demonstrationen, die Informationsauswahl und die Berichterstattungsschwerpunkte der einzelnen Zeitungen. Diese inhaltsanalytischen Daten werden in der Kommunikationsanalyse an den entsprechenden Stellen in die Interpretation einbezogen.¹

Für eine Analyse der Informationspolitik einzelner Zeitungen eignet sich das gewählte Beispiel in besonderer Weise. Die Berichterstattung zu

den Demonstrationseignissen ist nämlich eingebettet in einen öffentlichen Kommunikationskonflikt, der durch die Reaktor Katastrophe von Tschernobyl ausgelöst wurde. „Die Spaltprodukte von Tschernobyl polarisieren zunehmend die Bundesrepublik“ heißt es in einem Kommentar der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG (4.6.1986, 4).² Besonders deutlich zeigte sich die damalige Konfliktlage in den polarisierten Meinungen zu den Themen „Atomkraft“, „Gewalt, Widerstand und innere Sicherheit“ und dem Thema „rot-grüne Koalition“, alles sogenannte „position issues“, die eine Pro- oder Contra-Position zu verlangen schienen. So sah Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber auch nach Tschernobyl „keine Alternative zur Kernergie“, Erhard Eppler dagegen erhob, sogar in derselben Ausgabe der ZEIT, „prinzipiellen Einspruch gegen die Atomenergie“³. Während Günther Anders in einem Interview die Meinung äußerte, „daß mit Gewaltlosigkeit nichts mehr zu erreichen ist“ und vorschlug, „diejenigen, die borniert und allmächtig über das Sein oder Nicht-sein der Menschheit entscheiden, zu behindern“⁴, zogen auf der anderen Seite das bayrische Innenministerium und leitende Polizeibeamte den Schußwaffengebrauch bei Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf öffentlich in Erwägung⁵. Die Unionsparteien warnten, angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen, vor dem rot-grünen Chaos, während SPD und GRÜNE eine neue Mehrheit links der Union suchten. Für oder gegen den Ausstieg aus der Atomenergie, außerparlamentarischer Widerstand oder politische Reform, gewaltloser Widerstand oder militanter Protest, Verschärfung des Demonstrationsrechts und Aufrüstung der Polizei oder uneingeschränkte Demonstrationsfreiheit, Mehrheit links der Union oder rot-grünes Chaos schienen die digitalisierten Meinungsalternativen zu sein.

Die Einbettung in diesen Kommunikationskonflikt macht die ausgewählte Demonstrationsberichterstattung aus verschiedenen Gründen interessant für eine informationspolitische Analyse. Zum einen bilden die scharfen Meinungsgegensätze den Hintergrund für prägnante informationspolitische Tendenzen der einzelnen Zeitungen. Der kompetitive Charakter der öffentlichen Kommunikation hat kompetitive Strategien der einzelnen Zeitungen zur Folge. Zum zweiten weist die Beispielberichterstattung in einem überschaubaren Zeitraum und bezogen auf einen begrenzten Themenbereich die entsprechende Kommunikationsdichte auf, ohne die strategische Zusammenhänge nicht erkennbar sind. Aufgrund der allgemeinen Relevanz der umstrittenen Themen bringt jede der berücksichtigten Zeitungen im Untersuchungszeitraum täglich mindestens einen, meistens mehrere Beiträge zu den Themen „Atomenergie“ und „innere Sicherheit“. Einige der Zeitungen reichern ihre Berichterstattung mit Sonderseiten und Fortsetzungsserien an. Außerdem ist, was eine informationspolitische Analyse erleichtert, in allen Zeitungen die Anzahl

der kommentierenden Beiträge zu den genannten Themenbereichen außergewöhnlich hoch, mit Spitzenwerten von 6 bzw. 7 Kommentaren in der FRANKFURTER RUNDSCHAU und der WELT innerhalb einer Woche.

Die Auswahl eines solchen Untersuchungsgegenstandes ist geleitet vom methodischen Prinzip der zusammenhängenden Betrachtung. Die hohe Kommunikationsdichte der Presseberichterstattung ermöglicht eine Form der Pressekritik, die nicht in der Auflistung singulärer journalistischer Kunstfehler besteht, sondern das Zusammenspiel verschiedener strategischer Maßnahmen der Informationspolitik einer Zeitung rekonstruiert.

Von den beschriebenen Ausgangsbedingungen her läßt sich folgende Leitfrage für die Analyse der Demonstrationsberichterstattung formulieren:

Welche informationspolitischen Verfahren nutzen die einzelnen Zeitungen, um mit der Ereignisberichterstattung die öffentliche Meinungsbildung zu den virulenten Themen zu beeinflussen?

3.2 Ereignisberichterstattung und öffentliche Meinungsbildung: Erträge der Informationspolitik

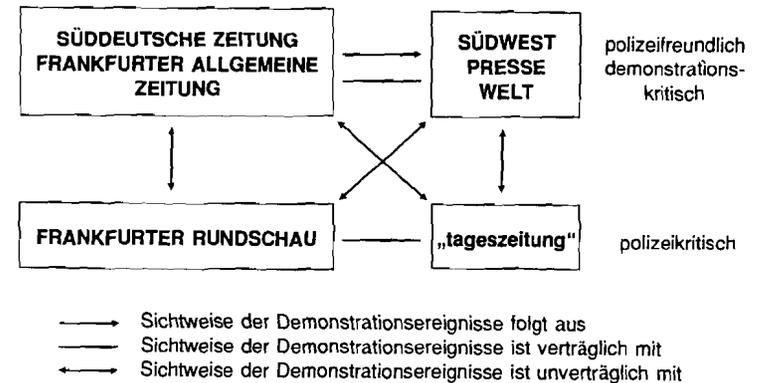
Kommunikationsgeschichtlich betrachtet ist die Ereignisberichterstattung eine Keimzelle öffentlicher Meinungsbildung. Sie ist gewissermaßen der Kern, um den sich Meinungen anlagern können. Mit ihr werden die Sachverhalte und Themen eingeführt, zu der eine Zeitung ihre Meinung verbreitet und die Leser sich die ihre bilden. Mit ihr werden aber auch die Indizien eingeführt, die für oder gegen eine Meinung sprechen können.

Wie ausgeprägt die untersuchten Zeitungen im vorliegenden Fall diese Möglichkeit strategisch nutzen, zeigt sich daran, daß vier unterschiedliche Verständnisse der Demonstrationseignisse verbreitet werden. Die Indizien dafür werden in der Analyse schrittweise nachgeliefert.

- (1) Die Demonstrationseignisse als gewalttätige Aktionen von seiten der Demonstranten. (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG)
- (2) Die Demonstrationseignisse als von der Polizei behinderte Ausübung des Demonstrationsrechtes. („tageszeitung“)
- (3) Die Demonstrationseignisse als Meinungskundgebung der Anti-Atomkraft-Bewegung, die von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen einigen Demonstranten und der Polizei überschattet wurde. (FRANKFURTER RUNDSCHAU)
- (4) Die Demonstrationseignisse als Anlässe für eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes (WELT, SÜDWEST PRESSE)

Am Anfang aller Kritik steht, nach Schleiermacher, der Verdacht: „Dasjenige, wodurch alle Operation der Kritik bedingt ist, ist die Entstehung

des Verdachts, daß etwas ist, was nicht sein soll. Wo ein solcher Verdacht nicht ist, kann auch kein kritisches Verfahren eingeleitet werden.“⁶ Gespeist wird der Anfangsverdacht im vorliegenden Falle durch die Unterschiede und die Unverträglichkeiten zwischen den verbreiteten Ereignisdarstellungen, da man nicht alle vier Sichtweisen teilen kann, ohne sich in Widersprüche zu verwickeln. Die Sichtweisen (1) und (2) schließen sich gegenseitig aus, (4) setzt (1) voraus, die Sichtweisen (2) und (3) sind untereinander verträglich. Mit Hilfe dieser Verträglichkeits- und Unverträglichkeits-Urteile läßt sich ein duales Soziogramm der behandelten Zeitungen erstellen. Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, die SÜDWEST PRESSE und die WELT lassen sich in die Gruppe der demonstrationskritischen und polizeifreundlichen Zeitungen zusammenfassen, die FRANKFURTER RUNDSCHAU und die „tageszeitung“ bilden die polizeikritische Gruppe.



Aufgrund ihrer Unverträglichkeit liefern die verschiedenen Presseudarstellungen nicht nur den Stoff für den anschließenden Kommunikationskonflikt, sondern lösen ihn mit aus.

Die vier unterschiedenen Verständnisse lassen sich durch ein kommunikatives Kriterium legitimieren: Sie bestimmen die sich an die Ereignisberichterstattung anschließenden Diskussionsverläufe, in denen auf die Demonstrationen Bezug genommen wird. In der parteipolitischen Diskussion vor den Landtagswahlen in Niedersachsen wirft z.B. die CDU in ihrer Wahlkampfzeitung den GRÜNEN mangelnde Distanzierung von den „Gewalttätern nach dem Brokdorfkrawall und den Terrorszenen in Wackersdorf“ vor, während vom niedersächsischen Landessprecher der

GRÜNEN laut SPIEGEL der Verdacht erhoben wird, „die Polizeiführung habe friedliche Demonstranten provoziert, um die GRÜNEN als Verbündete von Gewalttätern vorzuführen“. In ähnlich konträrer Weise bestimmen die von der Berichterstattung eingeführten Verständnisse auch die Diskussion um eine Verschärfung des Demonstrationsrechts oder die Debatte um die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes in Brokdorf. Für Peter Gatter von PANORAMA ist in Brokdorf durch den Polizeieinsatz ein „Verfassungsbruch oder zumindest eine Verfassungsverletzung begangen worden“ (PANORAMA, 17.6.1986). Kein verfassungsrechtliches Problem, sondern ein rein polizeitaktisches, sieht dagegen der Polizeipräsident von Baden-Württemberg, Alfred Stümper, in den Brokdorf-Ereignissen. Er fordert dementsprechend „neue Anstrengungen bei der Entwicklung von polizeilichen Distanzwaffen zur weiträumigen Abwehr gewalttätiger Chaoten“, da „die lebensbedrohliche Situation, in die die Polizisten vor Ort geraten, die Gefahr des scharfen Schusses erhöht“ (WELT 11.6.1986, 4)

Die Gegensätzlichkeit der Ereignis-Sichtweisen, die in den zitierten Äußerungen vorausgesetzt werden, illustriert die Bedeutung der Ereignisberichterstattung für die öffentliche Meinungsbildung. Für die Anschluß-Kommunikationen hat die Berichterstattung die Gegenstände der Auseinandersetzung überhaupt erst konstituiert. In Beiträgen der genannten Art können die Verständnisse bereits als etabliert vorausgesetzt werden. Von dieser Gegenstandskonstituierung her betrachtet, rechtfertigt sich eine strategische Analyse der Berichterstattung gewissermaßen von den unterschiedlichen Spielausgängen her, also aufgrund der Beiträge der einzelnen Zeitungen für die Anschlußkommunikation.

Deutungskonflikte über Einzelereignisse erweisen sich oft als Glieder längerer Kommunikationsketten, in denen es um die gesellschaftliche Durchsetzung von Verständnissen umstrittener Ereignistypen – z.B. Streiks, Demonstrationen, gewaltfreie Proteste, Mißtrauensvoten – geht. Als die Bundesregierung drei Jahre nach den hier behandelten Demonstrationseignissen des Sommers 1986 die schon damals geforderte Verschärfung des Demonstrationsrechts beschließt, werfen die GRÜNEN ihr vor, die Zustimmung zu dem Gesetz durch die „Vorspiegelung falscher Tatsachen erlangt zu haben“. Sie kritisieren, daß die Statistiker der Innenminister keinen Unterschied gemacht haben, ob eine Demonstration „insgesamt“, „überwiegend“ oder „teilweise“ unfriedlich verlaufen ist (vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU, 29.9.1989, 1).

Betrachtet man die Demonstrationsberichterstattung im Zusammenhang ihrer Konflikt-Vorgeschichte und ihre konfliktären Folgen, so ist eine informationspolitische Betrachtungsweise insgesamt naheliegend. Man muß sich dann nicht damit begnügen, die auffallende Kohärenz der Pressekommunikation als Zufallsprodukt aufzufassen, sondern kann sie als

Ergebnis strategisch-journalistischer Maßnahmen erklären. Diese Erklärungsaufgabe soll in der folgenden Fallstudie exemplarisch an drei Typen von Kommunikationsstrategien bearbeitet werden:

1. Strategien der Ereignisdarstellung, als Beispiel für die informationspolitische Nutzung beitragsinterner Zusammenhänge.
2. Strategien der Ereigniskomentierung, als Beispiel für die strategische Nutzung konstellativer Zusammenhänge zwischen Beiträgen einer Zeitungsausgabe.
3. Strategien der Kommunikationsführung und der Themenbehandlung, als Beispiele für periodische Strategien der Vor- und Nachberichterstattung.

Die Effektivität von Strategien beruht auf ihrer Abstimmung und Kumulierung. Deshalb geht es im folgenden nicht nur um eine Auflistung informationspolitischer Maßnahmen, sondern auch um die Beschreibung ihres Zusammenspiels in den mittelfristigen Kommunikationsstrategien der einzelnen Zeitungen.

3.3 Strategien der Ereignisdarstellung

Das Berichten über Ereignisse entlang den journalistischen W-Fragen „was“, „wann“, „wo“, „wer“, „wie“, „warum“ gilt im allgemeinen als die journalistische Hardware. Vergleicht man jedoch im Einzelfall die Antworten, die auf diese W-Fragen von verschiedenen Zeitungen gefunden wurden, so wird schnell deutlich, daß als Vergleichsmodell der Presseberichterstattung weniger die standardisierte Datenbankabfrage, sondern eher die Geschichtsschreibung geeignet ist. Der Grund dafür liegt in der oft übersehenen kommunikativen Tatsache, daß Fragen formuliert, Adressaten für die Fragen ausgewählt, Antworten verstanden und dem Leser mitgeteilt werden müssen. Deshalb ist leicht nachvollziehbar, daß amerikanische Zeitungswissenschaftler ihr Curriculum zur kritischen Zeitungslektüre als systematische Problematisierung dieser W-Fragen-Routine aufbauen. „These questions hide within their simplicity and their apparent common sense a whole framework of interpretation from which reporters... operate... After all, the world does not submit directly to blunt interrogation“. Die informationspolitische Bedeutung dieser Fragen resultiert daraus, daß es sich nicht um Abfrage-Fragen handelt, sondern um Klassifizierungsfragen. Mit ihrer Beantwortung wird zugleich ein Beitrag geleistet zur Erklärung des berichteten Ereignisses. So ist es nicht unerheblich, welche der folgenden Antwortmöglichkeiten auf die Frage, wer an den Demonstrationen beteiligt war, ausgewählt werden: „Menschen“, „Demonstranten“, „Gewalttäter“, „Randalierer“, „Chaoten“, „AKW-Gegner“, „Kernkraftgegner“, „Bürger“. Die Kennzeichnungen „Randalierer“

und „Chaot“ werden wohl kaum in einer Darstellung der Demonstrationen als friedliche Anti-AKW-Proteste vorkommen. Zusammenhänge dieser Art, die auf die Festlegungsbereiche der Kennzeichnungen zurückgeführt werden können, sind der Grund für ihre Attraktivität in der ausdrucksorientierten Pressekritik. Von Seiten der Geschichtsphilosophie ist verschiedentlich auf den engen Zusammenhang zwischen Klassifizieren und Erklären hingewiesen worden: „The explanation is given by finding a satisfactory *classification* of what seems to require explanation.“⁸ Die Erklärungskraft der Antworten auf Was-Fragen beruht auf ihrem engen Zusammenhang mit Wie-Fragen: „Descriptions of what happened may be proper answers to the important kind of request for explanations that demand how something happened.“⁹

In der Analyse der Ereignisdarstellung soll vergleichend untersucht werden, mit welchen Beantwortungsstrategien der W-Fragen die einzelnen Zeitungen ihr Bild der Demonstrationsereignisse konturieren. Dabei wird sich nicht nur zeigen, daß die Antworten unterschiedlich ausfallen, sondern auch, daß die einzelnen Antworten einer Zeitung aufeinander abgestimmt sind. Die Synchronisation der Antworten zu einem Ereignismuster ist eine grundlegende informationspolitische Maßnahme der Ereignisberichterstattung, die weitere Darstellungsstrategien vorbereitet.

Bei der Analyse beschränke ich mich auf drei Aspekte der Ereignisdarstellung, unter denen sich die Zeitungen besonders deutlich voneinander unterscheiden:

- die Einführung und Etablierung einer Sichtweise der berichteten Ereignisse in den Aufmachern;
- die Darstellungsperspektive und den Ereignisbezug;
- die Darstellung relevanter Ereigniszusammenhänge.

3.3.1 Aufmacherstrategien

Die Bandbreite der Formulierungsunterschiede zwischen den Aufmacherschlagzeilen ist ein erstes Indiz dafür, daß die sechs Tageszeitungen ihre Eröffnungsbeiträge für eine deutliche Profilierung ihrer Berichterstattung nutzen. Bereits die Schlagzeilen lassen erkennen, welches der unterschiedenen vier Verständnisse der Demonstrationen von der jeweiligen Zeitung favorisiert wird. Die vollständigen Beiträge sind im Anhang dokumentiert.

Aufmacherschlagzeilen vom 9.6.1986

- (1) **Sechzigtausend demonstrieren in Brokdorf, Wackersdorf und Hamm**
Viele Polizisten verletzt/ Etwa hundert Gewalttäter festgenommen/
Feuer, Steine, Flaschen, Knüppel
(FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG)

- (2) **Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und militanten Kernkraftgegnern**
Rund 80 000 Demonstranten am Wochenende in Brokdorf und Wackersdorf/
Hubschrauber mit Leuchtraketen beschossen/ Rund 100 Polizisten verletzt/
Insgesamt etwa 400 Festnahmen
(SÜDDEUTSCHE ZEITUNG)
- (3) **Polizei legte Demos still**
130 000 demonstrierten im gesamten Bundesgebiet gegen Atomkraft/ Große Koalition von SPD, CDU, und FDP-Politikern kritisiert scharf „gewalttätige Demonstranten“/ Grüne und SPD-Vorsitzende in Schleswig-Holstein kritisieren die Polizeieinsätze („tageszeitung“)
- (4) **Zehntausende bei Protest gegen Atomanlagen**
Schwere Konflikte in Brokdorf und Wackersdorf
(FRANKFURTER RUNDSCHAU)
- (5) **FDP sagt nein zu Änderung des Demonstrationsrechts**
Polizeigewerkschaft fordert Aburteilung der Gewalttäter von Brokdorf
(WELT)
- (6) **Nach blutigen Krawallen in Brokdorf und Wackersdorf: Politiker verurteilen Gewalt/ Strauß fordert härtere Strafen**
Bangemann gegen Änderung des Demonstrationsrechts
(SÜDWEST PRESSE)

Die Macht der Aufmacher beruht auf ihrer Schlüsselstellung in der Pressekommunikation. Sie eröffnen die Berichterstattung für die aktuelle Zeitungsausgabe, und sie bilden zugleich die Nahtstelle zwischen der Vor- und der Nachberichterstattung. Diese Funktionen eröffnen einige informationspolitische Nutzungsmöglichkeiten.

1. Durch die Klassifizierung eines Ereignisses – wie die Beispiele zeigen, oft schon in der Schlagzeile – wird im Aufmacher der Rahmen für die Ereignisberichterstattung abgesteckt.

Die „tageszeitung“ beschreibt z.B. die Demonstrationsereignisse als „von der Polizei provozierte Auseinandersetzungen“. Die WELT wählt die Bezeichnung „schwere Ausschreitungen bei den Demonstrationen von Kernkraftgegnern“. Was in der „tageszeitung“ als Anlaß vorausgesetzt wird, gilt in der WELT als Folge, nämlich der Polizeieinsatz; die Opfer in der „tageszeitung“ sind in der WELT die Täter. Solche Klassifizierungen des Berichteten sind Antworten auf die journalistische Was-ist-passiert-Frage. Mit ihrer Beantwortung haben die beiden Zeitungen jeweils unterschiedliche Festlegungen für die Weiterbehandlung des Themas eingeführt, z.B. in Bezug auf die Auswahl der relevanten Ereignisaspekte, aber auch für das Erklären, warum es zu Gewalttätigkeiten kam, für die Diskussion von Schuld und Verantwortung, für die kommentierende Einordnung der Ereignisse, und für die Auswahl der „passenden“ Stel-

lungennahmen. Die folgende Liste von Schlagzeilen aus der Ereignisberichterstattung der „tageszeitung“ vom 9.6.1986 illustriert, wie die im Aufmacher eingeführte Sichtweise der Ereignisse als polizeiliche Demonstrationsbehinderung in den Ergänzungsbeiträgen aufgegriffen wird: In berichtenden Beiträgen über die Ohnmacht der Demonstranten und in der Kommentierung der Ereignisse als Mißerfolg der AKW-Bewegung.

- (7) Ein schwarzer Tag für die Anti-AKW-Bewegung
- (8) Blutige Köpfe am WAA-Zaun
- (9) Hamburger Kolonne kam nicht durch
- (10) Demo in Brokdorf – Ein Revival-Flop: Anti-Atomprotest erreicht trotz Massenzulauf nach Tschernobyl keine neue Qualität („tageszeitung“ 9.6.1989, 1–4)

2. Mit dem Aufmacher wird die Ereignisberichterstattung in die Pressekommunikation eingeordnet.

Vernetzungen zwischen Beiträgen, z.B. in der Vor- und Nachberichterstattung, sind informationspolitische Maßnahmen zur Tradierung von Sichtweisen und Themen. Schlagzeilen erfüllen dabei die Funktion, serielle Fortsetzungszusammenhänge zwischen Beiträgen in verschiedenen Ausgaben oder konstellative Ergänzungszusammenhänge innerhalb einer Ausgabe zu markieren.

Wie sich solche Sequenzzusammenhänge strategisch nutzen lassen, zeigt die folgende Zusammenstellung von Aufmacherschlagzeilen der WELT an aufeinanderfolgenden Tagen:

- (11) Union verlangt schärfere Gesetze gegen Gewalttäter (WELT, 7.6.1986, 1)
- (12) FDP sagt nein zu Änderung des Demonstrationsrechts (WELT, 9.6.1986, 1)
- (13) Die Schlacht um Brokdorf – „So schlimm war es noch nie“ (WELT, 9.6.1986, 3)

Im Zusammenhang mit der vorausgegangenen Überschrift (11) vom 7. Juni (Samstag) liest sich die in (12) zitierte Überschrift aus der Montagsausgabe wie die Eröffnung der zweiten Folge einer Fortsetzungsgeschichte. Aus der Sicht des Aufmachers kann die Reportagenschlagzeile (13) verstanden werden als Ankündigung einer nachgeschobenen Begründung der Forderung einer Demonstrationsrechtsänderung. Mit solchen kommunikationsgeschichtlichen Einbettungen des Aufmachers werden die Demonstrationsereignisse auch thematisch eingeordnet, hier in die Themenbereiche „Gewalt und innere Sicherheit“ und „Verschärfung des Demonstrationsrechts“.

3.3.2 Ereignisdarstellung und Ereignisbezug

Die meisten Presseberichte gehen auf Informationen aus „zweiter Hand“ zurück: auf Agenturmaterialien, Pressekonferenzen, Presseerklärungen, Interviews und Hintergrundgespräche. Kritiker sehen im Zusammenspiel zwischen Presse und Informationsquellen bereits das „Prinzip bürokratischer Affinität“ walten: „Only other bureaucracies can satisfy the input needs of a news bureaucracy“¹⁰. „Terminjournalismus“, „Verlautbarungsjournalismus“ „Hofberichterstattung“ sind die Etiketten, unter denen die Informationsbeschaffung und -bearbeitung in der Publizistik problematisiert werden.¹¹ Für das Verständnis einer Ereignisdarstellung ist es nicht unerheblich, wie die Information beschafft wurde, von welchen Quellen sie stammt und wie gesichert sie ist. Transparenz der Quellen, der Nachrichtenlage, der Darstellungsperspektive und der Tradierungsgeschichte von Informationen gehören deshalb zu den elementaren Qualitätsanforderungen an eine Zeitung. Die publizistischen Theorien der Nachrichtenauswahl¹² erfassen nur einen Teil des Problems, das man insgesamt als ein Problem des journalistischen Gegenstandsbezugs sehen kann.

Wie relevant diese Gesichtspunkte für das Fallbeispiel sind, illustrieren die folgenden Ausführungen der FRANKFURTER RUNDSCHAU zu den Möglichkeiten der Informationsbeschaffung in Brokdorf, im übrigen auch ein äußerst seltenes Beispiel reflexiver Berichterstattung.

Anzumerken bleibt, daß die Beobachtung solcher Aufmärsche für die Journalisten immer schwieriger wird. Viel von dem was geschieht, entzieht sich ihrem Blick. Die Information durch die Beteiligten vor Ort tritt an diese Stelle. Eine besondere Form der Nachrichtengebung wurde am Samstag im Polizeihochhaus von Itzehoe vorgeführt. Dort konnten die Korrespondenten am Monitor das Geschehen beobachten, das ihnen von der Polizei in den Saal geliefert wurde. Eine Demonstration aus amtlicher Sicht sozusagen (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 9.6.1986, 3).

Man kann wohl davon ausgehen, daß diese Service-Leistung der Polizei einer der Gründe ist für Übereinstimmungen in den Demonstrationsberichten verschiedener Zeitungen. Nicht die Informationsquelle ist jedoch dafür verantwortlich, sondern ihre journalistische Nutzung. Ob der Leser unter den geschilderten Bedingungen der Informationsbeschaffung einen getarnten Polizeibericht erhält, hängt von den Darstellungsverfahren ab, die der Journalist wählt.¹³ Nimmt man die Art des Gegenstandsbezugs als Kriterium, so lassen sich folgende Grundformen der Ereignisdarstellung unterscheiden:

- (i) die Augenzeugendarstellung („Es war Samstagnachmittag an einer südlichen Ecke des Kernkraftwerks Brokdorf“, FRANKFURTER RUNDSCHAU)

- (ii) die faktizierende Ereignisdarstellung ohne Kennzeichnung der Quellenperspektive („In Brokdorf gelang es nur etwa 30000 Menschen an den Bauzaun zu kommen“ „tageszeitung“)
- (iii) die distanzierte Ereignisdarstellung mit Kennzeichnung der Quellenperspektive („Angeblich sollen Demonstranten der Polizei eine Maschinenpistole entwendet haben“, „tageszeitung“)
- (iv) die distanzierte Ereignisdarstellung mit Quellenangabe („Nach Angaben der Polizeieinsatzleitung erlitten 60 Beamte Verletzungen“, FRANKFURTER RUNDSCHAU).
- (v) die indirekte Ereignisdarstellung aus der Perspektive Dritter („Politiker von Koalition und Opposition haben am Wochenende die gewalttätigen Ausschreitungen um die Atomanlagen von Brokdorf und Wackersdorf scharf verurteilt“, SÜDWEST PRESSE).

Für den Leser ist es nicht unerheblich, nach welcher dieser Formen ihm die Ereignisse berichtet werden.¹⁴ Die Darstellungsverfahren (ii) und (v) verschließen dem Zeitungsleser aus jeweils unterschiedlichen Gründen die Möglichkeit, Zusammenhänge zwischen Darstellungsperspektive und möglichen Interessen zu erkennen. Fehlende Quellenhinweise behindern im Falle von (ii) den Leser, die Version einer Zeitung als eine Version unter anderen zu erkennen. Vergleicht man die Zahlenangaben über Demonstrationsteilnehmer, verletzte Polizisten und Festnahmen, so kann man vermuten, daß in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG und in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG unter der Hand der Polizeibericht verbreitet wird. Mit den Darstellungsformen (iii) und (iv) wird dem Leser nicht nur Faktenwissen vermittelt, sondern auch reflexives Wissen über Herkunft und Gültigkeit der Informationen. Am Beispiel der Darstellung von Ereigniszusammenhängen werde ich ausführlicher darauf zurückkommen.

Unter strategischen Gesichtspunkten ist die Wahl der *indirekten Darstellungsweise mit Politikerperspektive* (Vgl. [v]) im Aufmacher der WELT und der SÜDWEST PRESSE besonders auffallend. In der Art, in der sie hier von den beiden Zeitungen eingesetzt wird, haben wir es mit einer besonders trickreichen Variante des Verlautbarungsjournalismus zu tun. Durch ihre Aufmachung sorgt die Zeitung nicht nur für die Publizität bestimmter Politikermeinungen, hier der Meinungen zur Verschärfung des Demonstrationsrechts, sondern auch gleichzeitig für die Verbreitung einer ihr passenden Sichtweise der zu berichtenden Ereignisse, also der Demonstrationen als Gewalttätigkeiten von Demonstrantenseite. Die Berichterstattung über Stellungnahmen zu Ereignissen ist natürlich nicht per se problematisch. Sie wird es nur, wenn sie als Surrogat der Ereignisdarstellung verwendet wird, wenn also das Zusatzangebot zum Hauptangebot wird, was im Aufmacher der WELT in Reinstform der Fall ist. Konsequenz

wird hier auf eine Ereignisdarstellung verzichtet. Die Darstellungsform im Aufmacher korreliert im Falle der WELT deutlich mit der Gewichtung im gesamten Informationsangebot der Zeitung: 32% des Informationsangebots zu den Demonstrationsereignissen fallen auf die Politikerstellung¹ nahmen, davon allein 17% auf die Strauß-Stellungnahme, und nur 17% auf die Demonstrationsereignisse in Brokdorf. Im Vergleich dazu ist die FRANKFURTER RUNDSCHAU ausgesprochen ereignisorientiert: 33% des Informationsangebots haben die Brokdorf-Ereignisse zum Gegenstand und nur 4% die Stellungnahmen der Politiker.

Mit Berichteröffnungen, wie die SÜDWEST PRESSE und die WELT sie wählen, wird normalerweise vorausgesetzt, daß bereits über die Ereignisse berichtet wurde, zu denen sich die Politiker geäußert haben. Dieses Sequenzmuster ist im vorliegenden Fall aber umgedreht¹⁵, was die Etablierung der Politikerverständnisse der Demonstrationsereignisse aus folgenden Gründen begünstigt:

1. Das Verhältnis von Anlaß und Folge wird umgekehrt. Nicht die Angemessenheit der Folgeäußerung soll durch die Ereignisdarstellung belegt werden, sondern die Sichtweise der Ereignisse durch die Folgeäußerungen.
2. Die Verifikationsmöglichkeiten des Lesers werden eingeschränkt. Ihm wird zunächst gerade die Ereignis-Information vorenthalten, die er bräuchte, um die verbreitete Ereignis-Einschätzung zu überprüfen.

Darüberhinaus bleibt dem Leser die Überlieferungsgeschichte der Information bis hin zur Politikerstellungnahme verborgen. Die Verdunklung der Zusammenhänge zwischen Stellungnahmen und ihrem Gegenstand reicht im vorliegenden Fall bis zum Verstoß gegen das Wahrheitsprinzip. Im Falle der Berichterstattung über die Äußerungen von Strauß zum Thema Demonstrationen werden mittels der indirekten Darstellungsweise Zusammenhänge zwischen zwei Ereignissen konstruiert, die es so gar nicht gegeben hat. Mit der Überschrift „**Nach blutigen Krawallen in Brokdorf: ... Strauß fordert härtere Strafen**“ legt sich die SÜDWEST PRESSE auf eine Chronologie der Ereignisse fest, die im Falle der Strauß-Äußerung zeitlich unzutreffend ist. Nach Angaben der FRANKFURTER RUNDSCHAU hat Strauß seine Äußerungen bereits am Samstagmorgen vor dem CSU-Arbeitskreis „Polizei“ gemacht hat, also Stunden vor Beginn der Demonstrationen. Im Aufmacher der SÜDWEST PRESSE werden demnach nicht nur Anlaß und Folge umgewichtet, sondern es werden Folgen zu Ereignissen erfunden. Da außer der FRANKFURTER RUNDSCHAU keine der Zeitungen den Zeitpunkt der Strauß-Äußerung angibt, entführen hier alle anderen ihre Leser ins Reich der Fiktion.

Wie wichtig die Form der Ereignisdarstellung ist, geht auch daraus hervor, daß sich in der Presseberichterstattung selbst Gegenstrategien etabliert haben, mit denen sich Zeitungen von konkurrierenden Darstellungen absetzen:

Ironisierung einer konkurrierenden Sichtweise

„Nach den Auseinandersetzungen dröhnte erwartungsgemäß der partei-übergreifende Distanzierungschor: Martin Bangemann (FDP), Hans Jochen Vogel (SPD) und Regierungssprecher Ost kritisierten die AKW-Gegner wegen ihrer Militanz heftig“ („tageszeitung“, 9.6.1986, 1).

Vergleichende Beurteilung unterschiedlicher Sichtweisen

„Innenminister Claussen... zieht am Abend vor den Fernsehkameras in Verknennung der wahren Lage noch eine positive Zwischenbilanz... Die Hundertschaftsführer der Polizei...kommen in der Nacht zu einem ganz anderen Ergebnis. Ein Polizeisprecher: „Eine solche Brutalität haben wir bisher bei keinem Einsatz in der Bundesrepublik erlebt“ (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG)

Reflexive Aufklärung über Informationsquellen und -beschaffung:

In einem Beitrag „Die Höhle des Löwen / Der Blick aus dem Polizei-Lagezentrum in Itzehoe“ beschreibt die „tageszeitung“ die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei (Vgl. auch die oben zitierte Passage aus der FRANKFURTER RUNDSCHAU).

Wie wenig den meisten Zeitungen an einer quellenkritischen und transparenten Ereignisberichterstattung liegt, geht schon daraus hervor, daß nur die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG eine Falschmeldung richtigstellt, die offensichtlich aus dem Polizeibericht direkt in die Presseberichte geraten ist, die Meldung über eine angeblich von Demonstranten entwendete Maschinenpistole.

3.3.3 Die Darstellung von Ereigniszusammenhängen oder fünf Variationen über ein Thema

In mehreren Beiträgen zu den Demonstrations-Ereignissen haben verschiedene Wochenzeitungen und politische Fernsehmagazine Nachrecherchen präsentiert, die einige Zweifel an der in den Tageszeitungen und Nachrichtensendungen des Fernsehens bevorzugt verbreiteten polizeifreundlichen Version aufkommen ließen. Die Polizeieinsätze wurden dabei hauptsächlich unter zwei Gesichtspunkten diskutiert: erstens, die Verantwortung der Polizei bei der Entwicklung der Gewalttätigkeiten und zweitens, die Legalität der Einsätze im Hinblick auf das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit.

Die ZEIT, die die Ereignisse in einem Dossier ausführlich nachbehandelt, kommt zu dem Ergebnis, daß „die Polizei in Brokdorf die Grundrechte weitgehend außer Kraft setzte“ (ZEIT, Nr. 25, 13.6.1986, 26). Und weiter: „Mit nie dagewesener Härte reagierten Staat und Polizei. Demonstrationsverbot, Autobahnsperrungen, Gasangriffe, Massenfestsetzungen richteten

sich unterschiedslos gegen die überwiegend große Mehrheit friedlicher Demonstranten und gewalttätige Gruppen“ (ebenda 25). Mit der Überschrift „Polizeitaktik löst Krawalle aus“ wird im SPIEGEL Nr.31, 28.7.1986 ein Beitrag angekündigt, in dem es heißt: „Augenzeugenberichte, auch von Polizeiseite, sowie vertrauliche Lagebeurteilungen von Verfassungsschutzbehörden legen die Schlußfolgerung nahe, daß die Polizeiverantwortlichen in Bayern und Schleswig-Holstein nahezu alles, was falsch gemacht werden konnte, auch falsch gemacht haben: Friedfertige wurden durch polizeiliche Überreaktionen radikalisiert, Radikale durch folgenschwere Unterlassungen geradezu ermutigt, Gewalttaten zu begehen“. In einem PANORAMA-Beitrag mit Filmdokumenten zu den umstrittenen Ereignisabschnitten rekonstruiert Stephan Aust den Ereignisverlauf in Brokdorf als „Lehrstück für die Entwicklung von Gewalt“, in dem vorgeführt wird, so Peter Gatter in der Anmoderation des Beitrags, wie „Dummheit bornierter Polizeitaktiker und stumpfsinnige Brutalität chaotischer Verbrecher zusammengewirkt haben“, mit der Folge, „daß zehntausende von Deutschen das Recht verloren haben, ihre abweichende Meinung öffentlich kundzutun“ (PANORAMA, 17.6.1986). Der Streit um die richtige Deutung der Ereignisse bestimmte auch die politische Diskussion in Bonn. Die von den GRÜNEN vertretene Auffassung, daß die „Gewaltprovokation“ „vor allem von der Polizei und den Beamten des Bundesgrenzschutzes ausgegangen sei“, wies Regierungssprecher Ost mit der Begründung zurück, die Bundesregierung verfüge über keinerlei Erkenntnisse, die auch nur einen „Hauch von Provokation“ erkennen ließen¹⁶.

Auf dem Hintergrund dieses öffentlichen Kommunikationsverlaufes stellt sich die Frage, wie die Tageszeitungen diejenigen Ereigniszusammenhänge dargestellt haben, die für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Polizeieinsätze und die Frage der Verantwortung für die Gewalttätigkeiten relevant wurden. Ich beschränke mich bei der Analyse auf die Darstellungen von zwei besonders strittigen Episoden vor dem Atomkraftwerk Brokdorf: den Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen und den Tränengaseinsatz gegen die Kundgebungsteilnehmer. Die folgenden Textauszüge sind die von den verschiedenen Zeitungen verbreiteten Darstellungen der ersten Episode.

Darstellungen von Ereigniszusammenhängen

DIE WELT

Die Auseinandersetzungen unmittelbar am Kernkraftwerk hatten begonnen, als Polizisten unter dem Schutz der Wasserwerfer das Kraftwerksgelände verließen. Der Landrat des Kreises Steinburg, Burkhard Rocke, begründete das Vorrücken mit Angriffen der Chaoten an einer Stelle des Kraftwerkes.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Trotz der scharfen Sicherheitsvorkehrungen kam es aber auch vor dem Haupteingang des Kraftwerks unmittelbar neben dem Kundgebungsgelände zu schweren Zusammenstößen. Vermummte Gewalttäter griffen die Polizisten hinter dem Bauzaun mit Molotow-Cocktails, Leuchtraketen, Steinen und Stahlkugeln an. Außerdem wurden die Hubschrauber, die ständig Verstärkung auf das Kraftwerk flogen, mit Leuchtkugeln beschossen, jedoch nicht getroffen. Die Polizei ging mit Tränengas, Schlagstöcken, Wasserwerfern und CS-Reizgas gegen die militanten Demonstranten vor. (Bericht)

... Eine halbe Stunde lang dauert der Kleinkrieg, dann schlägt die Polizei zurück: Räumung der Straße mit Knüppeln Tränengas und Wasserwerfern. (Reportage)

SÜDWEST PRESSE

Und wie damals schaukelten sich radikale Kräfte und Polizei mit gegenseitigen Provokationen und Machtdemonstrationen auf, bis dahin, daß die gegenseitig angewendete Gewalt den gewaltlosen Widerstand von 95 Prozent der aus der gesamten Bundesrepublik angezeigten Atomgegner in den Schatten stellte. Als die Redner der offiziellen Kundgebung auf einem Parkplatz am nord-östlichen Rand des Kernkraftwerk-Areals .. mit ihren Ansprachen begannen, herrschte in nächster Nähe bereits Krieg.

Begonnen hatte er gut eine halbe Stunde früher am Haupttor des Reaktors, direkt hinterm Elbteich, nach eher harmlosem Anlaß. Zunächst hatten Demonstranten verschiedenster Couleur noch mit den dort postierten, sehr jungen Polizeibeamten diskutiert. Dann kam es zu Rangeleien, deren Ursprung nicht festzustellen war. Mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln räumte die Polizei kompromißlos den Platz vor dem Haupttor, kleine Gruppen von Demonstranten wurden dabei regelrecht fortgespült und zum Teil meterweit geschleudert. Von nun an setzten sich die „Chaoten“ in Szene. (Reportage)

FRANKFURTER RUNDSCHAU

Die Polizei begründete ihr Vorgehen damit, daß Beamte auf dem Kraftwerksgelände und auch in den umliegenden Ortschaften von Stahlkugeln, Leuchtschurmunition und anderen Wurfgeschossen getroffen worden seien. Eine große Zahl von Schlagwerkzeugen, Schußwaffen und anderen gefährlichen Gegenständen seien beschlagnahmt worden. Augenzeugen beobachteten dagegen, daß die Polizei ohne erkennbaren Grund mit vier Wasserwerfern von dem Reaktorgelände ausrückte und mehrere tausend Demonstranten auf der Elbseite zurückdrängte. (Bericht)

„tageszeitung“

Eine Leuchtkugel, die ohne Schaden anzurichten über den Deich zischt, muß für die Hundertschaften als Startzeichen erhalten. Die mit dem Kampfgas angereicherten Wasserfontainen gehen hoch in die Luft, so daß der Wind die giftigen Schwaden auf möglichst viele Demonstranten verteilt. Erst jetzt versuchen einige von ihnen die nachrückenden Prügel-Garden mit Stein- und Holzwürfen auf Distanz zu halten. Währenddessen trägt der Wind einige Wortfetzen der Kundgebungsredner herüber. An die zwei Stunden dauern die Auseinandersetzungen, in die nun auch die hinter dem Zaun postierten Polizisten miteinbezogen werden. (Reportage)

In den Beiträgen der „polizeifreundlichen“ Zeitungen lassen sich immerhin drei verschiedene Darstellungsvarianten finden. Die *Variante 1*, die man aufgrund der stereotypen Rollenverteilung zwischen Polizisten und Demonstranten als Standard-Geschichte bezeichnen könnte, wird u.a. in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG geboten: Die Polizei reagiert auf Angriffe gewalttätiger Demonstranten, indem sie „zurückschlägt“. Eine Telegramm-Version dieser Art von Geschichte bietet die Unterzeile der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG: „Viele Polizisten verletzt/ Etwa hundert Gewalttäter festgenommen/ Feuer, Steine, Flaschen, Knüppel“. *Variante 2*, die man als „Eskalationsgeschichte“ bezeichnen kann, findet sich in der SÜDWEST PRESSE. Fast einem Naturereignis gleich, „schaukelten sich radikale Kräfte und Polizei mit gegenseitigen Provokationen und Machtdemonstrationen auf“. So kam es dann „zu Rangeleien, deren Ursprung nicht festzustellen war“. Die *Variante 3* aus der WELT zeichnet sich dadurch aus, daß die relevanten Ereigniszusammenhänge einfach offengelassen werden. Diese Darstellung leidet gewissermaßen an einer Informations-Unterernährung. „Die Auseinandersetzungen hatten begonnen, als Polizisten unter dem Schutz der Wasserwerfer das Kraftwerksgelände verließen“. Durch die Beschränkung auf die temporale Koinzidenz der beiden Teilereignisse bleibt ihr kausaler Zusammenhang offen. Im Hinblick auf die für den Leser zu lösende Frage, was Anlaß und was Folge war, könnte man hier von einer Lückentest-Geschichte sprechen. Mit der Berichterstattung der „tageszeitung“ wird die Bandbreite der Versionen um eine Art „umgekehrte Standardgeschichte“ erweitert: „Polizei legte Demos still“.

Auch bei der Darstellung der zweiten brisanten Episode, dem Tränengaseinsatz der Polizei gegen die friedlichen Kundgebungsteilnehmer, verbreiten die Zeitungen ganz unterschiedliche Versionen: Lücken-Versionen mit mehrdeutigen Satzverknüpfungen und Passivkonstruktionen, bei denen Akteure und Zusammenhänge von den Lesern gesucht werden müssen (Vgl. WELT, SÜDWEST PRESSE) stehen Darstellungen gegenüber, in denen die Täter- und Opfer-Rollen eindeutig zu Ungunsten der Po-

lizisten verteilt sind (Vgl. „tageszeitung“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG). Im Zusammenhang der Kommentar-Analyse aus der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG werde ich auf diese Episode näher eingehen.

Die Unterschiede in den Darstellungen machen deutlich, daß in bezug auf die brisanten Ereignisaspekte die Faktenlage alles andere als eindeutig ist. Dieser Zustand ist nicht an sich problematisch, sondern spiegelt einen Teil journalistischer Recherchen-Wirklichkeit. Problematisch ist allerdings die Unverträglichkeit, die im vorliegenden Fall zwischen dem Informationsangebot einzelner Zeitungen und den verbreiteten Sichtweisen der Ereignisse besteht. Mit ihrem Verständnis der Demonstrationsereignisse als Anlässe für eine Verschärfung des Demonstrationsrechts haben die SÜDWEST PRESSE und die WELT sich auf eine Faktenlage festgelegt, für die sie mit der eigenen Berichterstattung nicht garantieren können. Die ausschließliche Schuldzuweisung an die Demonstranten verträgt sich ebensowenig mit der „Eskalationsvariante“ der SÜDWEST PRESSE, die ja die Verantwortung für die Gewaltanwendung gleichermaßen auf Polizisten und Demonstranten verteilt, wie mit dem Verfahren der WELT, die entscheidenden Zusammenhänge einfach offenzulassen. Das Wissensdefizit, das in einem Beitrag der SÜDWEST PRESSE eingeräumt wird („Dann kam es (vor dem Atomkraftwerk Brokdorf) zu Rangeleien, deren Ursprung nicht festzustellen war.“), ist auch unverträglich mit der im Kommentar „Denkpause“ vorgenommenen politischen Schuldzuweisung, mit der gerade gesichertes Wissen vorausgesetzt wird: „Die Grünen tragen mit an der Verantwortung für die Brutalität, mit der an den Bauzäunen gegen die Polizei gewütet wird“ (SÜDWEST PRESSE, 9.6.1986, 1). Ungeheimheiten dieser Art stellen die Glaubwürdigkeit einer Zeitung in Frage und verstoßen, aufgrund der Vorspiegelung einer falschen Nachrichtenlage, gegen den Grundsatz der wahrheitsgemäßen Berichterstattung.

Die Schlußfolgerung, bei unsicherer Nachrichtenlage auf eine Berichterstattung zu verzichten – wie es die journalistische Faustregel „When in doubt leave out“ empfiehlt –, wäre natürlich überzogen. Nicht Verzicht ist hier angesagt, sondern die Thematisierung der Nachrichtenlage in einer quellenorientierten und distanzierten Darstellungsweise, wie es beispielsweise die FRANKFURTER RUNDSCHAU praktiziert – nach der bisherigen Zählung *Darstellungs-Variante 5*. Durch Quellenangaben sind die Ereignisberichte ausdrücklich als Berichte aus „zweiter Hand“ markiert: „Die Polizei begründete ihr Vorgehen damit, daß Beamte auf dem Kraftwerksgelände und auch in den umliegenden Ortschaften von Stahlkugeln, Leuchtpurmunition und anderen Wurfgeschossen getroffen worden seien [...] Augenzeugen beobachteten dagegen, daß die Polizei ohne erkennbaren Grund mit vier Wasserwerfern von dem Reaktorgelände ausrückte und mehrere tausend Demonstranten auf der Elbseite zurückdrängte“. Durch diese distanzierte Darstellungsweise legt sich die

FRANKFURTER RUNDSCHAU nicht auf die wiedergegebenen Darstellungen fest und informiert darüberhinaus die Leser nicht nur über Fakten, sondern auch über die Faktenlage.¹⁷ In diesem Sinne ist eine quellenorientierte Berichterstattung reflexiv zu nennen.

Unterschiedliche Sichtweisen der Ereigniszusammenhänge werden auch in dem PANORAMA-Beitrag von Stephan Aust zum Gegenstand der Berichterstattung gemacht. Die Zuschauer können dann selbst entscheiden, ob sie die Begründung des Einsatzleiters der Polizei plausibel finden, oder der Version eines Mitarbeiters des technischen Überwachungsvereins Glauben schenken, der die Polizeiaktion vom Kraftwerksgelände aus beobachten konnte.

Interview mit dem Einsatzleiter (PANORAMA, 17.6.1986)

Einsatzleiter: Das Ausrücken unserer Kräfte geschah an einem Ort, der noch quasi 700 Meter vom eigentlichen Veranstaltungsort entfernt war. Und insofern meine ich, kann man von einer Provokation überhaupt nicht sprechen.

Panorama: Das war natürlich zu einem Zeitpunkt, als die Kundgebung noch nicht begonnen hatte. Da haben die Menschen doch das Recht, sich an der Stelle (vor dem Atomkraftwerk, H.-J.B.) aufzuhalten, oder nicht?

Einsatzleiter: An der Stelle hatten sie sicherlich das Recht, sich aufzuhalten, aber die Polizei auch. Es ist das Recht der Polizei, sich an einem Ort aufzuhalten, um von dort aus später mögliche, bis dahin aber noch keine vorgefaßten polizeilichen Maßnahmen zu treffen.

Aussage eines Mitarbeiters des technischen Überwachungsvereins:

Mitarbeiter: Ich habe gesehen, daß es verhältnismäßig wenig Demonstranten waren, daß ein ganz ruhiger Verlauf ist und war verwundert, warum so ein massives Aufgebot von Polizei sich an dem Tor konzentrierte. Und ein Bekannter, der in leitender Position dort im Kraftwerk tätig ist, der stand neben mir und sagte noch: Was soll das bloß, das provoziert doch die ganzen, warum bleiben die bloß nicht drin, das ist doch überhaupt nicht erforderlich.

Die Resistenz der Standardgeschichte kommt nicht von ungefähr, wenn man die Vorgeschichte der Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf und die nahezu symbolische Bedeutung dieser Ortsnamen in Betracht zieht. In der Kommunikationsgeschichte über diese Ereignisse wurden Schablonen für Ereignismuster gestanzte, die bei jeder Anwendung Musterereignisse produzieren, was die historischen Einordnungen in verschiedenen Zeitungen belegen. Im Vorspann einer Reportage in der SÜDWEST PRESSE heißt es: „Brokdorf 1986, als machtvolle, friedliche Kundgebung gegen die Nutzung der Kernenergie gedacht, unterschied sich kaum von den schlimmen und fast schon legendären ‚Schlachten‘ vergangener Zeiten“. Ein Blick ins eigene Zeitungsarchiv hätte dem Journalis-

ten zeigen können, daß die Schlachten nicht legendär, sondern höchstens eine Legende sind. Über die Brokdorf-Demonstration des Frühjahres 1981 meldete damals dieselbe Zeitung im Aufmacher eben keine „legendarische Schlachten“, sondern, „daß die befürchteten Krawalle weitgehend ausblieben“. (SÜDWEST PRESSE 2.3.1981, 1). Durch Kommunikations- und Begriffsgeschichten dieser Art werden Mythen etabliert.¹⁸

Standardgeschichten führen, wie die beiden amerikanischen Medienwissenschaftler Bennett und Edelman es formulieren, zu Kurzschlüssen zwischen Realitätsannahmen und politischen Meinungen und blockieren so die Entwicklung von beiden.¹⁹ Das vorliegende Beispiel bestätigt die Beliebtheit dieser Abkürzung. Kein Wunder, daß es die Zeitungen sind, die nicht die Standardgeschichten erzählen, die in den aktuellen Ereignissen neue Tendenzen erkennen – „Manch Neues im Wald bei Wackersdorf“ ist eine Reportage in der FRANKFURTER RUNDSCHAU überschrieben –, und die die Stereotypie in der Behandlung des Themas durch andere Zeitungen kritisieren.

Es ist schon erstaunlich, wie mit immer denselben rhetorischen Ritualen, pawlowschen Reflexen gleich, Politiker einer bestimmten Richtung samt ihrem publizistischen Begleittröb, seit Jahren forsch und drohend auftreten, wenn – wie in den vergangenen Wochen bei Wackersdorf oder Grohnde²⁰ – bei Großdemonstrationen einige hundert reisende Gewalttäter das Recht der freien Meinungsäußerung durch Gewaltaktionen mißbrauchen. Da werden, als ob dieses verdrießliche Thema nicht schon seit vielen Jahren wieder und wieder von allen Seiten beleuchtet worden wäre, sofort und stereotyp „schärfere Gesetze“ gefordert; alle nachdenklichen Kritiker aber... sind nur Dummköpfe, ahnungslose Engel, Verharmloser, wie CSU-Stoiber am Dienstag in einem Rundfunk-Interview meinte (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 12.6.1986, 3)

3.4 Strategien des Kommentierens oder: Informationspolitik mit offenem Visier

In der frühen Presse des 17. Jahrhunderts hatte das Kommentieren, damals „Reflexiones oder Rück-gedancken“ genannt, wegen seiner „Parteylichkeit“ keinen guten Ruf. „Denn man lieset die Zeitungen darum nicht / daß man daraus gelehrt und in beurteilung der Sachen geschickt werden / sondern daß man allein wissen wolle / was sich hier und dar begiebet.“²¹ Diese Einstellung hat sich grundlegend gewandelt. „Zugespitzte Bewertung dessen, was gerade passiert“, „nicht nur Erklärungen der wichtigsten Geschehnisse, sondern auch ihre streitbare Deutung“²² sind einige der Funktionen, die die kommentierenden Beiträge in der heutige Presse haben. Neben das Faktenwissen sollen sie das Orientierungswissen stellen. Des-

halb sind sie „Leitartikel“ im wörtlichen Sinne, denn sie leiten „den Leser auf dem Weg, auf dem sich die Politik der Zeitung bewegt... Im Leitartikel wird Politik gemacht“²³.

Die meinungsbildenden Möglichkeiten des Kommentierens hängen eng zusammen mit seiner sequentiellen Stellung in der Beitragskonstellation einer Zeitungsausgabe. Kommunikationshistorisch betrachtet sind Kommentare die Fortsetzung der Aufmacher, bzw. der Eröffnungsberichte. Mit dem Bewerten, Beurteilen, Interpretieren, Einordnen des Berichteten wird einerseits retrospektiv auf das Berichtete Bezug genommen, um beispielsweise die bereits eingeführte Sichtweise zu legitimieren. Andererseits kann mit dem Kommentieren die Weiterbehandlung der entsprechenden Themen vorbereitet werden. Geht man aus von der Funktion des Kommentierens im Zusammenhang der Pressekommunikation, so lassen sich folgende *Grundformen* unterscheiden (die innerhalb eines kommentierenden Beitrags durchaus kombiniert vorkommen können):

- (1) Einordnungskommentierungen
- (2) Erklärungskommentierung
- (3) Reflexive Kommentierungen
- (4) Auswertungskommentierungen

Als Mittel der Informationspolitik bieten die einzelnen Formen des Kommentierens unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten. *Reflexive Kommentierungen* sind ein geeignetes Mittel der Verständnissförderung. Mit dem Kommentar „Ein Ritual“ knüpft die FRANKFURTER RUNDSCHAU beispielsweise an ihre distanzierte Ereignisberichterstattung und die quellenkritischen Äußerungen in der Reportage an, indem sie die Darstellungen der Demonstrationen in den Fernsehnachrichten als Standardgeschichte kritisiert und konterkariert.

Das ist fast schon wie ein Ritual. Mehr oder weniger regelmäßig prallen am Wochenende Polizisten und kleine Gruppen aus Demonstrationspulks aufeinander, das Fernsehen heizt – ohne es zu wollen – mit martialischen Bildern die Stimmung an, kurz vor der Sportschau steigen dann bei Millionen Bürgern die ungunstigen Gefühle hoch, und anschließend versammeln sich die Kommentatoren zur gemeinsamen Verurteilung der Gewalt (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 9.6.1986, 3).

Auswertungskommentierungen, im Sinne einer Manöverkritik aus journalistischer Sicht, enthalten oft einen Zukunfts- und Adressatenbezug, beispielsweise durch Vorschläge oder Mutmaßungen über mögliche Entwicklungen und Perspektiven. Mit jeweils unterschiedlichen parteipolitischen Vorzeichen finden sich solche Auswertungskommentierungen in der „tageszeitung“ und der SÜDWEST PRESSE.

Beide Zeitungen sind in ihren Kommentaren geleitet von der Frage, welche Konsequenzen aus den Demonstrationen zu ziehen sind. Die „tageszeitung“ beurteilt die Demonstration in Brokdorf als „Revival-Flop“ und kritisiert die Verantwortlichen für das Demonstrationskonzept aus der Perspektive der Anti-Atom-Bewegung. Anstatt den durch Tschernobyl mobilisierten Menschen die Möglichkeit zu bieten, „Strahlenangst in politischen Willen zu verwandeln“, hätten sie der Polizeiführung die „grandiose Möglichkeit“ geboten, „für Niedersachsens Landesfürst Albrecht und seine ‚Angst-vor-Chaos-Kampagne‘ eine Woche vor der Landtagswahl eine gute Bürgerkriegs-Inszenierung auf die Beine zu stellen“. In der SÜDWEST PRESSE dagegen wird den GRÜNEN, die auch zu der Brokdorf-Demonstration aufgerufen haben, die Verantwortung für „die Brutalität, mit der an den Bauzäunen gegen die Polizei gewütet wird“, zugeschoben und eine „Denkpause“ verordnet. Auch wenn man einmal davon absieht, daß der Zusammenhang zwischen Demonstrationsaufruf und Verantwortung für den Demonstrationsverlauf nicht automatisch bestehen muß, klingt der Kommentar verdächtig nach Wahlhilfe für die Unionsparteien. Die Verantwortungszuweisung ist extrem einseitig, da laut FRANKFURTER RUNDSCHAU und „tageszeitung“ immerhin „mehr als 50 Organisationen und Initiativen“ zu der Brokdorf-Demonstration aufgerufen haben, darunter „Gewerkschaftsgruppen und Bürgerinitiativen“.

Zwischen den Auswertungskommentierungen und den Ereignisberichten besteht ein Bestätigungszusammenhang: das im Aufmacher eingeführte Verständnis wird als Basis der Kommentierung vorausgesetzt. Diese Nutzung konstellativer Beitragszusammenhänge ist eine der pressenspezifischen Konsonanzstrategien. Sie zeigt sich besonders deutlich in Fällen, in denen berichtende und kommentierende Beiträge so aufeinander abgestimmt sind, daß man von einer *Synchronisation* sprechen kann. Die *Einordnungs-* und *Erklärungskommentierungen* in der WELT und der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG liefern gute Beispiele dieser informationspolitischen Nutzung der strategisch günstigen Sequenzstellung des Kommentierens.

3.4.1 Meinungskampagne

In der Berichterstattung der WELT wird das Thema „Kinder auf Demonstrationen“ außer im Leitartikel in zwei weiteren Beiträgen behandelt: Im Aufmacher mit der Wiedergabe einer Strauß-Äußerung („Der CSU-Vorsitzende lenkte den Blick auf ein neues Phänomen: die Anwesenheit von Kindern. Er sprach von einer verabscheuungswürdigen Manipulation an jungen Menschen.“) und in einer Reportage über ein Kinderfest in Wilster, die mit der Überschrift betitelt ist „Wenn Heike (5) über Radioaktivität sinniert“. Die entsprechende Kommentarpassage lautet:

Wenn ein Fünfjähriger ‚gegen Atomkraftwerke‘ auftritt, der offensichtlich keine Ahnung hat, was er da plakatiert, so ist das eine Verallberung des Rechts auf Meinungsäußerungsfreiheit. Wenn er aber zudem in Gefahr gebracht wird, so zeigt das eine Menschenverachtung, die an Zynismus nicht zu überbieten ist. Wer glaubt Leuten ihr Engagement für ‚die Menschheit‘, die ihre eigenen Kinder für einen Rührreffekt aufs Spiel setzen (WELT, 9.6.1986).

Im Sequenz-Zusammenhang betrachtet wird die strategische Funktion der Beiträge erkennbar: Mit den berichtenden Beiträgen wird das Material eingeführt für eine moralische Diskreditierung derer, die nach Ansicht der WELT moralische Einwände gegen die Atomkraft vorbringen. Im Kommentar übernimmt die WELT die im Aufmacher zitierte Strauß-Meinung. Betrachtet man das Verfahren auf dem Hintergrund des gesellschaftlichen Kommunikationskonfliktes um die Atomenergie, so könnte man von einer Ad-hominem-Strategie sprechen.

Wir haben es hier mit einem informationspolitischen Verfahren zu tun, bei dem Ereigniszusammenhänge durch Beitragszusammenhänge überhaupt erst geschaffen werden. Erstens können sich die Strauß-Äußerungen, wie bereits gezeigt, aus zeitlichen Gründen nicht auf die gemeldeten Demonstrationereignisse bezogen haben. Und zweitens: Im Falle der Veranstaltung in Wilster und München handelte es sich gerade um eine Ausweichveranstaltung für Eltern mit Kindern abseits der Demonstrationssorte, um so eine Gefährdung zu vermeiden.²⁴ Ihren pointierten Ausdruck und Höhepunkt findet die Kampagne der WELT in einer Karikatur „Der Kinderfänger von Brokdorf“ in der darauffolgenden Ausgabe: Ein verummter Demonstrant, mit Zwillie und Molotow-Cocktail bewaffnet, lockt gasmaskenbewehrte Kinder hinter sich her.²⁵

Neben der Synchronisation der Darstellungsformen lassen sich zwei weitere Indizien für eine Meinungskampagne anführen. Erstens ist die WELT die einzige Zeitung, die das Thema „Kinderdemonstrationen“ überhaupt aufgreift. Zweitens widmet die WELT allein in der Ausgabe vom 9.6.1986 insgesamt 19% des Informationsangebots zu den Demonstrationereignissen diesem Thema. Es wird damit ausführlicher behandelt, als die Demonstration in Brokdorf selbst (17%) und drei bzw. vier mal ausführlicher, als der Umwelttag in Würzburg und die Demonstration in Wackersdorf.²⁶

Daß die Diskreditierung der Demonstrationsteilnehmer nur der erste Schritt zur allgemeinen Pathologisierung von gesellschaftlichem Protest und Widerstand überhaupt ist, geht aus der Kommentar-Serie hervor, die sich in der WELT an die Ereignisberichterstattung anschließt. „Es sieht nicht nur nach dem Ausstieg aus dem Atom, sondern nach dem Ausstieg aus dem Rechtsstaat, nach der Kapitulation vor dem Faustrecht aus“ (13.Juni). So alarmiert die WELT nach ihre Bestandsaufnahme der recht-

lichen und polizeilichen Handlungsmöglichkeiten ihre Leser. Daß der Staat sich „in der Defensive gegen demonstrative Gewalt“ befindet, begründet am 14. Juni ein Vertreter des Innenministeriums in einem Gastkommentar mit dem naturwüchsigen Verhältnis von „Gewalt und Masse“: „Nach meiner Erfahrung wohnt jeder, noch dazu von einer zielgerichteten Führungsgruppe beherrschten, größeren Anzahl von Menschen latent eine spezifische Gefährlichkeit inne“. Denn „die Masse übt für Einzelne eine Schutzfunktion aus“, so daß „der Einzelne dort Neurosen entprivatisieren kann“. Der verschärfte Landfriedensbruch-Paragraph hat damit seinen massenpsychologischen Unterbau: „Die Erfahrungen in Wackersdorf und Brokdorf beweisen nur wieder: Man muß die friedlichen Personen aus der gewalttätigen Menge herausfiltern, indem man alle Anwesenden mit Strafe bedroht und auch zur Anzeige bringt, die einer Aufforderung sich zu entfernen, nicht folgen“ (WELT, 14.6.1986, 2). Die mit dieser Einschätzung gemachten Sachverhaltsvoraussetzungen sind nicht einmal durch die eigene Demonstrationsberichterstattung der WELT gedeckt.

3.4.2 Die Reparatur der Standard-Geschichte

Während die WELT als moralischer Belastungszeuge gegen die Demonstranten auftritt, nutzt die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG die Synchronisation von Bericht und Kommentierung für einen Entlastungsversuch zugunsten der Polizei: Mit einer berichtenden Passage im Aufmacher wird eine Erklärungsaufgabe eingeführt, die im Kommentar explizit aufgegriffen und bearbeitet wird. Die entsprechende Bezugspassage im Aufmacher lautet:

Es ergab sich jedoch rasch eine Trennung zwischen den Randalierern an der südöstlichen Ecke des Kernkraftwerkes und den Kundgebungsmitgliedern, die sich auf einem riesigen, von dieser Stelle durch eine Straße getrennten Parkplatz versammelten.[...]. Als die Veranstalter das Ende der Kundgebung verkündeten, gingen Beamte in breiter Front gegen die auf dem Parkplatz Versammelten vor, nicht jedoch gegen die schwarzvermummten Randalierer an der Südostecke des Reaktorkomplexes, obwohl bereitstehende Mannschaften und Wasserwerfer die dazwischenliegende Straße sicher beherrschten. Während sich die Randalierer nahezu ungestört [...] austobten, warfen auf den Parkplatz vorrückende Grenzschutzbeamte Tränengasgranaten in die zurückweichende Menge, in der sich die meisten nur deshalb befanden, weil sie Distanz zu den Gewalttätern am Zaun gesucht hatten (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 9.6.1986, 2).

Angesichts der ansonsten polizeifreundlichen Tendenz dieser Zeitung klingt diese Passage überraschend polizeikritisch. Durch die mehrfach adversative Struktur der Darstellung („nicht jedoch ..“; „Obwohl ..“; „Wäh-

rend ..“) entsteht für den Leser ein doppeltes Erklärungsdefizit, das sich mit den beiden folgenden Fragen formulieren läßt:

- a) Warum geht die Polizei nicht gegen die Randalierer vor?
- b) Warum geht die Polizei gegen die friedlichen Kundgebungsmitglieder vor?

Diese beiden Fragen werden in der Formulierung der Erklärungsaufgabe im Kommentar „Was der Polizei bleibt“ explizit aufgegriffen:

In Brokdorf ist diesmal der ungewöhnliche Fall eingetreten, daß...Chaoten und friedliche Demonstranten in der Nähe des Kernkraftwerks zeitweise örtlich getrennt waren, daß aber der Bundesgrenzschutz nicht die Chaoten zernierte, sondern die Kundgebung sprengte [...] Wenn ein Polizeisprecher das Vorgehen später damit rechtfertigt, es seien bei vorausgegangenen Ausschreitungen mehrere Beamte schwer verletzt worden, dann klingt das doch so, als habe man die Konfrontation mit den Chaoten bewußt vermieden. Ist das verwunderlich? (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 9.6.1986, 1)²⁷

Die Argumentationsweise, die im Kommentar der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG auf die zitierte Passage dann folgt, läuft allerdings nicht auf eine Aufklärung des „ungewöhnlichen Falls“ hinaus, sondern auf dessen Wegerklärung. Was die FAZ als Begründungen anführt, z.B. „verletzte Beamte bei vorangegangenen Ausschreitungen“, nur „kurzzeitige Festnahmen, gefolgt von alsbaldigen Entlassungen der Gewalttäter“, fehlende „klare und praktikable Strafbestimmungen im Demonstrationsrecht“, eine Relativierung des „Straftatbestandes der Nötigung im politischen Bereich“ sind zwar Gründe, die gegen ein polizeiliches Vorgehen gegen gewalttätige Demonstranten sprechen könnten, aber keine Gründe, mit denen sich ein Polizeieinsatz gegen friedliche Demonstranten legitimieren ließe. Der zweite Teil der Erklärungsaufgabe, die Frage b, wird in dem Kommentar umgangen, ein Verfahren, das in der Argumentationslehre dem Fehlschlußmuster „*ignoratio elenchi*“ zugeordnet wird. Der Zweck des Verdunklungsmanövers wird am Schluß des Kommentars erkennbar: Die Schuld am Verlauf der Demonstration und des Polizeieinsatzes wird von der Polizei auf den „Nachtwächterstaat neuen Typs“ verschoben, der „an wirksamen polizeilichen Maßnahmen gegen Gewalttäter nicht viel übrig“ läßt. Was im Bericht der FAZ zunächst auf eine polizeiliche Behinderung des Rechts zu demonstrieren hinzudeuten schien, wird durch die Scheinerklärung zu einem Indiz für die Notwendigkeit einer Verschärfung des Demonstrationsrechts und gegen den sogenannten Brokdorf-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts, in dem die Verhältnismäßigkeit von Polizeieinsätzen geregelt wird.

Die Nachberichterstattung der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG macht deutlich, daß diese Kommentierung nur das erste Glied einer Kommentar-Kette ist, in der die Demonstrationsereignisse Schritt

für Schritt umgedeutet werden. In einem Kommentar vom 12.6.1986 werden diese bereits, ohne die verschiedenen Demonstrantengruppen zu differenzieren, als „im Namen des Versammlungsrechts ausgeübter Terror“ bezeichnet. Am Tag darauf wird dann der Unterschied zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten explizit aufgehoben. In einem Kommentar „Wann kommt die Einsicht?“ heißt es:

Die Polizei braucht zuerst ein Strafrecht, das es ihr erlaubt, Gewalttäter zu fassen, und das geht nur, wenn nicht ängstliche Rücksichtnahme auf die scheinbar friedlichen Herumsteher zu üben ist (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 13.6.1986, 12).

In diesem kommunikationsgeschichtlichen Zusammenhang wird erkennbar, daß Berichterstattung und Kommentierung der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, ähnlich wie in der WELT, von Anfang an als Beiträge zu einer Debatte um die innere Sicherheit gemeint waren, die weit über den vorliegenden Einzelfall hinausreicht. Die Kritik am bestehenden Demonstrationsrecht und am sogenannten Brokdorfbeschluß des Bundesverfassungsgerichts ist in Zusammenhang zu sehen mit der Forderung der CDU/CSU den alten, schärferen Landfriedensbruch-Paragraphen wieder ins Demonstrationsrecht aufzunehmen.

Für die Diskussion journalistischer Prinzipien hat die strategische Analyse des Kommentierens ein bemerkenswertes Nebenprodukt. Sie zeigt, daß die sogenannte „Trennungsnorm“, also die Vorschrift, Nachricht und Meinung zu trennen, im Falle der beschriebenen Synchronisation nicht greift. Es ist sogar so, daß die informationspolitischen Zusammenhänge am ehesten denjenigen verborgen bleiben, die sich aufgrund der eingehaltenen Trennung auf die Norm verlassen.

3.5 Periodische Strategien der Vor- und Nachberichterstattung

Obwohl die Periodizität der Berichterstattung als eines der charakteristischen Merkmale der Presse und als einer ihrer wichtigsten Einflußfaktoren gilt, ist für diesen Bereich der Pressekommunikation Begrifflichkeit und Empirie eher von Intuition geleitet als von systematischen Überlegungen. Die Medienwirkungsforschung betont, nach dem Modell „steter Tropfen höhlt den Stein“, den quantitativen Aspekt der Periodizität. Die relational und dynamisch verwendbaren Begriffe „Konsonanz“, „Kumulation“ und „Synchronisation“ werden dabei nur zur Beschreibung von Relationen zwischen Datenmengen verwendet, z.B. zwischen Themenlisten, nicht aber zur Beschreibung von Zusammenhängen zwischen informationspolitischen Maßnahmen. Ein alternatives Untersuchungskonzept liegt darin, diejenigen journalistischen Maßnahmen zum Gegenstand zu machen, die die periodische Dynamik der Presseberichterstattung

konstituieren.²⁸ Strategisch interessant sind solche periodischen Zusammenhänge deshalb, weil sie genutzt werden können für den systematischen Aufbau eines gemeinsamen Wissens zwischen Redaktion und Leserschaft. Linguistisch betrachtet hat man es bei der Analyse periodischer Aspekte der Pressekommunikation mit sogenannten Text-Text-Zusammenhängen zu tun, hier zwischen Beiträgen in aufeinanderfolgenden Zeitungsausgaben. Analog zur Unterscheidung von thematisch-inhaltlichen und funktionalen Zusammenhängen zwischen Texten lassen sich zwei *Typen periodischer Konsonanz-Strategien* unterscheiden:

1. Strategien der Themenbehandlung, die man als Synchronisationsstrategien auffassen kann.
2. Strategien der Kommunikationsführung, die, je nachdem, Synchronisations- oder Kumulationsstrategien sind.

In Abgrenzung von den Langzeitstrategien einer Zeitung, wie sie teilweise in den Redaktionsstatuten festgelegt sind, und den Kurzstrategien, die sich im Aufbau einer Ausgabe zeigen können, könnte man hier von mittelfristigen Strategien sprechen.

Die markantesten Verlaufsunterschiede bestehen zwischen der Berichterstattung der WELT und der „tageszeitung“. Aus methodischen Gründen werde ich deshalb bei der Rekonstruktion periodischer Verfahren der Informationspolitik von einem Vergleich dieser beiden Zeitungen ausgehen. Einen ersten Überblick über Vor-, Ereignis- und Nachberichterstattung gibt die folgende Schlagzeilen-Chronik.

Schlagzeilen-Chronik der Vor-, Ereignis- und Nachberichterstattung zu den Demonstrationsereignissen

	„tageszeitung“	WELT
5.6.	<p>VEW gesteht weiteren Störfall im THTR/ NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen untersagt die Wiederinbetriebnahme des Reaktors (Aufmacher)</p> <p>Grüner Gau?/ Keine Verarbeitung von Tschernobyl durch die Grünen (Kommentar, 4)</p> <p>„Was wäre, wenn die Grünen an die Macht kämen?“/ Aktuelle Stunde im Bundestag zum grünen Parteitag (5)</p>	<p>Grüne in voller Deckung (Kommentar, 2)</p> <p>SPD macht Stimmung gegen die deutschen Atomkraftwerke: Hamm, Kalkar und Brokdorf sind ins Kreuzfeuer geraten: (Dachzeile, 4)</p> <p>Polizei in Brokdorf auf Gewalttäter vorbereitet</p> <p>„Informations-Störfall im Hause Jochimsen“</p> <p>Rau will verhindern, daß Kalkar ans Netz geht</p>

- | | „tageszeitung“ | WELT |
|------|--|---|
| | Demonstrationsort noch ungewiß/
Gerichte müssen über Sperrzone um
WAA entscheiden/Strauß rügt Poli-
zeichef (9)
Treffpunkte für Wackersdorf-Demo-
stration (9) | „Grüne Politik stützt sich immer stär-
ker auf SPD“ (8) |
| 6.6. | Anti-WAA-Demo am Bauzaun ver-
boten/ Verwaltungsgericht Regens-
burg bestätigt Demo-Verbot des
Landratsamtes/ Niederbayerns Poli-
zeipräsident Friker aus dem Amt ent-
lassen/ Die Mobilisierung für die Demo
läuft weiter (Aufmacher) | Regierung befürchtet Gewalt bei
Demonstration in Brokdorf/ Verfas-
sungsschützer Lochte zur Welt:
Sturm auf Kraftwerksgelände ge-
plant (Aufmacher) |
| | Massenvergiftungen durch Kampf-
gase bei Demonstration: Mediziner
kritisieren CS/CN-Einsatz in Wak-
kersdorf/ Anhörung der bayrischen
SPD-Fraktion (2) | Demonstrations-Aufruf im Bundes-
tag/ Abgeordneter der Grünen wirbt
für Protest in Brokdorf/ Waffen-
schmidt: Unglaublich (1) |
| 7.6. | WAA: Demonstriert wird trotz Ver-
bot/ Anti-WAA-Demo auch vom
Verwaltungsgerichtshof verboten/ Es
bleibt beim Aufruf/ Politiker aus
Bund und Land malen „Krawalle“
an die Wand (Aufmacher) | Union verlangt schärfere Gesetze ge-
gen Gewalttäter/ Vor Demonstrationen
in Brokdorf und Wackersdorf/
Hamburger Senator warnt (Aufm.) |
| | Ein Wochenende des Atom-Protestes
Mehrere Zehntausend Atomkraft-
Gegner/innen werden heute in Brok-
dorf und Wackersdorf erwartet
(Tagesthemen-Seite mit mehreren Bei-
trägen) | Bürgerkrieg mit Wörtern
(Leitartikel, 2) |
| | Ereignisberichterstattung | Hillermeier trat die Flucht nach vor-
ne an (22) |
| 9.6. | Polizei legte Demos still/ 130.000
demonstrierten im ganzen Bundesge-
biet gegen die Atomkraft (Aufm.) | Ereignisberichterstattung |
| | Doppel-Tagesthemen-Seite: (2/3)
Ein schwarzer Tag für die Anti-
AKW-Bewegung/ In Brokdorf erheb-
lich weniger Demonstranten als er-
wartet/ Äußerst harter Polizeieinsatz
in Wackersdorf | FDP sagt nein zur Änderung des
Demonstrationsrechts/ Polizeige-
werkschaft fordert Aburteilung der
Gewalttäter von Brokdorf (Aufm.) |
| | | Wieder einmal Brokdorf (Leitartikel) |
| | | Die Schlacht um Brokdorf „So
schlimm war es noch nie“ |

- | | „tageszeitung“ | WELT |
|-------|--|---|
| | Blutige Köpfe am WAA-Zaun (3)
Die Hamburger Kolonne kam nicht
durch
Kinderfest in Wilster und München
aus Angst vor Tränengas (3)
THTR: Meßwerte verwirren Blockie-
rer (3)
Die Höhle des Löwen/ Der Blick
aus dem Polizei-Lagezentrum in It-
zehoe (3) | Wenn Heike (5) über die Radioaktivi-
tät sinniert
„Rückzug hieße den Rechtsstaat auf-
geben“ (3)
Staaken war eine Stunde blockiert (3) |
| | Demo in Brokdorf – Ein Revival-
Flop/ Anti-Atomprotest erreicht
trotz dem Massenzulauf nach
Tschernobyl keine neue Qualität
(Kommentar, 4) | |
| | Mobilisierung für eine Umweltpoli-
tik/ 25.000 kamen zum ersten Deut-
schen Umweltag nach Würzburg
(10) | |
| 10.6. | Kurzer Prozeß bei Demos/ Nach
Brokdorf und Wackersdorf: Die Poli-
tiker der herrschenden Parteien plä-
dieren für Verschärfung des Demon-
strationsrechts und schnelle
Aburteilung von Demonstranten
(Aufmacher) | Der Kinderfänger von Brokdorf
(Karikatur, 2)
Polizei verteidigt Taktik/ Diskus-
sion um Vorgehen der Sicherheits-
kräfte in Brokdorf (4) |
| | Atomdiskussion „droht zu entglei-
sen“/ Grüner Fraktionsvorstand
trommelt Abgeordnete zusammen (2) | |
| | Debatten-Seite für Leser: Schluß mit
der Spaltung von Atomen – und Wi-
derstand (16) | |
| 11.6. | Zimmermann: Hau weg das Recht/
Nach Auseinandersetzung in Brok-
dorf sieht Innenminister Zimmer-
mann endlich die Stunde für die Si-
cherheitsgesetze gekommen (Auf-
macher) | Brokdorf: Grüne stimmten Vorge-
hen mit Gewalttätern ab: Zusam-
menspiel auch im Vorfeld der Groß-
demonstrationen in Hamburg
(Aufmacher) |
| | | Hand in Hand (Kommentar, 1) |

	„tageszeitung“	WELT
	Nach Brokdorf keine Latschdemos mehr/ Krach im Organisationskomitee zur Vorbereitung der Anti-Atom-Demo in Wiesbaden/ Aktionsbündnis sagt Demo ab (2)	Staatsanwälte an die Front (Kommentar, 2)
	Denkpause nach Brokdorf?/ Atomkraft muß das Thema bleiben (Kommentar, 4)	Experten gehen zunehmend auf Abstand zum Angebot der Polizei-Distanz Waffen: Notwendigkeit besserer Ausbildung zwar erkannt – aber es fehlt die Technik (4)
12.6.	Hit aus NRW: Völker höret die Signale/ In NRW starten die Grünen den ersten Versuch, die Atomenergie per Volksentscheid zu kippen (Aufmacher)	Zimmermanns Fazit aus Brokdorf und Hamburg: Bericht des Innenministers vor dem Kabinett (4) Baum für Staatsanwälte bei Gewaltdemonstrationen: FDP-Politik: Schnelle Beweissicherung vor Ort nötig (4)
	Kanzlerwort: „Das Maß ist voll“ „Störer-Daten“ sollen schneller fließen/ Zimmermann will Polizei und Grenzschutz aufstocken (2)	
13.6.	Krawall-Palaver bei Zimmermann/ Länderinnenminister sind nicht auf Linie zu bringen/ Demorecht wird noch nicht verschärft (1)	Bonn denkt an Polizeiverstärkung: SPD-Länder zurückhaltend/ Innenminister beraten über Ausschreitungen bei Demonstrationen (1)
	Umkehr bei Genossen in Hamm/ Stadtrat in Hamm fordert Stilllegung des THTR	
14.6.		Masse und Macht (Leitartikel)

3.5.1 Strategien der Themenbehandlung

Luhmann hat bei seinem Vorschlag, den Begriff der öffentlichen Meinung nicht als statischen „Ergebnis“-Ausdruck sondern als dynamischen Ausdruck zu verwenden – er selbst spricht von „evolutionär“ – auf den Begriff „Thema“ zurückgegriffen. Er versteht öffentliche Meinung als „thematische Struktur öffentlicher Kommunikation“, die zur „laufenden Steuerung des politischen Systems einer hochkomplexen Gesellschaft“ entscheidend beiträgt. Die Dynamik der öffentlichen Meinungsbildung ist für ihn ein Vorgang der „Institutionalisierung von Themen politischer Kommunikation“, eine „Anpassung der Themenstruktur des politischen Prozesses an den jeweiligen Entscheidungsbedarf der Gesellschaft“. ²⁹ Der informationspolitische Beitrag einer Zeitung zu dieser Dynamik öffentlicher

Meinungsbildung kann darin bestehen, solche Themen zu sponsern, die bestimmte politische Entscheidungen zwingend erscheinen lassen. Dies kann geschehen durch themenbezogene Maßnahmen wie: Themen einführen, modifizieren, verbreiten, hochspielen, (künstlich) am Leben halten, wiederaufgreifen, ein Thema verdrängen oder mit einem anderen verbinden. ³⁰

Das Themenmanagement einer Zeitung ist entscheidend abhängig von der Ereignisberichterstattung: Man kann etwas zum Thema machen oder ein Thema verfolgen, indem man in bestimmter Weise über ein Ereignis berichtet. Dieser Zusammenhang läßt sich strategisch nutzen, wie die folgende Kommentierung eines Falles, ebenfalls aus dem Sommer 1986, durch die STUTTGARTER ZEITUNG zeigt:

Die Meldung, die Bundesversammlung (der GRÜNEN, H.-J.B.) habe ‚gejubelt‘, als am Pfingstmontag von 130 verletzten Polizisten in Wackersdorf die Rede war, ist ausweislich des Protokolls und der übereinstimmenden Erinnerung vieler Beobachter schlicht falsch. Viele von denen, die den Bericht eifrig verbreitet haben, werden nicht wissen, daß sie einer Falschmeldung – oder, entgegenkommend formuliert, einem Mißverständnis – aufgesessen sind. Nachgeprüft aber hat es offensichtlich niemand. Zu willkommen war die Gelegenheit, das für die Umweltpartei so schwierige Thema ‚Grüne und Gewalt‘ wieder in die Diskussion zu bringen (STUTTGARTER ZEITUNG, 20.6.1986).

Die Karriere eines Themas ist hier die Karriere einer Falschmeldung, die von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) verbreitete und von den Medien und den Politikern aufgegriffen wurde. Als die GRÜNEN in einer Dokumentation „Die Lüge vom Beifall“ als, wie sie es nennen „Hetzkampagne“ rekonstruieren, ist das heiklen Thema „Grüne und Gewalt“ bereits fest etabliert. Seine Karriere setzt sich in dem hier untersuchten Berichterstattungszeitraum nahezu ungebrochen fort.

Die Relevanz thematischer Informationspolitik zeigt sich im vorliegenden Fallbeispiel darin, daß die Themen der Berichterstattung immer wieder selbst zum Thema gemacht werden. Beispielsweise weist die „tageszeitung“ auf die Themenverschiebung hin, daß „von den herrschenden Parteien nach den von der Polizei ausgelösten gewalttätigen Auseinandersetzungen [...] nicht mehr über die Gefahren der Atomkraft, sondern nur noch über die Verschärfung des Demonstrationsrechts [...] diskutiert wird“. Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG kritisiert die thematische Verbindung, die Innenminister Friedrich Zimmermann drei Tage nach den Demonstrationen zwischen diesen und dem neuen Verfassungsschutzbericht zieht: „So erschreckend es ist, daß Gewalt wieder einmal demokratischen Protest diskreditiert: Wir haben das vordem schon erlebt und mit der Bewertung des Jahres 1985 (dem der Verfassungsschutzbericht gilt, H.-J.B.) hat es nichts zu tun“ (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG; 11.6.1986, 4)

Eine resortübergreifende Themenverlagerung größeren Ausmaßes nehmen verschiedene Zeitungen karikaturistisch aufs Korn: Ein riesiger Fußball der gerade eröffneten Fußball-Weltmeisterschaft stellt alle Problemthemen des Sommers 1986 in den Schatten (FRANKFURTER RUNDSCHAU) oder eine aufgehende Fußballsonne überstrahlt eine trostlose AKW-Landschaft (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG).

Im Vergleich zur „tageszeitung“ und auch zu den übrigen Zeitungen dominieren in der WELT-Vorberichterstattung zwei Themen: das Thema „Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen“ und das Thema „GRÜNE und innere Sicherheit“. Dieser Themenverlauf ist weder zufällig noch ereignisbedingt, sondern Ergebnis gezielter Fördermaßnahmen. Das erste der beiden Themen ist ein Eigenprodukt der WELT, eingeführt am 5. Juni durch einen Beitrag über eigene Recherchen zu polizeilichen Vorbereitungen für die Demonstration in Brokdorf. Indizien für die Vorbereitung von Gewalttätigkeiten oder öffentliche Stellungnahmen dazu liegen zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Als Top-Thema wird es dann in den folgenden beiden Tagen bis zu den Demonstrationen jeweils im Aufmacher weitergeführt. („Regierung befürchtet Gewalt bei Demonstrationen in Brokdorf“; „Union verlangt schärfere Gesetze gegen Gewalttäter“). Das zweite der Themen, „Grüne und innere Sicherheit“, übernimmt die WELT, ebenfalls am 5. Juni, aus der Agenda der Unionsparteien. Als Anlaß dafür dient eine von der CDU beantragte Aktuelle Stunde im Bundestag zum Wahlprogramm der GRÜNEN, die, so die FRANKFURTER RUNDSCHAU, „ganz im Zeichen des niedersächsischen Wahlkampfes stand“. Es spricht für eine gezielte Themenpolitik, daß die WELT, völlig entgegen der normalen Sequenzabfolge, auf Seite 2 einen Kommentar „Grüne in voller Deckung“ bringt und erst auf Seite 8 über die kommentierte Aktuelle Stunde im Bundestag berichtet. Die Kontinuität des Themas sichert die WELT durch die thematische Formatierung einer Bundestagsdebatte über den Störfall im Hochtemperatur-Reaktor von Hamm-Uentrop. Während die übrigen Zeitungen darüber am 6. Juni im Zusammenhang mit der seit mehreren Tagen andauernden Diskussion um den Störfall berichten – z.B. die FAZ unter der Schlagzeile „Der Bundestag streitet über den Störfall in Hamm“ –, paßt die WELT die Debatte in den thematischen Rahmen vom Vortag ein. „Demonstrationsaufruf im Bundestag: Abgeordneter der GRÜNEN wirbt für Protest in Brokdorf“ lautet die Schlagzeile der WELT auf der ersten Seite. Unter der Überschrift „Grüne Ziele“ wird die Äußerung des grünen Abgeordneten Schulte anschließend kommentiert. Als Aufmacher, unmittelbar über dem Bericht aus dem Bundestag plazierte, ist der Beitrag „Regierung befürchtet Gewalt bei Demonstrationen in Brokdorf“. Durch diese Aufmachungsform markiert die WELT die Konvergenz der beiden Themen „GRÜNE und innere Sicherheit“ und „Gewalttätigkeit bei Demonstrationen“ auch auf optische Weise.

Wie zugespitzt die thematische Einordnung der Bundestagsdebatte ist, zeigt sich daran, daß andere Zeitungen die Äußerung des Abgeordneten der GRÜNEN überhaupt nicht oder nur in einer kurzen Anmerkung behandeln. Auch in diesem Fall wird die WELT als thematische Wiederaufbereitungsanlage der Unionsparteien tätig. Laut Bundestagsprotokoll war es der parlamentarische Staatssekretär Waffenschmidt, der in der Debatte die Empfehlung zur Demonstrationsteilnahme des Abgeordneten der GRÜNEN, Schultes, als „traurigen Mißbrauch des Deutschen Bundestages“ kritisierte.

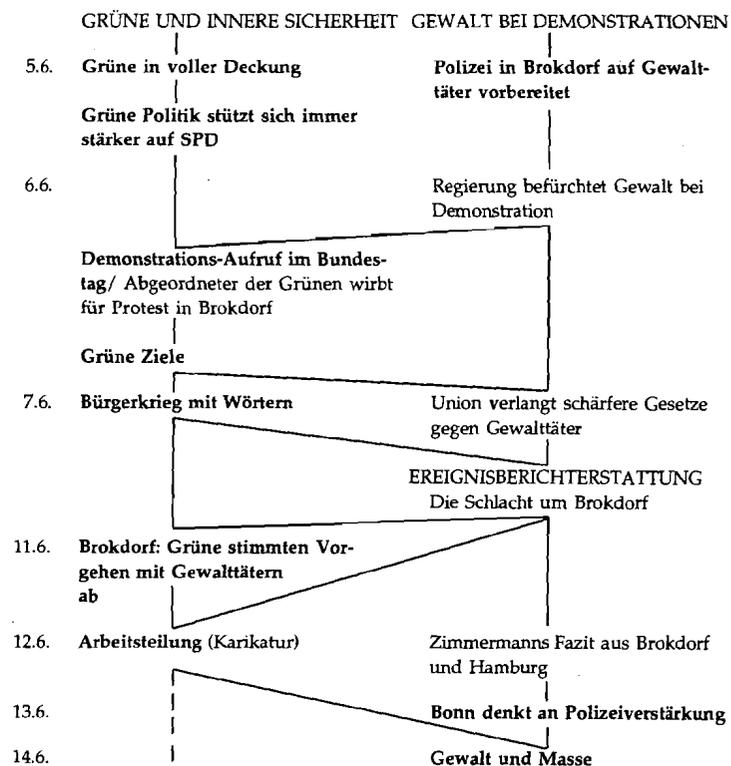
Auf seinen Karrierehöhepunkt gepuscht wird das Thema „GRÜNE und innere Sicherheit“ in der WELT dann zwei Tage nach der Demonstrationsberichterstattung. Ohne daß ein Ereignis als Berichterstattungsanlaß vorliegt, nimmt die WELT am 11. Juni einen vier Tage alten Bericht aus der „tageszeitung“ über ein Vorbereitungstreffen für die Brokdorfdemonstration zum Anlaß für einen Aufmacher „Brokdorf: Grüne stimmen Vorgehen mit Gewalttätern ab: Zusammenspiel auch(!) im Vorfeld der Großdemonstration in Hamburg“ und den entsprechenden Kommentar „Hand in Hand“ („... traten die Gewalttäter und die angeblich Friedlichen vorher schon zu generalstabmäßigen Besprechungen zusammen“). Bei dieser Art der Wiederaufnahme eines Themas handelt es sich um den klassischen Fall einer „instrumentellen Aktualisierung“ (Kepplinger 1988). Was für die WELT „generalstabmäßige Besprechungen“ zwischen „Grünen und als gewalttätig eingestuft „Autonomen“ sind, hat die FRANKFURTER RUNDSCHAU bereits eine Woche früher, am 5. Juni in ihrer Rubrik „Im Blickpunkt“ unter dem Titel „Symbol des Widerstandes“ (gemeint ist das Atomkraftwerk Brokdorf, H.-J.B.) behandelt. In dem Bericht über die Demonstrationsvorbereitungen von „mehr als 50 Gruppen und Organisationen“ heißt es zu der für die WELT so brisanten Koalitionsfrage:

Als am 24. Mai die verschiedenen beteiligten Gruppen den Versuch starteten, einen gemeinsamen Aufruf zur Demonstration zu erarbeiten, scheiterte das Unternehmen vor allem an politischen Gegensätzen zwischen „Autonomen“ und Grünen. Weitgehend einig aber war man sich in der vielleicht brisanteren Frage: In welcher Form soll Widerstand geleistet werden? Man ließ sie, wie schon in früheren Jahren offen (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 5.6.1986, 8).

Die thematische Struktur der periodischen Berichterstattung in der WELT läßt sich in Form einer *Themen-Leiter* darstellen: Sie wird gebildet aus den beiden durchlaufenden Themensträngen „GRÜNE und innere Sicherheit“ und „Gewalttätigkeit bei Demonstrationen“ sowie deren Verknüpfungen. Nimmt man die Themenbehandlung als Kriterium, so ist die Berichterstattung der WELT gekennzeichnet durch eine enge Synchronisation mit

der politischen Kommunikation der Unionsparteien – man könnte hier von einer externen Konsonanz sprechen – und durch eine hohe interne Konsonanz der Themenstruktur.³¹ Durch die Darstellung der Demonstrationseignisse als Anlässe für eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, die moralische Diskreditierung der Demonstrationsteilnehmer im Leitartikel, und durch das quantitative Übergewicht der Politikerstellungnahmen im Informationsangebot wird die Ereignisberichterstattung nahtlos in die Themen-Leiter der Vor- und Nachberichterstattung eingepaßt. Es spricht für eine informationspolitische Deutung dieser Zusammenhänge, wenn man die von der WELT nicht aufgegriffenen Themen müberücksichtigt, z.B. das Thema „gerichtliche Auseinandersetzung um Demonstrationsverbote“, das in der „tageszeitung“ und der FRANKFURTER RUNDSCHAU einen breiten Raum einnimmt. Die folgende Graphik faßt das Analyse-Ergebnis im Überblick zusammen.

Themenstruktur in der Berichterstattung der WELT:



Die dargestellte Themenstruktur ist das Ergebnis des Zusammenspiels verschiedener informationspolitischer Verfahren im Rahmen einer periodischen Strategie der Themenbehandlung. Die am Beispiel der WELT rekonstruierten pressenspezifischen Verfahren sind in der folgenden Liste zusammengestellt.

- (1) Ein Thema durch eigene Recherchen einführen.
- (2) Ein Thema aus einer Agenda, z.B. der einer politischen Partei, übernehmen.
- (3) Ein Thema durch eine zugespitzte Ereignisdarstellung hochspielen.
- (4) Ein Thema durch eine „instrumentelle Aktualisierung“ wiederaufgreifen.
- (5) Ein Thema durch Aufmachungsverfahren und Themenformulierungen mit einem anderen Thema verknüpfen.
- (6) Parallelthemen unterdrücken.

Im Hinblick auf die aktuellen gesellschaftlichen Kommunikationskonflikte nutzt die WELT diese Verfahren der Themenbehandlung mit eindeutig informationspolitischen Absichten: Sie betätigt sich als Wahlhelfer der CDU für die bevorstehende Niedersachsenwahl durch Diskreditierung der GRÜNEN als wählbaren Koalitionspartner der SPD; sie unterstützt die Forderung der Unionsparteien nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts, indem sie ein bürgerkriegsähnliches Komplott-Szenario entwirft; und sie liefert den Stoff für die polizeitaktische Diskussion um eine weitere Aufrüstung der Sicherheitskräfte.

3.5.2 Strategien der Kommunikationsführung

Grundlage einer Beschreibung der Kommunikationsführung einer Zeitung sind die funktionalen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Beiträgen. Kriterien für die Unterscheidung einzelner Strategien sind demzufolge erstens die journalistischen Darstellungsformen der Beiträge und zweitens ihre Zusammenhänge im Hinblick auf die Demonstrationsberichterstattung. Im vorliegenden Fallbeispiel lassen sich zumindest fünf verschiedene Formen der pressenspezifischen Kommunikationsführung unterscheiden:

- (a) die Zeitung als Ereignischronik.
- (b) die Zeitung als Forum der öffentlichen Meinungsbildung.
- (c) die Zeitung als Hintergrundmagazin.
- (d) die Zeitung als Meinungsführerin.
- (e) die Zeitung als Info-Dienst.

Zwischen der Form der Kommunikationsführung und den journalistischen Darstellungsformen gibt es offensichtliche Affinitäten. Eine Ereignischronik wird vorrangig berichtende Darstellungsformen aufweisen; als Info-

Dienst kann die Zeitung durch Dokumentationen von Beiträgen bestimmter Gruppierungen fungieren. Konstitutiv für die Rolle als Meinungsführerin ist natürlich das Kommentieren, Analysieren, Bewerten. Charakteristisch für eine Berichterstattung mit Magazincharakter sind die journalistischen Großformen wie z.B. die Hintergrundreportage oder fachspezifische Analysebeiträge, aber auch Dokumentationen von Experten-Interviews. Magazinangebote in Tageszeitungen zeichnen sich meistens durch eine besondere Aufmachungform aus und werden normalerweise als solche angekündigt. Zu einem Forum der öffentlichen Meinungsbildung wird eine Zeitung dann, wenn sie den Kreis der aktiven Kommunikationsteilnehmer über die Redaktion hinaus erweitert und entsprechende dialogische Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet, wie z.B. Pro-und-Contra-Stellungnahmen, Zeitungsdebatten oder Leserbriefe. Von einer Kommunikationsführung in der Berichterstattung einer Zeitung kann man dann sprechen, wenn diese journalistischen Darstellungsformen mit einer auffallenden Regelmäßigkeit und einer erkennbaren Zweckerorientierung genutzt werden. Bezogen auf unser Fallbeispiel heißt das: Man kann die Informationspolitik in der Kommunikationsführung der verschiedenen Zeitungen beschreiben, indem man zeigt, wie sie mit der Demonstrationsberichterstattung zusammenhängt, also, wie sie vorbereitet oder nachbereitet wird.

Erzählstrategien in der Ereignischronik

Aufgrund der gewählten Darstellungsformen lassen sich in der Vorberichterstattung der WELT eine Kombination von zwei Konzepten der Kommunikationsführung ausmachen: Sie liefert eine relativ dichte Ereignischronik flankiert von einer Serie kommentierender Beiträge. Vergleicht man die berichtenden Beiträge mit denen der „tageszeitung“, so zeigt sich eine völlig verschiedene Relevanzstruktur. Die „tageszeitung“ berichtet an den drei Tagen vor den Demonstrationen kontinuierlich über gerichtliche Auseinandersetzungen um ein Demonstrationsverbot, die WELT im selben Zeitraum in drei aufeinanderfolgenden Beiträgen über Warnungen und Befürchtungen vor Gewalttätigkeiten. Im Hinblick auf die bevorstehenden Demonstrationsereignisse ergeben sich für Leser der beiden Zeitungen dadurch zwei sehr unterschiedliche Ereignischroniken:

- die *Geschichte einer Vorbereitung auf Gewalttätigkeiten* mit der Polizei in der WELT,
- und die *Geschichte des Versuchs einer behördlichen Demonstrationsbehinderung* in der „tageszeitung“.

Jede der Versionen paßt als Vorgeschichte zur entsprechenden Ereignisdarstellung („tageszeitung“: „**Polizei legt Demo still**“; WELT: „**FDP sagt nein zur Änderung des Demonstrationsrechts/ Die Schlacht um**

Brokdorf“) Die Vorberichterstattung erweist sich somit als eine erzählstrategische Konsonanzmaßnahme: Mit ihrer Vorberichterstattung etablieren die beiden Zeitungen den jeweiligen Rahmen für die Relevanzkriterien, nach denen über die Demonstrationen berichtet wird. Diese Form der Konsonanz zwischen Vor- und Ereignisberichterstattung ist in allen Zeitungen zu finden.³²

Für die Absicherung ihrer Version der Vorgeschichte bedient sich die WELT einer flankierenden Maßnahme, die man als *Kumulation gleichgerichteter Indizien* bezeichnen könnte. Durch die Zusammenstellung der Warnungen vor Gewalttätigkeiten aus verschiedenen Quellen, der Polizei, der Bundesregierung, des Hamburger Verfassungsschutzchefs Christian Lochte und des Hamburger Innensenators Rolf Lange, scheinen diese sich gegenseitig zu bestätigen. Die dabei stillschweigend vorausgesetzte Unabhängigkeit der „Erkenntnisse“ ist für den Leser der WELT jedoch nicht nachprüfbar und beim Vergleich mit anderen Zeitungen sogar zweifelhaft. So stammen die Kenntnisse des Hamburger Innensenators nach Angaben der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG (7.6.1986, 2) vom Verfassungsschutz der Hansestadt, also der Quelle, die die WELT selbst durch Befragung erst zum Berichterstattungsanlaß gemacht hat.

Es ist nicht auszuschließen, daß eine Ereignisvorberichterstattung in der beschriebenen Art zum „Inszenierungsjournalismus“ wird.³³ Die Berichterstattung über Demonstrationsvorbereitungen militanter Demonstranten und über Einsatzpläne der Polizei könnte die gegenseitigen Annahmen der Konflikt-Parteien beeinflussen und damit zur Entstehung eben der Ereignisdynamik beitragen, die sie prognostiziert. In ihrer Kommentierung der Demonstrationsereignisse hat die FRANKFURTER RUNDSCHAU auf eine solche mediale „Self-fulfilling-prophecy“ hingewiesen: „Es sieht so aus, als ob an diesem Wochenende mancher zu Hause geblieben ist, weil ihn die zwischen Drohung und Warnung schwankenden Politiker-Erklärungen davon abgehalten haben, das Demonstrationsrecht wahrzunehmen“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 9.6.1986, 3).

Der kommunikationsgeschichtliche Charakter der verbreiteten Versionen zeigt sich auch an ihrer Nachbehandlung in der Nachberichterstattung. Zwei Erzählstrategien sind für diesen Kommunikationsabschnitt charakteristisch: die *Erklärungen des Ereignisverlaufs* und die *Überprüfung der Versionen durch Nachrecherchen*.

„Falle oder Chaotenkrieg?“ ist eine Vor-Ort-Reportage in der SÜDWEST PRESSE überschrieben, in der ein Korrespondent der Frage nachgehen will, „wer letztendlich die Verantwortung zu tragen hat: die Demonstranten oder die Einsatzleitung der Polizei“. Es geht dabei um eine Auseinandersetzung zwischen der Polizei und Demonstrationsteilnehmern aus Hamburg, die sich auf der Anfahrt nach Brokdorf in der Gemeinde Kleve abspielte. Die Schlagzeilen-Frage wird in dem Beitrag nicht beantwortet.

Stattdessen stellt der Reporter Indizien für und gegen beide Versionen zusammen und zitiert als Resümee die Meinung eines Augenzeugen, daß Kleve symbolisiere „wie sich gegenseitiger Haß und Vorurteile aufschaukeln können bis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, bei denen eine Schuldzuweisung letztendlich schwerfällt“ (SÜDWEST PRESSE 11.6.1986, 3). In Bezug auf die Festlegungen, die diese Zeitung bei früheren Darstellungen der Demonstrationsereignisse eingegangen ist, kommt diese distanzierte Darstellung schon einer Dementierung gleich. Zur Offenheit des Befundes paßt es, daß die „tageszeitung“ nach ihren Recherchen zu einem anderen Ergebnis kommt: „Die Polizei hat die Auseinandersetzung bewußt herbeigeführt“ („tageszeitung“, 21.6.1986). Ein Baustein in ihrer Erklärung des Ereignisses als Polizeiprovokation ist ein neuer Quellenfund, nämlich ein schriftlich erteilter Polizeibefehl, „der durch Zufall von Atomkraftgegnern eingesehen werden konnte“ (ebenda).

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Ereignischronik einer Zeitung nicht das Spiegelbild der laufenden Ereignisse ist, – in einer Geschichte „steht nichts einem Korespondenztest der Wahrheit offen“, wie es Dray einmal formuliert hat.³⁴ Sie ist vielmehr Ergebnis verschiedener informationspolitischer Verfahren der Kumulierung und der Synchronisation, wie sie die Periodik der Presseberichterstattung ermöglicht. Dazu gehören:

- (1) die akzentuierte Auswahl und Gewichtung von Ereignissen und Ereignisaspekten;
- (2) die thematische Markierung von Fortsetzungszusammenhängen durch kontinuierliche Verwendung von Schlüsselbegriffen in den Überschriften, im vorliegenden Fall „Gewalt“, „Gewalttäter“, „Demonstrationsrecht“, „Demonstration“ in Kombination mit den Namen der geplanten Demonstrationen;
- (3) die Kumulation von Indizien, die eine Version der Ereignischronik stützen können;
- (4) das Herstellen von Ereigniszusammenhängen in begleitenden Kommentierungen;
- (5) die Abstimmung der Ereignisberichterstattung auf die Vorberichterstattung;
- (6) die Verifizierung des Ereignisverlaufs durch Nachrecherchen;
- (7) die nachträgliche Erklärung des berichteten Ereignisverlaufs auf der Grundlage neuer Erkenntnisse.

Gemeinsamer Zweck der bisher beschriebenen periodischen Strategien der Themenbehandlung und der Kommunikationsführung ist eine möglichst hohe Konsonanz der Berichterstattung einer Zeitung. Für den Leser wird es dadurch immer schwieriger, die von einer Zeitung verbreitete Version überhaupt als solche zu erkennen. Die im folgenden behandelten

Formen der Kommunikationsführung sind mögliche Gegenstrategien zu solchen Immunisierungsverfahren.

Die Zeitung als Hintergrundmagazin

Das strategische Gegenstück zur Ereignischronik ist in verschiedener Hinsicht die themen- und kontroversenorientierte Hintergrundberichterstattung. Diese Form der Kommunikationsführung wird von Zeitungen insbesondere bei entscheidungsrelevanten öffentlichen Kommunikationskonflikten eingesetzt. Ihre Besonderheit liegt darin, daß sie die Leser zusätzlich zu ihrem Ereigniswissen auch mit einem Orientierungswissen über Hintergründe und Ziele der Demonstrationen ausstattet, das ihnen die Einordnung der Ereignisberichterstattung ermöglicht. Aufgrund der Ausführlichkeit dieses Informationsangebots und seines freien Bezugs zur Tagesaktualität kann man von einer Magazinberichterstattung sprechen. Die Schnittstellen zwischen den Hintergrundbeiträgen und der aktuellen Berichterstattung bilden gewöhnlich journalistische Kohärenzmaßnahmen in Form eines Vorspanns oder einer druckgraphisch hervorgehobenen Ankündigung. Ihre Funktion besteht darin, die Sonderbeiträge in die laufende Pressekommunikation einzubetten.

Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG eröffnet am 7.6.1986, also am Tag der Demonstrationen, eine Hintergrundserie „Abkehr von der Atomenergie? Möglichkeiten einer Energieversorgung ohne Kernkraftwerke“. In einer redaktionellen Vorbemerkung werden die Themen der folgenden Beiträge angegeben und die Serie wird insgesamt folgendermaßen in die aktuelle öffentliche Diskussion eingeordnet: „Die gegenwärtig mit Vehemenz geführte Auseinandersetzung erfordert vor allem sachliche Information. In einer SZ-Serie sollen die Möglichkeiten und Perspektiven erläutert werden. Unsere Themen im einzelnen...“ (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 7.6.1986, 10).³⁵ Eine andere Form der Einbettung und Hervorhebung ist die Verwendung von Logos. Die „tageszeitung“ markiert z.B. alle Sonderbeiträge zum Thema „Atomkraft“ mit dem Emblem „Tscherno-Wyhl Nein Danke!“.

Aufgrund ihrer Verbindung zu aktuellen Meinungskonflikten spiegelt die Hintergrundberichterstattung oft deren aktuelle Themenstruktur. In der vorliegenden Berichterstattung werden beispielsweise in Sonderbeiträgen und Serien folgende Themen behandelt, die unmittelbar mit den Demonstrationsereignissen zusammenhängen:

- (i) das Thema „Ausstieg aus der Atomenergie“:

Am Stromkartell führt kein Weg vorbei/ Kaum noch Zweifel an der technischen Machbarkeit eines Verzichts auf Atomstrom/ Nicht die Technik sondern die Macht der Stromgiganten ist das Problem („tageszeitung“, 2.6.1986, 11-14)

„Es gibt ökologisch vertretbare Alternativen zum Atomstrom“ / Hessens Umweltminister Joschka Fischer entwirft Szenario für Ausstieg aus der Kernenergie (Dokumentation FRANKFURTER RUNDSCHAU, 4.6.1986, 10)

(ii) das Thema „Sicherheit der Atomenergie“:

Zukunftsreaktor am Ende? / Die Störfälle im Hochtemperaturreaktor in Hamm zerstören die letzten Rückzugslinien der Atomlobby / **Wie funktioniert ein THTR?** (Tagesthemen-Seite der „tageszeitung“, 3.6.1986)

(iii) das Thema „GRÜNE und innere Sicherheit“:

Nicht jeder der Sturm erntet hat Wind gesät / Die Grünen, die Gewalt und der Staat: Bekenntnisse allein helfen nicht gegen konservative Vorwürfe (Hintergrundreportage der FRANKFURTER RUNDSCHAU, 24.7.1986)

Der Sinn einer solchen Magazinberichterstattung vor den Demonstrationseignissen liegt darin, daß sie die Leser im Voraus nicht nur mit Ereigniswissen ausstattet, sondern auch mit einem Orientierungswissen über Hintergründe und Ziele der Demonstrationen, das ihnen die Einordnung der Ereignisberichterstattung ermöglicht. Ein Leser, der die Ziele des Anti-Atom-Protestes kennt, wird die Einordnung der Demonstrationseignisse als „Gewalttätigkeiten“ zumindest einseitig finden.

Die Zeitung als Forum der öffentlichen Meinungsbildung

Im Gegensatz zur Meinungsübernahme setzt die Meinungsbildung Pluralität und Konfrontation verschiedener Meinungen voraus. Wie die bisherigen Analysen gezeigt haben, ist die Presseberichterstattung jedoch eher von Konsonanzen gekennzeichnet als von Kontrasten. Einer der Gründe dafür ist ihr monologischer Kommunikationsmodus. Zum Forum der öffentlichen Meinungsbildung kann sie werden, wenn dieser Modus zu einem dialogischen geöffnet wird. Auch wenn dialogische Darstellungsformen keine eingebaute Pluralitätsgarantie besitzen, so bieten sie doch die Möglichkeit, konträre Sichtweisen und Meinungsgegensätze für die Leser erkennbar zu machen. Von den untersuchten Tageszeitungen praktiziert allerdings nur die „tageszeitung“ eine Kommunikationsführung mit dialogischen Elementen: Es gibt eine *Kommentar-Gegenkommentar-Sequenz*, in der redaktionelle Meinungsverschiedenheiten zur Demonstrationsstrategie ausgetragen werden. Auf sogenannten *Debatten-Seiten* kommen verschiedene, nicht-redaktionelle Stimmen zur Gewaltfrage und zum Thema „Atomkraft“ zu Wort, teilweise in Pro-und-Contra-Form, in *Interview-Abdrucken* wird das Audiatur-et-altera-pars-Prinzip eingelöst. Nicht zuletzt erhalten die Leser auf der täglichen *Leserbrief-Seite*, die Mög-

lichkeit zur ausführlichen Diskussion, die nach den Demonstrationen hauptsächlich zwischen der „Stahlkugelfraktion“ und der „Stimmzettelfraktion“ über Formen des Widerstandes geführt wird. Besonders nach den Demonstrationseignissen forciert die „tageszeitung“ in ihrem Blatt erklärterweise die Diskussion „darüber, wie zukünftig verhindert werden kann, daß Demonstrationen nur noch Objekt polizeipolitischer Strategie werden“ („tageszeitung“, 1.7.1986). In diesen Zusammenhang gehört auch, daß die „tageszeitung“ Polizisten zu Wort kommen läßt, die den Polizeieinsatz bei den Demonstrationen nachträglich kritisieren („tageszeitung“, 21.6.1986, 3).

Das Gegenstück zu dieser Nachbereitung der Demonstrationsberichterstattung ist eine Art Info-Dienst für Demonstrationsteilnehmer, den die „tageszeitung“ in der Vorbereiterstattung einrichtet. Es werden Mitteilungen von Vorbereitungsgruppen abgedruckt, in denen diese über Ausrüstung, Treffpunkte, Anmarschwege und Beschlüsse der Vorbereitungsgruppen informieren.

Der Grund für die Öffnung der Zeitung zu einem Forum der Meinungsbildung gerade im Falle der behandelten Berichterstattung liegt im journalistischen Selbstverständnis der „tageszeitung“: im Konzept der „Betroffenenberichterstattung“ und dem Programm „Kontroversen und Debatten nicht nur zu führen, sondern auch selbst einzuleiten“.³⁶

3.6 Zusammenfassung

Die kommunikationsgeschichtliche Betrachtungsweise des Fallbeispiels hat ein dichtes Geflecht informationspolitischer Maßnahmen zu Tage gefördert. Bei seiner Entwirrung in einzelne Stränge bin ich, entsprechend der jeweiligen strategischen Reichweite, von drei Grundtypen pressenspezifischer Kommunikationsstrategien ausgegangen. Für jeden von ihnen wurden mehrere Teilstrategien unterschieden:

1. Strategien der Ereignisdarstellung

Ihre Beschreibung orientierte sich an folgenden Kriterien: der Einführung und Etablierung einer Sichtweise der Ereignisse in den Aufmachern, der Darstellungsperspektive und dem Ereignisbezug, sowie der Darstellung von Ereigniszusammenhängen.

2. Strategien der Ereigniskommentierung

Am Beispiel des Kommentierens wurden synchrone und diachrone informationspolitische Zusammenhänge unterschieden: die Synchronisation von Bericht und Kommentierung als konstellative Strategie innerhalb einer Zeitungsausgabe und die Kommentar-Ketten als periodische Strategie.

3. periodische Strategien der Kommunikationsführung und der Themenbehandlung

Am Beispiel der Fördermaßnahmen für Themenkarrieren und verschiedenen Berichterstattungskonzeptionen wurde gezeigt, wie die Periodizität der Tagespresse für Konsonanzstrategien genutzt werden kann. Zwei Formen informationspolitischer Zusammenhänge wurden dabei herauspräpariert: die Kumulation und die Synchronisation.

Als Ausgangslage für diese informationspolitischen Verfahren wurde ein Kommunikationskonflikt beschrieben, der als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl um die Themen „Atomenergie“, „Gewalt, Widerstand und innere Sicherheit“ und „rot-grüne Koalition“ geführt wurde. Für diese Konfliktfelder sind die beschriebenen Strategien Wegweiser zu den informationspolitischen Absichten der einzelnen Zeitungen. Sie lassen sich, bezogen auf die Konfliktlage, folgendermaßen formulieren:

1. Die Verdrängung des Themas „Atomenergie“ zugunsten des Themas „Gewalt und innere Sicherheit“ in der WELT, der FAZ und der SÜDWEST PRESSE.
2. Die Vertiefung des Themas „Atomenergie“ unter dem Aspekt Ausstieg und Alternativen in einer begleitenden Magazinberichterstattung zur Verständnisförderung der berichteten Demonstrationseignisse in der „taz“, der FRANKFURTER RUNDSCHAU und ansatzweise in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG.
3. Die Kumulierung von Indizien und Stellungnahmen zugunsten einer Verschärfung des Demonstrationsrechts als Unterstützungskampagne für die Unionsparteien, hauptsächlich in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG und der WELT.
4. Die Diskreditierung der GRÜNEN und damit einer rot-grünen Koalition im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen, vor allem in der WELT.
5. Die Zuspitzung des gesellschaftlichen Konflikts durch Betonung des Gewaltaspekts und Marginalisierung der Demonstrationsteilnehmer in der Berichterstattung von WELT, FRANKFURTER ALLGEMEINER ZEITUNG und SÜDWEST PRESSE.

Die Strategien (4) und (5) sind Beispiele für die, nach Ulrich Beck, „immanente Tendenz zur Sündenbockgesellschaft“, die seiner Meinung nach jeder Risikogesellschaft innewohnt: „Plötzlich sind es nicht die Gefährdungen, sondern diejenigen, die sie aufzeigen, die die allgemeine Unruhe provozieren“.³⁷

6. Die Versachlichung des gesellschaftlichen Konflikts durch themen- und problemorientierte Berichterstattung.

7. Die Adaptation der Pressekommunikation an die politisch-parlamentarische oder parteipolitische Kommunikation durch Themen- und Meinungsübernahme, z.B. in der WELT und der FAZ.
8. Die Zeitung als Faktor und Forum einer politischen Gegenöffentlichkeit, wie es die „tageszeitung“ durch ihre dialogische, themen- und leserorientierte Konzeption der Berichterstattung praktiziert.

In ihrer kommunikationshistorischen Studie der US-amerikanischen Berichterstattung über nahezu zwei Jahrzehnte kommen Herman/Chomsky zu dem Ergebnis, daß ihr „gesellschaftlicher Zweck“ darin besteht, „to inculcate and defend the economic, social, and political agenda of privileged groups that dominate the domestic society and the state“ (Herman/Chomsky 1988, 289). Denkt man an die Atomindustrie, so scheinen zumindest einige der untersuchten Zeitungen gut in dieses Muster zu passen. Auch wenn die Befunde auf eine insgesamt vielfältigere und weniger planierte Presselandschaft der Bundesrepublik hindeuten, so darf das nicht über eine andere Schwäche der hier untersuchten Berichterstattung hinwegtäuschen. Die Rekonstruktion der Informationspolitik einzelner Zeitungen war nur möglich, durch einen breit angelegten Materialvergleich, wie er für den Durchschnittsleser normalerweise nicht möglich ist. Von einigen Ausnahmen abgesehen, leisten die berücksichtigten Zeitungen, obwohl sie zu den Qualitätszeitungen gezählt werden, selbst keinen Beitrag zur Transparenz der eigenen Berichterstattung. Mangels dieser Selbst-Reflexivität ist es für den Leser schwierig, eine kritische Lesart „seiner“ Zeitung zu entwickeln.³⁸ Die freie politische Willens- und Meinungsbildung ist weniger durch journalistische Kunstfehler gefährdet, die mit ihrer Entdeckung ja bereits immunisiert sind. Sie gerät viel mehr in Gefahr durch das unspektakuläre, filigrane und schlecht überschaubare Zusammenspiel informationspolitischer Maßnahmen.

In letzter Zeit ist eine Art postmoderner Medienkritik modern geworden, in der von sogenannten „Nullmedien“ die Rede ist, deren Botschaft, so Enzensberger über die BILD-Zeitung, lautet, „daß es keine denkbare Botschaft mehr gibt“. Sloterdijk sieht in den Medien einen „additiven Stil“ herrschen, bei dem zugunsten eines „uferlosen Empirismus“ darauf verzichtet werde, Zusammenhänge herzustellen, so daß ein „täglich gleichschmeckender Realitätseintopf“ herauskomme. Sicherlich ist das Geflecht kommunikationsgeschichtlicher und strategischer Zusammenhänge nicht immer so dicht wie im vorgestellten Fallbeispiel. Trotzdem denke ich, daß es genug Anlaß gibt für ein pressekritisches Kontrastprogramm, dessen Grundgedanke man bereits in Tucholskys Aufsatz „Presse und Realität“ finden kann: „Es wird immer etwas gewollt, was nicht gesagt wird. Man könnte den Text jeder Zeitungnummer ins Wirkliche übersetzen“.

Anmerkungen

- 1 Zählheiten für die quantitative Erfassung waren die Zeilen, was für zeitunginterne Auswertungen ausreicht. Für einen Zeitungsvergleich müßte man als Zählheit natürlich das einzelne Wort heranziehen.
- 2 Kommunikative Strategien der behördlichen Informationspolitik und des offiziellen Krisenmanagements nach der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl sind beschrieben in Heringer 1987.
- 3 Beide Stellungnahmen finden sich in der ZEIT vom 9.5.1986.
- 4 Vgl. Anders, G.: Gewalt Ja oder Nein, München 1987. und Anders G.: Zehn Thesen zu Tschernobyl. In: „tageszeitung“ 3.6.1986, 8.
- 5 Vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU, 21.5.1986, 1., München: Polizisten hätten schießen dürfen“. PANORAMA 17.6.1986.
- 6 Schleiermacher 1977 (1838), 255.
- 7 Manoff/Schudson 1986, 3.
- 8 Dray 1959, 403/404.
- 9 Scriven 1966, 248.
- 10 Fishman 1980, 143.
- 11 Insbesondere die ethnomethodologisch orientierte Presseforschung hat diesen Bereich, z.T. durch teilnehmende Beobachtung, untersucht. Vgl. Fishman 1980; Tuchman 1978.
- 12 Vgl. Kepplinger 1989.
- 13 Die Forderung nach Transparenz der Informationsbeschaffung gehört zu den ältesten Qualitätsansprüchen gegenüber der Zeitung und spielt in der pressekritischen Diskussion des 17. Jahrhunderts in Bezug auf die Frage der Verlässlichkeit von Presseberichten eine wichtige Rolle. Vgl. Stieler 1969 (1695), 57 und Hartnack 1688, 89/90. Eine mediendidaktische Einlage zur pressekritischen Erziehung seiner Leserschaft baut Schubart 1774 in seine „Chronik“ ein: „Es bestätigt sich vollkommen, daß die Österreicher in die Wallachey gerückt sind. Weißwegen? – Weiß nicht. – Werden sie's Land behalten. – Weiß nicht. – Oder werden sie nur solange bleiben, bis die Pforte alle Bedingungen erfüllt hat? – Weiß auch nicht. – Schau Leser, solche Tropfen sind wir Annalisten. Können dir nicht 'nmal deuten, was vor unserer Nase vorgeht“ (Schubart, C.F.D.: Deutsche Chronik, 63tes Stück, den 3. November 1774, 500).
- 14 Die Wahl der Darstellungform im Aufmacher ist im vorliegenden Fall nicht durch die Nachrichtenlage bedingt, da alle Zeitungen sowohl über Agenturberichte zu den Demonstrationsereignissen als auch über Vor-Ort-Beiträge von Korrespondenten verfügen.
- 15 Enzensberger hat dieses Verfahren als „Technik des Rösselsprungs“ bezeichnet. „Die Zeitung setzt beim Leser unverföhren voraus, was sie ihm überhaupt nicht mitgeteilt hat“. Enzensberger 1964, 46.
- 16 Zitiert nach FRANKFURTER RUNDSCHAU VOM 19.6.1986, 2.
- 17 Aufgrund der Verwendung des Konjunktivs nur bei der Wiedergabe der Polizeiversion könnte man annehmen, die FRANKFURTER RUNDSCHAU wäre

- eher der Augenzeugen-Version zugeneigt. Diese Diagnose beruht auf der Annahme einer systematischen Verwendung des Konjunktivs als Distanzierungsmittel. Weitere Textstellen scheinen jedoch eher auf eine offenere Verwendung dieser Ausdrucksform hinzudeuten.
- 18 Bird/Dardenne haben in ihrem Aufsatz „Myth, chronicle and story: Exploring the narrative qualities of news“ die mythenbildenden Aspekte der Medienberichterstattung beschrieben und festgestellt, daß „news is a particular kind of mythological narrative with its own symbolic codes that are recognized by its audience“ (Bird/ Dardenne 1988, 71).
 - 19 Bennett/Edelman 1985, besonders Seite 169.
 - 20 Gemeint ist natürlich Brokdorf. Der Journalist der FRANKFURTER RUNDSCHAU wird hier selbst zum Opfer eines anderen Anti-Atomkraft-Mythos, des Mythos „Grohnde“.
 - 21 Stieler 1969, 27, (Orig. 1695).
 - 22 So beschreibt die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG in einer Selbstdarstellungsbroschüre die Funktionen der kommentierenden Beiträge (Leitglosse und Leitartikel). Alles über die Zeitung, 1984¹⁷, 12/13.
 - 23 Alles über die Zeitung, 13.
 - 24 „tageszeitung“, 6.9.1986, 3: „Erstmals bei Großdemonstrationen hatten die Veranstalter in Erwartung von Gas und Wasserwerfereinsätzen etwas abseits der befürchteten Auseinandersetzungen kindgerechte Paralleldemonstrationen geplant“.
 - 25 Die Karikatur ist im Anhang dokumentiert.
 - 26 Mit den Methoden der Inhaltsanalyse könnten diese quantitativen Ergebnisse leicht zu dem Fehlschluß verleiten, im Falle der WELT handle es sich um eine besonders kinderfreundliche Zeitung.
 - 27 Der vollständige Text ist im Anhang dokumentiert.
 - 28 Vgl. dazu die begriffliche Klärung der Ausdrücke „Konsonanz“, „Kumulierung“, „Synchronisation“ in Kapitel 2.5.2.
 - 29 Luhmann 1974, 27–54.
 - 30 In der publizistischen Kommunikationsforschung wird der thematische Aspekt medialer Kommunikation von der sog. Agenda-Setting-Forschung behandelt, wobei allerdings nicht die Dynamik der Themenbehandlung, sondern eine statische Agenda Untersuchungsgegenstand ist (Vgl. McCombs/Shaw 1972).
 - 31 Die Themenbehandlung der WELT ist eine Bestätigung der Konsonanzhypothese von Galtung/Ruge, die diese als eines von sieben Prinzipien der Nachrichtenauswahl formulierten: „News are actually 'olds' because they correspond to what one expects to happen – and if they are too far away from the expectation they will not be registered, according to this hypothesis of consonance“ (Galtung/Ruge 1965, zitiert nach Galtung/Ruge 1987, 131).
 - 32 Zu einem ähnlichen Konsonanz-Befund, der sogar den intermedialen Zusammenhang von Presse und Fernsehen einschließt, gelangen Halloran/Elliott/Murdock in ihrer Untersuchung der Berichterstattung über eine Vietnamdemonstration im Jahre 1968. Sie stellen fest, daß Zeitungleser und Fernsehzuschauer

nicht verschiedene Darstellungen des Ereignisses erhalten, sondern „basically the same interpretation which focused on the same limited aspect – the issue of violence“ (301). In ihrer kommunikationsgeschichtlich angelegten Studie – sie berücksichtigen einen Berichtzeitraum von zwei Wochen – erklären sie die Konsonanz als „cumulative development of common themes and a basic image for the story“ (306). Die Wirksamkeit von „pre-existing images“ als „underlying frame of mind“ zeigt sich aus ihrer Sicht darin, daß „in the ‚build-up‘ period the selection of stories for publication was itself an important factor in developing the image of the event“ (Halloran/Elliott/Murdock 1970, 306)

- 33 Vgl. hierzu die Diskussion um die Berichterstattung über die Gladbecker-Geisel-Affäre in Medium April/Juni 1989, insb. die Beiträge von Pöttker, Buchwald und Brauer.
- 34 Vgl. Dray 1987, 224.
- 35 Seltener ist der Fall, daß Magazinbeiträge in der laufenden Berichterstattung angekündigt und begründet werden. Bereits im Leitartikel der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom selben Tag („Die Verdunkelung des Fortschritts“) wird „Nachdenken über die vorhandenen Alternativen, also einschließlich der Kernenergie“ gefordert und dann explizit auf die Beitragsserie hingewiesen: „Für dieses Nachdenken soll die heute beginnende Serie in der SZ Stoff liefern“ (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 7.6.1986, 4).
- 36 Vgl. zum journalistischen Programm der „tageszeitung“: Bröcker/Berentzen/Brugger 1989, 606–639.
- 37 Vgl. Beck 1986, 100–102.
- 38 Reflexive Maßnahmen der Presseberichterstattung, die ihrer Transparenz dienen, sind beschrieben in Bucher 1986, 119–130 und Bucher 1988.

ANHANG

1. Inhaltsstruktur und thematische Gewichtung der Berichterstattung zu den Demonstrationseignissen (9.6.1986)

Basis: Gesamtzahl des Zeilenumfangs berichtender Beiträge.
Angaben: Zeilenanzahl, Prozent des Gesamtzeilenumfangs.
(Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt)

Inhalte	WELT	SWP	FR	FAZ	SZ	taz
Die Demonstrationseignisse am Atomkraftwerk Brokdorf	71* 17%	162* 73	304* 33%	105 16%	170* 18%	110* 11,5%
Die Ereignisse auf der Anfahrt nach Brokdorf	91* 22%	3 1%	13 1,5%	27 4%	145 15,5%	250 26%
Das Kinderfest in München			9 1%			15 1,5%
Das Kinderfest in Wülster	82* 19,5%					15 1,5%
Die Demonstrationseignisse am Baugelände der WAA Wackersdorf	16 4%	13 6%	154* 16,5%	73 11,5%	205* 22%	170* 17,5%
Der Umwelttag in Würzburg und die dortige Kundgebung	24 6%	5 2%	367** 40%	340* 52%	180* 19%	250* 26%
Politikerstellungnahmen zu den Wochenend-Demonstrationen insg.	132* 31,5%	36 17%	42 4%		220 23,5%	18 2%
Stellungnahme von Strauß (in extra Beitrag) ¹	60* (17%)			105* 16%	156* (16,5%)	
Demonstrationseignisse in Hamburg am Sonntag			18 2%		16 2%	6 0,5%
Die Demonstration am Atomkraftwerk in Hamm-Uentrop		3 1%	20 2%	4 0,5%	2 0,5%	120* 12,5%
Zeilen insgesamt	416	222	927	654	938	954

* Das markierte Ereignis ist Hauptgegenstand eines eigenen Beitrags.

** Das Ereignis ist Hauptgegenstand in zwei Beiträgen.

¹ Der Prozent-Anteil der Straußäußerungen ist in den Angaben zu den Stellungnahmen insgesamt bereits enthalten. Die FAZ berichtet nur über die Strauß-Stellungnahme.

2. Die Aufmacher der untersuchten Tageszeitungen vom 9. Juni 1986

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 9. Juni 1986, Seite 1

Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und militanten Kernkraftgegnern

Rund 80 000 Demonstranten am Wochenende in Brokdorf und Wackersdorf / Hubschrauber mit Leuchtraketen beschossen / Rund 100 Polizisten verletzt / Insgesamt etwa 400 Festnahmen

(SZ) Für einen Ausstieg aus der Kerneenergie haben am Wochenende Zehntausende von Menschen vor Atomanlagen in der Bundesrepublik demonstriert. Dabei kam es vor dem Baugelände der Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf und dem Atomreaktor in Brokdorf zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Gruppen militanter Demonstranten. Etwa 100 Polizisten wurden verletzt. 200 Personen wurden festgenommen. Die Bundesregierung und alle Parteien verurteilten die Gewalttätigkeiten. Zu Ausschreitungen kam es auch in Hamburg.

Joe Brokdorf (Eigener Bericht) Bei den schweren Ausschreitungen am Rande der Protestkundgebung gegen das Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe sind am Samstag 80 Polizisten verletzt worden, elf von ihnen schwer. Wie viele Demonstranten Verletzungen davontrugen, konnte die Polizei nicht mitteilen. Rund 150 militante Kernkraftgegner wurden vorübergehend festgenommen, gegen 74 von ihnen soll nach Angaben eines Polizeisprechers Strafanzeige erstattet werden. Zwei der Festgenommenen befanden sich am Sonntagmittag noch im Polizeigewahrsam. Bei den Krawallen wurde aus einem Streifenwagen der Polizei eine Maschinenpistole gestohlen, die trotz intensiver Fahndung verschunden blieb. Den rund 40 000 Demonstranten, die mit Sonderzügen, Bussen und Personenzügen aus ganz Norddeutschland zum Kraftwerksgelände in der Wilster Marsch gekommen waren, standen etwa 5000 Beamte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes gegenüber, die von 25 Hubschraubern unterstützt wurden.

Die Autobahn- und Straßenverbindungen nach Brokdorf waren von der Polizei großräumig abgeriegelt worden, um die anreisenden Demonstranten an Kontrollstellen nach Waffen und Werkzeugen durchsuchen zu können. Die Behörden befürchteten einen Sturm militanter Kernkraftgegner auf das Kraftwerk, das zwar fertiggestellt, aber noch nicht ans Stromnetz gegangen ist, da die schleswig-holsteinische Landesregierung eine nochmalige Sicherheitsüberprüfung angeordnet hat. Die Polizeikontrollen an den Zufahrtsstraßen führten zu kilometerlangen Fahrzeugstaus. Fast die Hälfte der Demonstranten erreichte dadurch die Kundgebung nicht mehr rechtzeitig.

Die gewaltsamsten Auseinandersetzungen gingen von etwa 1500 militanten Kernkraftgegnern aus, die der Polizei schon an den Kontrollpunkten schwere Auseinandersetzungen lieferten. Dabei wurden nach Polizeiangaben kontinuierlich Waffen und Werkzeuge sichergestellt.



IN REGELRECHTE GEFÜHRTE ARIENEN die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und militanten Demonstranten am Baugelände der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf aus. Vermummte Gewalttäter beschossen die Beamten mit Stahlkugeln. Photo: amw

darunter Molotow-Cocktails, Katapulte zum Verschießen von Stahl- und Glaskugeln, Leuchtraketen, Knallkörper, Krähenfüße, Sägen, Äxte, Wurfsperker und Knüppel. Die schwersten Zusammenstöße ereigneten sich an einem Kontrollpunkt bei der Ortschaft Klee etwa 15 Kilometer nördlich von Brokdorf. Hier wurde ein Beamter des Bremer Sondereinsatzkommandos von einer Stahlkugel schwer am Kopf verletzt. Bei einem Handgemenge wurde einer Streifenwagenbesatzung die Maschinenpistole gestohlen. Drei Autos von

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 1)

(Fortsetzung von Seite 1)

Demonstranten gerieten durch Leuchtraketen militanter Kernkraftgegner in Brand, 30 Gewalttäter wurden allein in Klee festgenommen. Unter ihnen befanden sich nach Auskunft der Polizei auch zwei Männer, die verhaftet wurden, den Bremer SEK-Beamten schwer verletzt beziehungsweise am Diebstahl der Maschinenpistole beteiligt gewesen zu sein. Bei den Auseinandersetzungen in Klee wurden den Angaben zufolge neben Waffen auch Polizeiformen sichergestellt.

Trotz der scharfen Sicherheitsvorkehrungen kam es aber auch vor dem Haupteingang des Kraftwerkes unmittelbar neben dem Kundgebungsgelände zu schweren Zusammenstößen. Vermummte Gewalttäter griffen die Polizisten hinter dem Bauzaun mit Molotow-Cocktails, Leuchtraketen, Steinen und Stahlkugeln an. Außerdem wurden die Hubschrauber, die ständig Verstärkung auf das Kraftwerk flogen, mit Leuchtraketen beschossen, jedoch nicht getroffen. Die Polizei ging mit Tränengas, Schlagstöcken, Wasserwerfern und CS-Reizgas gegen die militanten Demonstranten vor.

Als die Polizei am Nachmittag die Straße vor dem Haupttor räumte, wurden auch die etwa 20 000 bis 30 000 friedlichen Demonstranten auf dem Parkplatz am Kraftwerksgelände in Mitleidenschaft gezogen. Ohne Vorwarnung schob die Polizei Tränengasgranaten in die panikartig flüchtende Menge. Die Veranstalter der Demonstration, zu der außer den Grünen etwa 50 weitere Organisationen aufgerufen hatten, brachen daraufhin die Kundgebung ab und forderten die Teilnehmer zum friedlichen Abzug auf. Auf der Kundgebung riefen mehrere Redner zu gewaltlosem Widerstand gegen die Kerneenergie auf und forderten die Abschaltung aller Kernkraftwerke, da ihr Betrieb nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl nicht mehr zu verantworten sei.

Der schleswig-holsteinische Innenminister Karl Eduard Clausen sagte am Abend in einer ersten Stellungnahme, das Polizeikonzept habe sich bewährt, die Gewalttäter von den friedlichen Demonstranten zu trennen. Wenn das gewalttätige Potential, das an den Kontrollstellen abgefangen worden sei, an den Bauzaun gelangt wäre, wäre es für die Polizei „außerordentlich problematisch“ geworden.

70 Verletzte bei Ausschreitungen am Wackersdorfer Bauzaun

ps. Wackersdorf (Eigener Bericht) Parallel zu den Demonstrationen in Brokdorf und in mehreren Städten der Bundesrepublik protestierten am Wochenende auch in Wackersdorf in der Oberpfalz Kernkraftgegner gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe im Taxöderner Forst. Am Samstag demonstrierten dort nach Angaben der Polizei rund 15 000 Menschen. Sprecher von örtlichen Bürgerinitiativen gaben dagegen eine Teilneh-

Schwere Zusammenstöße

mehrzahl von mehr als 30 000 an einem sogenannten Waldpaziergang an.

Eine von Atomkraftgegnern aus Landshut angemeldete Kundgebung in unmittelbarer Nähe zum Bauzaun durfte nicht abgehalten werden, nachdem auch der Bayerische Verwaltungsgeschichtshof noch am Freitagnachmittag ein Demonstrationsverbot des Schwandorfer Landratsamtes bestätigt hatte. Über eine kurzfristig eingeleitete Verfassungsbeschwerde konnte ein am Samstag um neun Uhr in Karlsruhe zusammengetretener Notsenat mangels Aktenkenntnis nicht mehr rechtzeitig entscheiden.

Trotz des Demonstrationsverbotes und der Aufforderung des bayerischen Innenministers Karl Hillmeier, den Taxöderner Forst am Wochenende zu meiden, reisten Tausende von Kernkraftgegnern vor allem aus Süddeutschland an. Der größte Teil von ihnen beließ es bei Dauerregen und niedrigen Temperaturen bei einer friedlichen Besichtigung des fünf Kilometer langen stählernen Bauzaunes. Dagegen warfen rund 400 meist vermummte junge Leute immer wieder Steine und Holzstücke, aber auch gefährliche Wurfkörper, wie zum Beispiel Molotowcocktails über die Umzäunung auf die dahinter postierten Polizeibeamten.

Der Polizei, die teilweise mit Wasser, dem das Reizgas CS beigemischt war, und mit Tränengas gegen die Menge vorging, gelang es, 48 Gewalttäter festzunehmen, 35 Beamte, die bei den Auseinandersetzungen verletzt worden waren, mußten ärztlich versorgt werden. Die Demonstranten zählten in ihren Reihen etwa ebenso viele Verletzte. Die bayerische Polizei hatte sich durch Einheiten des Bundesgrenzschutzes und durch Beamte von anderen Länderpolizeien auf mehr als 3000 Mann verstärkt. Wolf-Peter Hartmann vom Polizeipräsidenten in Regensburg schätzte den Verlauf des Einsatzes positiver als während der Pfingstkravalle ein, schränkte aber ein, daß die Zahl der Verletzten Beamten immer noch zu hoch sei.

Am Sonntagnachmittag lebten die Angriffe gegen den Bauzaun in allerdings erheblich vermindertem Umfang neu auf. Die Polizei setzte Wasserwerfer gegen 49 teilweise vermummte Wackerdorfer ein, die mit Schleudern und Stahlkugeln auf Beamte geschossen hatten. Am Rande eines Feldgottesdienstes, der am frühen Nachmittag rund einen Kilometer von der Bauplatzgrenze entfernt gefeiert wurde, war es zuvor zu einem kurzen Handgemenge zwischen Demonstranten und Polizeibeamten gekommen.

Österreichern Einreise verweigert

Bereits am Vormittag hatten, wie dpa ergänzt, bayerische Grenzbeamte rund 700 aus Tirol in Autobussen angereisten Kernkraftgegnern, die an der geplanten Kundgebung in Wackersdorf teilnehmen wollten, wegen des Demonstrationsverbots die Einreise am Autobahngrünübergang Kufstein-Kieferfeldern verweigert. Durch einen

Sitzstreik blockierten einige von ihnen vor allem auf Tiroler Seite für längere Zeit den Verkehr. Bis Freitag hatten laut Reuters rund 40 000 Österreicher einen Protestbrief an den bayerischen Ministerpräsidenten gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage unterschrieben.

Krawalle in Hamburg

In Hamburg gab es laut dpa am Sonntagnachmittag ebenfalls schwere Auseinandersetzungen zwischen mehreren hundert militanten Demonstranten und der Polizei. Rund 800 zum Teil vermummte Demonstranten hatten sich gegen 12 Uhr auf dem Heiligengeistfeld versammelt. Während etwa 400 Demonstranten von ihnen von den Polizeikräften eingeschlossen und somit ruhig gehalten wurden, zogen die anderen in die kleinen und sehr verwinkelten Gassen des Stadtviertels neben dem Heiligengeistfeld. Hier errichteten sie Barrikaden, aus deren Schutz heraus die Polizei mit Steinen bewarfen und die sie beim Herannahen der Beamten immer wieder in Brand steckten. Mehr als 200 Personen wurden nach polizeilichen Angaben festgenommen.

Friedliche Demonstration in Hamm

Unmittelbar vor dem Gelände des umstrittenen Thorium-Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop demonstrierten laut dpa am Samstagnachmittag nach Schätzungen der Polizei rund 5000 Menschen für eine sofortige Stilllegung des Kernkraftwerkes. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, verlief die Protestveranstaltung „völlig friedlich, ohne jede Ausschreitung“.

Ost: Menschenverachtende Angriffe

Bonn (dpa) Die Bundesregierung hat die Ausschreitungen am Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe und am Baugelände der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf verurteilt. Regierungssprecher Friedhelm Ost sagte, unter dem Deckmantel eines demokratischen Grundrechts hätten Chaos und Krawallmacher erneut kriminelle Taten begangen. Die Attacken auf Leib und Leben der Polizisten „als Hüter unserer Ordnung sind Handlungen, die mit größter Brutalität geplant und ausgeführt wurden“. Solche Chaoten verstießen damit bewußt gegen die Rechtsordnung. Sie wollten den demokratischen Staat treffen. Für die Bundesregierung stelle Gewalt – in welcher Form auch immer – kein Mittel der Politik dar.

Strauß: Polizei wird verstärkt

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Strauß hat scharfe Kritik an den militanten Demonstrationen gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf geübt und eine erhebliche Verstärkung der Polizei in Bayern angekündigt. Be- nicht auf Seite 16.

Weitere Nachrichten auf den Seiten 5, 6, 7, 9 und 10

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 9. Juni 1986, Seite 1

Sechzigtausend demonstrieren in Brokdorf, Wackersdorf und Hamm

Viele Polizisten verletzt / Etwa hundert Gewalttäter festgenommen / Feuer, Steine, Flaschen, Knüppel

J.B. BROKDORF, 8. Juni. Vierzigtausend Menschen in der Wilmersmarsch rund um das Kraftwerk Brokdorf, fünfzigtausend an der Baustelle der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf und etwa siebentausend Menschen vor dem Atomkraftwerk in Hamm-Uentrop haben am Wochenende gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland demonstriert. In Wackersdorf, wo ein Demonstrationsverbot bestand, das noch am Samstag vom Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts bestätigt worden war, kam es ebenso wie vor dem inzwischen fertiggestellten, auf Anweisung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel jedoch noch für eine zusätzliche Sicherheitsüberprüfung vorgesehene Kernkraftwerk Brokdorf zu schweren Ausschreitungen. Zahlreiche Polizeibeamte wurden verletzt, darunter einige schwer. Etwa hundert Gewalttäter konnten festgenommen werden. Nach Abschluss der Kundgebung vor

dem Kernkraftwerksgelände, wo sich abziehende und noch heranahende Demonstrationsskottionen vermischten und ineinander verkeilten, setzte der Bundesgrenzschutz Reizgas ein, das bis über die Elbedeiche wirkte.

Im Dorf Brokdorf selbst war es ruhig. Manche Gemeinde jedoch, die für die zumal aus Richtung Hamburg kommenden Protestgruppen am Wege lag, wurde Schauplatz wüster Szenen. Die Polizei wollte weiträumig Privatfahrzeuge und Busse kontrollieren und stieß dabei immer wieder auf Widerstand, der in dieser Härte nicht erwartet worden war. Polizeibeamte wurden täglich angegriffen — in einem Fall ging dabei eine Maschinenpistole verloren —. Autos wurden in Brand gesteckt, in dem Ort Kletze nördlich von Wilsdorf wurden von bewaffneten Randalierern neun Polizisten verletzt. Im Gegensatz zu früheren Demonstrationen aufmärschen in der Wilmersmarsch hatten die Sicherheitskräfte diesmal spät und unangekündigt die weiträumige Kontrolle des

Geländes eingeleitet. Noch in der Nacht zuvor war nichts von Vorbereitungen zu merken. Am nächsten Tag aber wurde es entschlossen und so weit vom Kernkraftwerk entfernt abgesperrt, daß viele Demonstranten das Ziel ihres Marsches nicht erreichten.

In Brokdorf war vor allem der Bundesgrenzschutz tätig, der mit Großhuberschraubern ununterbrochen Einsätze flog. Das eingezäunte und von einem mehrere Meter breiten Wassergraben umgebene Kernkraftwerk war mit starken Polizeikräften besetzt. Für Steinkühe erreichbare Glasfronten waren Sackwerke noch mit Brettern gesichert. Als aus der Menge der Demonstration heraus in das Innere der Umzäunung mit Leuchtkeulen und Stahlkrampen geschossen und auch Steine geworfen wurden, zog der Grenzschutz starke Kräfte und Wasserwerfer vor die Tore und teilweise auf die Zufahrten, um ihn hier aus schrägen in das Geschehen eingreifen zu können. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2)

Fortsetzung von Seite 1

Sechzigtausend demonstrieren

Es ergab sich jedoch rasch eine Trennung zwischen den Randalierern an der südöstlichen Ecke des Kernkraftwerkes und den Kundgebungsteilnehmern, die sich auf einem riesigen, von dieser Stelle durch eine Straße getrennten Parkplatz versammelten.

Hierhin rückten immer weiter Scharen von Demonstranten nach. Als die Veranstalter das Ende der Kundgebung verkündeten, gingen Beamte in breiter Front gegen die auf dem Parkplatz Versammelten vor, nicht jedoch gegen die schwarz verumtelt Randalierer an der Südostseite des Reaktorkomplexes, obwohl bereitstehende Mannschaften und Wasserwerfer die dazwischen liegende Straße sicher beherrschten. Während sich die Randalierer nahezu ungestört vor dem an der Ecke tätigen, hinter Wassergraben und Zaun fest montierten Wasserwerfer, austobten, warfen auf dem Parkplatz vorrückende Grenzschutzbeamte Tränengasgranaten in die zurückweichende Menge, in der sich die meisten deshalb befanden, weil sie Distanz zu den Gewalttätigen am Zaun gesucht hatten.

Die Menge strebte fluchtartig zurück, mußte zwei kleine Gräben überwinden und fand sich dann auf einer Straße,

auf der es kein Vor und Zurück gab und die zur anderen Seite durch meterbreites Wasser begrenzt wurde. Das Gedränge wurde immer dichter. Viele durchquerten das Wasser. Daß es bei dem Geschehen nicht zu einer Panik oder zu schlimmen Unfällen kam, hat die Grenzschutz-Einsatzleitung der Disziplin und der gegenseitigen Hilfe unter den Demonstranten zu verdanken. Sie brachten sich unter schweren Bedingungen in Sicherheit, während hundert Meter entfernt, nicht nur unter den Augen, sondern in Steinwurfweite von aufgestellten Grenzschutzeinheiten und Fahrzeugen die Randalierer weiterhin ihr Unwesen trieben und zunächst nicht behelligt wurden.

Randalierer mit Motorradhelmen

WACKERSDORF, 8. Juni (dpa). Eine neue Polizeitaktik in Wackersdorf nach der Absetzung des bisherigen oberpfälzischen Polizeipräsidenten Friker schien zunächst erfolgversprechend. Ungehindert ließen die Beamten die Zehntausende von Kernkraftgegnern nach eingehenden Kontrollen trotz des Demonstrationsverbotes zum Bauzaun der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) ziehen. Rund um das Baugelände bestimmten weißbehelmete, etwa 50 Mann starke Polizeigruppen das Bild, besonders dort, wo schon zu Ostern und den folgenden Wochenenden die schlimmsten Attaken gegen den Bauzaun geschehen waren. Über zwei Stunden herrschte Ruhe. Dann änderte sich die Situation jedoch schlagartig. In der

Nordwestkurve des Geländes prasselten Steine und Holzknüppel auf einen Wagen des Bundesgrenzschutzes, der unmittelbar hinter den Stahlgitterstreben des Zaunes stand. Das Auto begann unterhalb der Windschutzscheibe zu brennen. Ein Molotow-Cocktail hatte getroffen. Kurze Zeit später waren die Flammen gelöscht; jetzt zog zur Polizei vor dem Zaun Verstärkung auf.

Plötzlich, wie aus dem Erdboden gezaubert, begannen etwa hundert mit Motorradhelmen verumtelt Randalierer die Einsatzkräfte mit Steinen, Flaschen und Holzknüppel anzugreifen, aus dem Hintergrund schossen Gewalttäter mit Steinschleudern. Die Polizei weicht zunächst zurück. Einige Beamte drangen vor, griffen sich einen Steinwerfer und bildeten wieder einen Schutzring aus ihren Plastikschildern, um einen wahren Steineereg abzuwehren. Der Kampf ging hin und her. Zu Festnahmen kam es aber selten, da die Gewalttäter entweder im Wald untertauchten oder sich immer wieder unter die unbeteiligten Demonstranten mengten.

Im Gegensatz zu den Krawallen am Bauzaun zu Pfingsten wurde der Zaun selbst diesmal fast nicht beschädigt, dafür kam es zu mehr direkter Konfrontation zwischen Polizeibeamten und Gewalttätigen. War die größte Aggressivität bisher gegen den einbetonierten Stahlzaun gerichtet, traf sie an diesem Wochenende auf die Beamten, die einen "lebenden Zaun" vor der Mauer bilden mußten. Trotz der sichtbaren Präsenz der Polizei außerhalb des umzäunten Baugeländes konnten aber auch mit der neuen Taktik gewalttätige Ausschreitungen nicht unterbunden werden.

SÜDWEST PRESSE, 9. Juni 1986, Seite 1

Nach blutigen Krawallen in Brokdorf und Wackersdorf:

Politiker verurteilen Gewalt Strauß fordert härtere Strafen

Bangemann gegen Änderung des Demonstrationsstrafrechts

BONN (AP). Politiker von Koalition und Opposition haben am Wochenende die gewalttätigen Ausschreitungen um die Atomanlagen von Brokdorf und Wackersdorf scharf verurteilt. Zugleich lebte erneut der Streit zwischen CSU und FDP um eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts auf.

Zu den schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Kernkraftgegnern in Brokdorf und in Wackersdorf erklärte Regierungssprecher Ost: „Unter dem Deckmantel eines demokratischen Grundrechts haben Chaoten und Krawallmacher hier erneut kriminelle Taten begangen.“

Der CSU-Vorsitzende Strauß sagte, es sei offenkundig, daß die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz des Rechtsstaates noch unzureichend seien. Die FDP trage die Verantwortung für die „halbherzige Regelung“ des Landfriedensbruchstatbestandes und des Vermummungsverbots. Notwendig sei die Rückkehr zum alten Landfriedensbruchstatbestand und zur allgemeinen Strafbarkeit der Vermummung. Dagegen lehnte der FDP-Vorsitzende Bangemann eine Änderung des Demonstrationsstrafrechts ab. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel meinte, wer bei Demonstrationen Gewalt anwende, verlasse den Boden der Verfassung, beeinträchtige das Grundrecht derer, die demonstrieren und schade deren Anliegen.

An drei für die Atomindustrie symbolträchtigen Anlagen hatten am Wochenende zwischen 75 000

und 90 000 Menschen gegen die wirtschaftliche Nutzung der Kernkraft demonstriert. Während eine



In Hamburg flogen auch gestern noch Steine. Nach erneuten heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden über 200 Demonstranten festgenommen. Foto: dpa

Kundgebung mit rund 5000 Teilnehmern am Hochttemperatureaktor in Hamm-Uentrop friedlich verlief, gab es am Samstag am Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe und an der Wiederaufarbeitungsanlage für Atombrennstoffe im oberpfälzischen Wackersdorf blutige Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einer militanten Minderheit unter den Kernkraftgegnern.

Dabei wurden in Brokdorf 60 Polizisten verletzt. Rund 150 Demonstranten wurden festgenommen. Nach Augenzeugenberichten dürften auch über 100 Atomkraftgegner verletzt worden sein. Die Polizei setzte Reizgas ein. An der Kundgebung in Brokdorf nahmen nach Polizeiangaben rund 30 000 Personen teil, weitere 15 000 Menschen konnten wegen Straßensperren der Polizei und Staus nicht bis zum Kraftwerk vordringen (siehe auch Blick in die Welt).

Von den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Wackersdorf, wo rund 3300 Polizisten eingesetzt waren, meldete die Polizei 385 Verletzte, davon 35 Polizisten. 40 Demonstranten seien festgenommen worden. Das Informationsbüro „Freies Wackerland“ der Kernkraftgegner sprach von 61 Festnahmen.

Für einen Ausstieg aus der Atomwirtschaft setzten sich auf dem Landtag in Würzburg rund 10 000 Teilnehmer in einer friedlich verlaufenen Demonstration ein.

WELT, 9. Juni, 1986, Seite 1

FDP sagt nein zu Änderung des Demonstrationsrechts

Polizeigewerkschaft fordert Aburteilung der Gewalttäter von Brokdorf

DW. Bonn Auch nach den schweren Ausschreitungen bei den Demonstrationen von Kernkraftgegnern in Brokdorf und Wackersdorf ist mit einer Verschärfung von Strafgesetzen nicht zu rechnen. Vorstöße aus den Reihen der Unionsparteien, die auf eine Änderung des Demonstrationsrechts und des Landfriedensbruch-Paragrafen abzielen, scheitern am Widerstand des Koalitionspartners FDP. Der Vorsitzende der Freien Demokraten, Martin Bangemann, nannte das geltende Recht „wirkungsvoll und liberal“. Man müsse es nur anwenden, sagte Bangemann der „Bild am Sonntag“.

Der FDP-Chef findet es „unverständlich“, wenn Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden vor Demonstrationen nicht dazu genutzt würden, „Gewalttäter und versteckte Waffen aus dem Verkehr zu ziehen, bevor sie Schaden anrichten können“.

Demgegenüber zeigte sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß mit den derzeitigen gesetzlichen Regelungen unzufrieden. Die FDP, erklärte er vor dem Arbeitskreis Polizei

der CSU in München, trage die Verantwortung für die „halbherzige Regelung“ des Landfriedensbruchbestandes und des Vermummungsverbots. Notwendig sei die Rückkehr zum alten Straßatbestand Landfriedensbruch und zur allgemeinen Strafbarkeit der Vermummung. „Das Risiko der Gewalttäter muß endlich wieder größer werden als das der Polizeibeamten.“ Der CSU-Vorsitzende lenkte den Blick auf ein neues Phänomen bei Demonstrationen: die

SEITEN 2 UND 4:
Leitartikel und weitere Berichte

Anwesenheit von Kindern. Er sprach von einer „verabscheuungswürdigen Manipulation an jungen Menschen, die überhaupt nicht ahnen, wozu sie herhalten müssen“. Hier wäre es höchste Zeit, daß Organisationen wie der Kinderschutzbund und die Kirchen ihre Stimmen erheben.

Angesichts der vielen verletzten Polizeibeamten in Brokdorf und Wackersdorf forderte der Vorsitzende der Gewerkschaftspolizei, Günter Schröder, eine Aburteilung der gefä-

ten Rechtsbrecher. Es dürfe nicht dazu kommen, mahnte der Gewerkschaftsführer in einem Gespräch mit dpa, daß die 150 Festgenommenen bald wieder freigelassen würden.

Auf einer Großkundgebung des Deutschen Umwelttags in Würzburg richtete der Publizist Robert Jungk am Samstag ausdrückliche Grüße an die „bösen Chaoten“ in Brokdorf und Wackersdorf. Jungk sagte, er lehne Gewaltanwendung ab, bekunde aber Verständnis für jene, die ihrer „Verzweiflung“ gegenüber dem „Betonstaat“ mit Steinwürfen Ausdruck verleihen.

In Würzburg wurde das Stichwort zu einer Kampagne für einen „Volksentscheid“ über die Kernenergie gegeben. Der umweltpolitische Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Volker Hauff, meinte im Südwestfunk, er glaube nicht, daß ein Volksentscheid ein Instrument sein könne, mit dem die SPD voranschreiten sollte. Eine Energieversorgung ohne Atomkraft habe nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen werde.



DIE ANTI-ATOMKRAFTDEMONSTRATION als Medienereignis: Fotografen filmen die Räumung der Zufahrtsstraßen zum Atomkraftwerk Brokdorf durch die Polizei. — (Bild: dpa)

Zehntausende bei Protest gegen die Atomanlagen

Schwere Konflikte in Brokdorf und Wackersdorf

HAMBURG, 8. Juni (dpa/FTB). Annähernd 100 000 Menschen haben am Wochenende in der Bundesrepublik für den Ausstieg aus der wirtschaftlichen Nutzung der Atomenergie und gegen den Betrieb von Atomanlagen demonstriert. Überschlattet wurden die Protestaktionen mit Schwerpunkt in Brokdorf und Wackersdorf von zahlreichen lästlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Ohne Zwischenfälle verliefen Kundgebungen auf dem Umweltschutztag in Würzburg und am Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop.

BROKDORF (dpa/Reuters/ftb). Bei der größten Protestaktion setzten sich nach Angaben der Polizei mindestens 40 000 Menschen an der Untereibe gegen die bevorstehende Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brokdorf ein, von denen ein großer Teil in Polizeikontrollen und Verkehrsstaus weit vor dem Kundgebungs-ort steckenblieben. Dort setzten knapp 5000 Polizisten immer wieder Wasserwerfer und Tränengas ein, wobei neben einer Minderzahl militanter Chaoten auch zahlreiche friedliche Demonstranten in Mitteleinsatz wurden. Nach Angaben der Polizei wurden am Samstag 60 beantragte Verhaftungen auf von ihnen mußten sich in stationäre Behandlung bog-

ben. Über die Zahl der verletzten Demonstranten lagen am Sonntag keine Angaben vor. Etwa 150 Personen wurden festgenommen; gegen 78 von ihnen soll Strafanzeige gestellt werden.

Die Polizei begründete ihr Vorgehen damit, daß Beamte auf dem Kraftwerks-gelände und auch in umliegenden Ortschaften von Stahlkeulen, Leuchtpapern, Munition und anderen Wurfgeschossen getroffen worden seien. Eine große Zahl von Schlagwerkzeugen, Schutzwägen und andere Gegenstände wurden beschlagnahmt. In Wackersdorf beobachteten dagegen, daß die Polizei ohne erkennbaren Grund mit vier Wasserwer-

(Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 bis 5)

Zehntausende bei Protestdemonstrationen gegen die Atomanlagen

(Fortsetzung von Seite 1)

fern von dem Reaktorgebiet ausrückte und mehrere tausend Demonstranten auf der Elbseite zurückdrängte.

Die Veranstalter warfen der Polizei am Sonntag vor, das Demonstrationsrecht außer Kraft gesetzt und massive Gewalt gegen die Demonstranten eingesetzt zu haben. Die friedliche Kundgebung vor dem Gelände des Kraftwerks sei durch Wasserwerferinsätze mit CS- und CN-Gasbeimengungen aufgelöst worden. Dabei seien lebensgefährliche Situationen entstanden. Durch das Gas seien mehrere Menschen schwer verletzt worden. Die Gaseinsätze gegen Demonstranten hätten auch nach Auflösung der Kundgebung weiter stattgefunden.

Ein Großteil der aus Hamburg kommenden Demonstranten war bereits in dem Ort Kleve von der Polizei an der Weiterfahrt nach Brokdorf behindert worden, wie die Veranstalter berichteten. Dabei seien mit Maschinenpistolen ausgerüstete Beamte eingesetzt worden. Eine dieser Waffen wurde entwendet. Es habe zahlreiche Schwerverletzte gegeben. Durch Schlagstockeinsatz und Steinwürfe hätten Bundesgrenzschutz und Polizei etwa 80 Fahrzeuge beschädigt, zwei weitere Fahrzeuge seien ausgebrannt.

HAMBURG (Reuter). Nach schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei sind am Sonntag in Hamburg mehr als 200 Personen festgenommen worden. Nach Angaben eines Polizeisprechers hatten sich rund 800 teils militante Demonstranten auf dem Heiligengeistfeld im Stadtteil St. Pauli getroffen, um gegen das Vorgehen der Polizei bei der Demonstration von Brokdorf am Vortag zu protestieren. Größere Gruppen hätten in der Innenstadt zahlreiche Scheiben eingeworfen. Polizisten mit Stahlkugeln und Steinen beworfen und Brände entzündet.

det. Mehrere Beamte seien verletzt worden. Die Polizei konnte nach eigener Darstellung am Nachmittag etwa 200 bis 300 Personen umzingeln und festnehmen.

IHS WACKERSDORF/MÜNCHEN. Zu schweren Auseinandersetzungen kam es am Samstag am Bauzaun der geplanten Wiederaufbereitungsanlage für Atombrennstoffe (WAA) bei Wackersdorf in Bayern. Trotz des Verbotes der angemeldeten Demonstration hatten sich im Taxöldener Forst nach Polizeiangaben 15 000, nach Angaben der WAA-Gegner 30 000 Personen versammelt. Einige hundert militante Atomenerggegner gerieten in eine mehrstündige Auseinandersetzung mit der Polizei, wobei es etwa 110 zum Teil erheblich Verletzte auf beiden Seiten gab. Die Polizei nahm 40 Personen fest, von den vier dem Hafttrichter vorgeführt wurden.

Bei den im Vergleich zu Ostern und Pfingsten sehr viel geringeren Wasserwerferinsätzen wurde nur für kurze Zeit das umstrittene Reizgas CS eingesetzt. Nach den Auseinandersetzungen, die am Nachmittag begonnen hatten, herrschte bereits am frühen Samstagabend wieder Ruhe im Taxöldener Forst, den Tausende von Demonstranten bei Regenwetter schon Stunden zuvor verlassen hatten. Ein Polizeisprecher meinte, man habe „alles im Griff“ gehabt.

Vor dem CSU-Arbeitskreis „Polizei“ rechtfertigte Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) am Samstagmorgen in München die Ablösung des Regensburger Polizeipräsidenten Hermann Friker, der bis dahin die Einsätze in Wackersdorf geleitet hatte. Die Forderungen der Polizeibeamten „nach einer fachlich einwandfreien und verständnisvollen Führung“ seien in Wackersdorf nicht in dem möglichen Maße erfüllt worden, meinte Strauß, der zugleich die Forderung nach

weiteren personellen Konsequenzen — und zwar im bayerischen Innenministerium — zurückwies.

Strauß kündigte eine personelle Verstärkung der Sicherheitskräfte an. Aber wenn die Entwicklung in der Bundesrepublik so weitergehe, meinte er im Hinblick auf die gleichzeitigen Großdemonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf, werde man „auf die Dauer gar nicht so viele Polizeibeamte mobilisieren können“. Doch es müsse eine Situation beendet werden, in der „das Risiko der Polizeibeamten wesentlich höher als das Risiko gewalttätiger, krimineller Elemente“ sei.

Mehrere hundert österreichische WAA-Gegner, die nach Wackersdorf fahren wollten, waren bereits an der bayerisch-österreichischen Grenze zurückgewiesen worden. Ein Polizeisprecher teilte mit, daß an mehreren Grenzübergängen acht Omnibusse und zahlreiche Personenwagen mit Wackersdorf-Demonstranten zurückgewiesen worden seien.

KARLSRUHE (dpa). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte am Samstag den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen das Demonstrationsverbot in Wackersdorf zurückgewiesen. Zur Begründung hieß es unter anderem, angesichts des unmittelbar bevorstehenden Demonstrationbeginns habe man nicht die Möglichkeit gehabt, die Akten, aufgrund derer die angegriffenen Entscheidungen ergangen waren, beizuziehen.

MÜNCHEN (AP). Am Samstagvormittag fand in München eine Kinderdemonstration gegen die atomare Bedrohung statt, zu der eine „Krabellgruppe“, eine „Zwergel-Gruppe“ und andere Kinder- und Jugendorganisationen aufgerufen hatten. Nach Angaben der Polizei

nahmen etwa 9300 Personen, darunter 4000 Kinder, an der Demonstration teil.

HAMM-UENTROP (dpa). Rund 7000 Demonstranten versammelten sich am Samstag zu einer von starkem Polizeiaufgebot begleiteten friedlichen Demonstration gegen den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop. Sie solidarisierten sich mit den rund 50 Bauern, die seit Montag die Tore des Werkes mit landwirtschaftlichen Maschinen blockieren. Sprecher der Organisation „Bauern und Verbraucher“ warnten Mütter mit Kindern und Schwangere, sich zu lange auf dem Gelände aufzuhalten. Es seien immer noch erhöhte Werte gemessen worden. Die Landwirte verlangten den Entzug der Betriebserlaubnis für das Kraftwerk, rückhaltlose Aufklärung der Bevölkerung und die Berufung eines unabhängigen Wissenschaftlers in die Untersuchungskommission.

BONN (dpa). Die Bundesregierung hat die Ausschreitungen von Brokdorf und Wackersdorf verurteilt. Regierungssprecher Friedhelm Ost sagte, unter dem Deckmantel eines demokratischen Grundrechts hätten Chaoten und Krallmacher erneut kriminelle Taten begangen. Die Attacken auf Leib und Leben der Polizisten „als Hüter unserer Ordnung sind Handlungen, die mit größter Brutalität geplant und ausgeführt wurden.“ Solche Chaoten verstießen damit bewußt gegen die Rechtsordnung. Sie wollten den demokratischen Staat treffen.

Hans-Jürgen Bucher

„tageszeitung“, 9. Juni 1986

Polizei legte Demos still

130.000 demonstrierten im gesamten Bundesgebiet gegen Atomkraft / Große Koalition von SPD, CDU, CSU und FDP-Politikern kritisiert scharf „gewalttätige Demonstranten“ / Grüne und der SPD-Vorsitzende in Schleswig-Holstein kritisieren die Polizeieinsätze

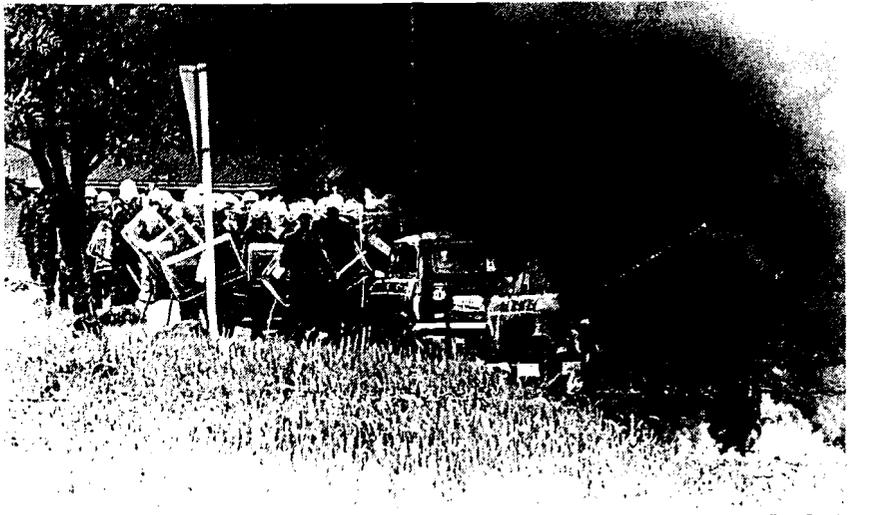
Von Oliver Tolmein
Berlin (taz) — In Brokdorf, auf dem Weg dorthin und in Wackersdorf kam es am Samstag zu heftigen, überwiegend von der Polizei provozierten Auseinandersetzungen zwischen Atomkraftgegnern und Ordnungsmacht. In Wackersdorf hatten sich trotz Demonstrationsverbot 30.000 Menschen an den Bauzaun gegeben. Am Nachmittag eskalierte nach Wasserwerfer- und SEK-Knüppelinsätzen die Situation; etwa 300 Demonstranten wurden leicht, 50 schwer verletzt.
In Brokdorf gelang es nur etwa 30.000 Menschen an den Bauzaun zu kommen. Der gesamte Hamburger Konvoi, 80 Busse und etliche PKWs, wurde in Kleve, 25 km vor Brokdorf, gestoppt. Mehrere Polizeihundertschaften und ein Sonderinsatzkommando aus Niedersachsen randalierten. Bei den Polizeih Übergriffen wurden über 100 AKW-Gegner zum Teil schwer verletzt. Angeblich sollen Demonstranten der Polizei eine Maschinenpistole entwendet haben, was angesichts der Übermacht und des überwiegend mit Distanzwaffen geführten Kampfes aber kaum vorstellbar erscheint.
Friedlich verliefen die Demonstrationen in München, Hamm-Uentrop und Regensburg. Nach den Auseinandersetzungen

drohte erwartungsgemäß der parteiübergreifende Distanzierungsschor: Martin Bangemann (FDP), Hans-Jochen Vogel (SPD) und Regierungssprecher Ost kritisierten die AKW-Gegner wegen

ihrer Militanz heftig. Franz Josef Strauß forderte, das Demonstrationsrecht weiter zu verschärfen, und die Gewerkschaft der Polizei verlangte eine „konsequente Aburteilung“ der Festgenommenen.

Kritik am Vorgehen der Polizei kam von den Grünen im Bundestag und vom schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Günter Jansen. Am Sonntagmittag kam es in der Hamburger In-

nenstadt zu Zusammenstößen zwischen einem massiven Polizeiaufgebot und etlichen hundert Autonomen.
Tagesthema Seite 2 und 3
Kommentar Seite 4



Polizeirandale in Kleve

Foto: Barnim

Pressekritik und Informationspolitik

3. Kommentare zu den Demonstrationsereignissen in der Berichterstattung vom 9. Juni

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 9. Juni 1986, Seite 1

Was der Polizei bleibt

Fl. Wohl ist richtig, daß am Samstag an verschiedenen Orten rund 60 000 Menschen überwiegend friedlich für den Verzicht auf die Kernkraft demonstriert haben. Zugleich aber bleibt festzuhalten, daß sich inmitten dieser Menge wiederum ungefähr fünf Prozent Gewalttäter bewegten, die dort Unterschlupf und Deckung fanden. In Brokdorf ist diesmal der ungewöhnliche Fall eingetreten, daß — wie Augenzeugen berichten — Chaoten und friedliche Demonstranten in der Nähe des Kraftwerks zeitweise örtlich getrennt waren, daß aber der Bundesgrenzschutz nicht die Chaoten zernierte, sondern die Kundgebung sprengte. Natürlich lassen sich im nachhinein die polizeitaktischen Ziele schlecht beurteilen. Aber wenn ein Polizeisprecher das Vorgehen später damit rechtfertigte, es seien bei vorangegangenen Ausschreitungen mehrere Beamte schwer verletzt worden, dann klingt das doch so, als habe man die Konfrontation mit den Chaoten bewußt vermieden.

Ist das verwunderlich? Die Polizei weiß aus langer, leidvoller Erfahrung, was am Ende eines solchen opferreichen Einsatzes steht: eine kurzzeitige Festnahme, gefolgt von der alsbaldigen Entlassung der Gewalttäter und einem

Verfahren am Sankt-Nimmerleins-Tag. An der Startbahn West, in Brokdorf, in Wackersdorf und wo immer es zu Gewalttaten kam, ist das schon ungezählte Male praktiziert worden. Der Gesetzgeber drückt sich um klare und praktikable Strafbestimmungen im Demonstrationsrecht, der Bundesgerichtshof seinerseits relativiert den Straftatbestand der Nötigung im politischen Bereich so weit, daß bei genügender Unterfütterung der jeweiligen Ziele mit privater Moral bald jede Blockade — speziell von kerntechnischen Anlagen — ungestraft möglich sein wird.

Da bleibt am Ende an wirksamen polizeilichen Maßnahmen gegen Gewalttäter nicht viel übrig. Weiträumige Absperrung des Demonstrationsorts und gründliche Durchsuchung der anreisenden Fahrzeuge sind eines der Mittel, die die Gerichte erstaunlicherweise noch nicht verboten haben. Zum anderen sollte die Polizei stets durch Stärke beeindruckt: ausreichende Einsatzkräfte sind wahrscheinlich die beste Abschreckung. Und schließlich könnte sie auch die Transportwege und -mittel der Chaoten mit Hilfe des Verfassungsschutzes besser durchleuchten und sich darauf einrichten. Aber wer weiß, ob so viel behördenübergreifende Zusammenarbeit in diesem Nachwächterstaat neuen Typs überhaupt zulässig ist?

SÜDWEST PRESSE, 9. Juni 1986, Seite 1

Heute

Denkpause?

uw. Drei große Demonstrationen fanden am Wochenende statt, auf allen drei wurde gegen die Nutzung der Kernenergie protestiert. In Brokdorf und in Wackersdorf gab es wüste Auseinandersetzungen, wurden Molotow-Cocktails geworfen, stellte die Polizei Bolzenschneider, Schlagwerkzeuge und Katapulte sicher. In Würzburg waren 10 000 Demonstranten in der Lage, friedlich, gewaltlos und entschieden für ihre Meinung zu streiten. Wie kommt's?

Der Deutsche Umwelttag, der von sieben Umwelt- und Naturschutzverbänden nach Würzburg einberufen wurde, ist für kriminelle Chaoten keine Adresse, ist unbekanntes Gelände. Die Landfriedensbrecher wissen nicht, ob sie hier Schutz, Deckung und Solidarität gefunden hätten, wie sie ihnen von den Demonstranten in Brokdorf und Wackersdorf gewährt wird.

Die Grünen tragen die politische Verantwortung für die Demonstrationen, zu denen sie aufrufen. Sie tragen mit an der Verantwortung für die Brutalität, mit der an den Bauzäunen gegen die Polizei gewütet wird. Es reicht nicht, sich vollmundig von den Gewalttätern zu distanzieren, die den Grünen wie die Kletten in den Kleidern hängen.

Hannegret Hönes, die Grünen-Sprecherin im Bundestag, irrt, wenn sie meint, Ausschreitungen seien für ihre Partei kein Grund, auf Aufrufe zu Demonstrationen zu verzichten. Eine Partei, die das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit wie ein Banner vor sich herträgt, scheitert am eigenen Anspruch, wenn gerade ihre Veranstaltungen in erster Linie von Gewalt geprägt sind, die das eigentliche Anliegen völlig untergehen läßt. Dem grünen Aktionismus wäre nach Brokdorf, nach Wackersdorf eine Denkpause dringend zu empfehlen. Doch soweit werden es die Aktivisten nicht kommen lassen, und die Gewalttäter werden es ihnen danken.

Wieder einmal Brokdorf

Von Enno v. Loewenstern

Die staatlichen Behörden sind gehalten, nach dem Vorbild friedlich verlaufener Großdemonstrationen versammlungsfreundlich zu verfahren und nicht ohne zureichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben." So heißt es im dritten Leitsatz jenes Brokdorf-Beschlusses, den der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am 14. Mai 1985 verkündete. Wie zum verspäteten Jubiläum dieses Beschlusses wurde am Wochenende wieder einmal eine Brokdorf-Großdemonstration veranstaltet. Dutzende Polizeibeamte wurden teils schwer verletzt. Wieder einmal haben sich bewährte Erfahrungen bestätigt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte auch postuliert: „Steht nicht zu befürchten, daß eine Demonstration im ganzen einen unfriedlichen Verlauf nimmt oder daß der Veranstalter und sein Anhang einen solchen Verlauf anstreben oder zumindest billigen, bleibt für die friedlichen Teilnehmer der von der Verfassung jedem Staatsbürger garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit auch dann erhalten, wenn mit Ausschreitungen durch einzelne oder eine Minderheit zu rechnen ist.“ Dabei war schon damals bekannt, daß die Friedlichen zwar manchmal verbal die Unfriedlichen mißbilligen, aber deren Auftritte nicht ernstlich zu verhindern suchen – schon gar nicht durch Kooperation mit der Polizei, die Kriminellen zu isolieren.

Jetzt hat die bewährte Erfahrung einen zusätzlichen Akzent erhalten. In Brokdorf rief ein Bremer Szenenagitor namens Jens Scheer die Friedlichen zum „Widerstand“ gegen den „Krieg“ auf, der „den Menschen und der Natur“ durch den Bau der Atomkraftwerke erklärt worden sei. Wie man „Widerstand im Krieg“ leistet, braucht niemandem erläutert zu werden. Womöglich noch deutlicher wurde Robert Jungk, der in Würzburg „Grüße“ an die, wie er mit teutonischer Ironie sagte, „bösen Chaoten“ in Wackersdorf und Brokdorf richtete. Gleichzeitig wurden mehrere Polizeibeamte in Kleve bei Wilster von den lieben Chaoten so zusammengeschlagen, daß sie mit schrecklichen Knochenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Jungk verkündete sein „Verständnis“ für jene, die ihrer „Ver-

zweiflung gegenüber dem Betonstaat“ Ausdruck verliehen und deren Verzweiflung von den Politikern nicht ernst genommen werde. Scheer feierte, noch direkter, den „Druck der Straße“. Während also das Bundesverfassungsgericht von dem treuherzigen Bild ausgeht, daß „die Versammlungsfreiheit zum Zwecke plakativer oder aufsehenerregender Meinungskundgabe in Anspruch genommen wird“, und: „In ihrer idealtypischen Ausformung sind Demonstrationen die gemeinsame körperliche Sichtbarmachung von Überzeugungen“, sagen es die Idealtypen klipp und klar: Es geht um Druck der Straße; eine Minderheit will ihren Willen der Mehrheit aufzwingen – also das Gegenteil des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats, in dem die Mehrheit unter dem Gesetz freientscheidet.

Daß hier kein Mißverständnis aufkommt, das sind nicht zwei Privatmeinungen: Das sind Aussagen zweier Hauptredner, die von den versammelten Friedlichen frenetische Zustimmung erhielten. Sie bekommt eine gespenstische Note angesichts der zunehmenden Vorliebe, kleine Kinder mitzuschleppen. Wenn ein Fünfjähriger „gegen Atomkraftwerke“ auftritt, der offensichtlich keine Ahnung hat, was er da plakatiert, so ist das eine Verletzung des Rechts auf Meinungsäußerungsfreiheit. Wenn er aber zudem in Gefahr gebracht wird, so zeigt das eine Menschenverach-



„Körperliches Sichtbarmachen von Überzeugungen“: Brokdorf, 7. Juni 1986
Foto: AP

tung, die an Zynismus nicht zu überbieten ist. Wer glaubt Leuten ihr Engagement für „die Menschheit“, die ihre eigenen Kinder für einen Rühr-Effekt aufs Spiel setzen?

Franz Josef Strauß zieht als erster die Konsequenzen; daß mit Wackersdorf ein Zentrum der aufsehenerregenden Meinungskundgabe in seiner Zuständigkeit liegt, führt zu einem interessanten Test. „Wir müssen die Mittel des Rechtsstaats so verstärken, daß wieder die normale Achtung vor dem Staat und seinen Einrichtungen zur Selbstverständlichkeit wird“, verspricht er; zugleich feuerte er den Polizeipräsidenten der Oberpfalz. Ob das gerecht ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Jedenfalls aber ist davon auszugehen, daß Strauß ein Zeichen setzen will: daß er nicht nur auf Gesetzesänderungen wartet, sondern mit den vorhandenen polizeilichen Möglichkeiten dem Staat wieder normale Achtung gegen die, wie er sie nannte, „wandernde Bürgerkriegsarmee von Chaoten“ verschaffen will.

In der Tat, wenn die Polizei nicht mehr nur defensiv hinter Zäunen verharrte, sondern endlich aktiv die Wanderarmee stellte, dann müßte es wohl möglich sein, die wenigen tausend Täter zu registrieren, vor Gericht zu bringen und somit auszuschalten. Falls Strauß damit Ernst macht, wird man sehen, ob die Wanderarmee überhaupt noch in Bayern einfällt. Das wird die erste interessante Lehre sein. Die zweite wird sein, ob Strauß, wenn er gegen die Gewalttäter durchgreift, davon politisch Schaden nimmt. Wenn nicht, dann könnten manche anderen Politiker daraus Schlüsse ziehen.

In Brokdorf beispielsweise wurde es diesmal versäumt, die abseits der Friedlichen operierenden Gewalttäter – für die übrigens der Ausdruck „Chaoten“ euphemistisch ist; sie handeln diszipliniert und zielbewußt wie gut ausgebildete Soldaten – einzukreisen und dingfest zu machen. In Wackersdorf dürfen wir nach den Worten des bayrischen Ministerpräsidenten erwarten, daß die nächste Gelegenheit gesucht und genutzt werden wird. Es wäre ein wichtiger Beitrag zur Hygiene im demokratischen Rechtsstaat.

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 9. Juni 1986, Seite 3

Ein Ritual

Das ist schon fast wie ein Ritual. Mehr oder weniger regelmäßig prallen am Wochenende Polizisten und kleine Gruppen aus Demonstrationen aufeinander, das Fernsehen heizt – ohne es zu wollen – mit martialischen Bildern die Stimmung an, kurz vor der Sportschau steigen dann bei Millionen Bürgern die ungenuten Gefühle hoch, und anschließend versammeln sich die Kommentatoren zur gemeinsamen Verurteilung der Gewalt.

Es war am Samstag in Brokdorf und in Wackersdorf wieder die kleine Zahl, der es gelang, die Schlagzeilen zu besetzen und das Anliegen zigttausender friedlicher Bürger zurückzudrängen. Und es ist niemand in Sicht, der über genügend Autorität verfügt, um den verummten, mit Steinen und Zwillen bewaffneten „Autonomen“ die Sinnlosigkeit der Gewalt zu vermitteln.

Es sieht so aus, als ob an diesem Wochenende mancher zu Hause geblieben ist, weil ihn die zwischen Gruppen und Warnung schwankenden Politiker-Erklärungen davon abgehalten haben, das Demonstrationsrecht wahrzunehmen. Vielen wurde darüber hinaus durch polizeiliche Vorfeld-Bockaden die Ausübung eines Grundrechts verwehrt.

Wenn also die Teilnehmerzahlen aus den Zentren des Protestes niedriger als erwartet waren, sollte weder in Bonn noch in München noch anderswo die Unionglauben, dies ließe sich auch als Ermunterung für einen ungebremsten Atomkraftkurs auslegen. Schwerste Bedenken gegen die nukleare Energie haben auch solche, die nicht auf Straßen gehen – bis weit ins konservative Lager hinein.

KOMMENTARE

Demo in Brokdorf — Ein Revival-Flop

Anti-Atomprotest erreichte trotz dem Massenzulauf nach Tschernobyl keine neue Qualität

Da waren sie wieder, die Bilder vom „vermummten Gewalttäter“, mit denen Fernsehreporter ihre Chefs und ihre Zuschauer gleichermaßen beeindrucken können. Stets läßt sich damit dieses angenehme Gruseln erzeugen und dieser scheinbar authentischen Blick auf die, die man getrost zum gesamtgesellschaftlichen Feindbild hochstilisieren und damit jede Auseinandersetzung mit den Ursachen ihres Protests abhaken kann.

Das ist die eine Seite. Die andere: Die große Schlacht am Zaun der Brokdorfer Nuklear-Festung hat gar nicht stattgefunden. Kaum mehr als symbolisch sind die Flaschen und Leuchtkugeln zu nennen, die über Wassergraben und NATO-Draht flogen, und — mal wieder — schlicht erlogen war die Behauptung, deshalb hätten Zehntausende mit Kampfgas eingeebelt und mit weiträumigen Luft-Boden-Manövern zerstreut werden müssen.

Nicht in milder ärmlich war freilich auch jener massenhafte, breite Protest gegen die Atomwirtschaft, auf den es ja eigentlich ankam. Strahlengang in politischen Willen zu verwandeln, Zorn auf die Irreführung durch die Betreiber des nuklearen Größenwahns zu demonstrieren, das Bedürfnis, „denen da oben“ Grenzen für ihre Ignoranz zu setzen, zu all dem hat der Aufmarsch in Brokdorf nicht getaugt, auch wenn es vielleicht Achtzig-statt der „amtlichen“ Vierzigtausend waren.

Denn es blieben eben doch nur wieder jene unter sich, die auch „vor Tschernobyl“ die Atomstromfabriken für überflüssig und gefährlich hielten. Das lag natürlich mit an der regierungsamtlichen Gegenmobilisierung. Und natürlich wirken all die selbsternannten Helden abschreckend, deren martialisches schwarzes Inponiergehabe mehr Angst als Mut zum gemeinsamen Handeln stiftet.

Aber das war eigentlich vorauszusagen. Und vor allem norddeutsche Anti-Atom-Bewegte müssen sich fragen, ob der Flop von Brokdorf nicht eigenes Verschulden war. Denn da wurde versucht, durch einschichtige Revival-Veranstaltung, angereichert mit dem Gefühl „Wir haben es doch schon immer gewußt“, die Niederlage von einst doch noch in einen Sieg zu verwandeln.

Den Millionen, die den Verharmlosern der Gefahren der Atomspaltung nicht mehr glauben wollen, bot das keine Möglichkeit, ihren Protest auszudrücken. „Lieber morgen verstrahlt als heute verprügelt“ heißt eben immer noch die Devise für die meisten.

Andere Aktionsformen, mindestens aber andere Demonstrationen hätten dieser Einstellung Rechnung tragen müssen. Stattdessen bekam die von der Kieler CDU-Regierung instruierte Polizei-Führung eine grandiose Möglichkeit, für Niedersachsens Landesfürst Albrecht und seine „Angst-vor-Chaos-Kampagne“ eine Woche vor der Landtagswahl eine gute Bürgerkriegs-Inszenierung auf die Beine zu stellen.

Harald Schumann

4. Kommentare aus der Nachberichterstattung

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 12. Juni 1986, Seite 3

Zauberformeln gibt es nicht

Von Karl-Heinz Krumm

Es ist schon erstaunlich, wie mit immer denselben rhetorischen Ritualen, pawlowischen Reflexen gleich, Politiker einer bestimmten Richtung samt ihrem publizistischem Begleittrio seit Jahren forsch und drohend auftreten, wenn — wie in den vergangenen Wochen bei Wackersdorf oder Grohnde — bei Großdemonstrationen einige hundert reisende Gewalttäter das Recht der freien Meinungsäußerung durch Gewaltaktionen mißbrauchen. Da werden, als ob dieses verdrießliche Thema nicht schon seit vielen Jahren wieder und wieder von allen Seiten beleuchtet worden wäre, sofort und stereotyp „schärfere Gesetze“ gefordert; alle nachdenklichen Kritiker aber, die diesen Weg nach langen Diskussionen für falsch oder gar kontraproduktiv halten, die Richter, auch in Karlsruhe, die Gewerkschaft der Polizei, liberale Politiker, sie alle sind nur Dummköpfe, ahnungslose Engel, Verharmloser, wie CSU-Stoiber am Dienstag in einem Rundfunk-Interview meinte.

Dass sich vor allem die bayerischen Landesfürsten und ihre verbalen Stoßtrupps, neben aller berechtigter Empörung über die randalierenden Gewalttäter am Bauzaun, über die jüngste Entwicklung sorgenvolle Gedanken machen, ist durchaus nachvollziehbar. Schließlich demonstrieren, Woche für Woche, in erster Linie die Bürger aus der Oberpfalz, die meisten von ihnen wohl bisher CSU-Wähler, gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage, und allein dies muß den Münchener Politikern mit dem ausgeprägten autoritären Staatsverständnis wie ein offener Aufruhr gegen die von ihnen geprägte öffentliche Ordnung erscheinen. Frage: Wie wäre es mit der nächtlichen Ruhe der Herren Strauß und Stoiber bestellt, würden in Wackersdorf nur viele tausend friedliche Bürger demonstrieren, ohne Chaoten, ohne Gewalt, ohne Aggressionen gegen die Polizei?

Festzustellen bleibt daher, zum wiederholten Male, daß die Diskussion, heute und früher, in erster Linie unter einem total konträren Staatsverständnis leidet. Wirkliche Demokraten fragen sich nach solchen Ausschreitungen immer wieder, wie man verhindern kann, daß einige wenige Gewalttäter, denen es ja häufig gar nicht um den konkreten Protest gegen Wackersdorf oder die Startbahn-West geht, das Recht von vielen tausend Menschen, ihre Meinung frei bei Demonstrationen artikulieren zu können, mißbrauchen oder gar gefährden. Die Stoibers

hingegen empfinden schon bloßen friedlichen Protest als aufmüpfige Zweifel an der Weisheit der (eigenen) Führung. Folgerichtig fällt ihnen denn auch stets nur die Forderung nach dem alten Landfriedensparagrafen ein, nach dem ja jeder, der sich nicht sofort nach der Auflösung einer Demonstration durch die Polizei entfernt, bestraft werden konnte.

Das aber ist, kurz gesagt, das klare Bekenntnis zum Prinzip der Abschreckung: Wer demonstrieren geht, soll wissen, daß er trotz friedlichem Verhalten mit dem Strafrechtsknüttel rechnen muß. Es hat denn auch nicht an Mahnungen für die Bürger gemangelt, möglichst nicht bei den Demonstrationen zu erscheinen.

Eine solche vorbeugende Abschreckung mit Hilfe des Strafrechts und dem Ziel, möglichst vielen Bürgern die Bereitschaft zum öffentlichen Protest gegen staatliches Handeln zu verderben, wäre schon nicht mit dem Brokdorf-Beschluß der Verfassungsrichter von 1985 vereinbar — aber das stört die politischen Hardliner absolut nicht. Sie bestehen hartnäckig darauf, die nach wie vor bestehende Beweisnot von Polizei und Justiz durch einen gesetzgeberischen Kunstgriff zu beseitigen.

Stichwort Beweisnot: Natürlich fragen sich inzwischen viele Bürger, warum es der Polizei trotz eines großen Aufgebots nicht gelingt, die Gewalttäter vor Ort festzunehmen und mit zuverlässigen Beweisen den Gerichten zu überstellen. Man wird sich also auch jetzt wieder mit polizeilicher Organisation, Ausbildung, Struktur und Führung beschäftigen müssen, um so in zäher Kleinarbeit das Demonstrationsrecht zu bewahren und zugleich der Gewalt einer kleinen Minderheit begegnen zu können.

Das ist und bleibt eine mühsame Kleinarbeit mit langen Lernprozessen, die Geduld, Verständnis und Toleranz auf allen Seiten und auch die Bereitschaft zu Fehlern erfordert. Eine Zauberformel gegen die Gewalt einer kleinen Minderheit, die sich offensichtlich von jeder staatlichen Ordnung verabschiedet hat, gibt es nicht, auch wenn das einige Politiker den Bürgern immer wieder einreden wollen.

Für die politische Führung in Bayern wäre freilich noch die dringende Empfehlung anzufügen, weniger über härtere Gesetze, sondern vor allem intensiv über die aktuellen Probleme der Atomkraft nachzudenken. Sonst könnten selbst unangreifbare CSU-Bastionen irgendwann einmal bröckeln.

Wann kommt die Einsicht?

fr. Ist es eine Randerscheinung, wenn einzelne SPD-Abgeordnete für die Exzesse bei Demonstrationen am Kernkraftwerk Brokdorf und an der Baustelle für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf der Polizei die Schuld geben? Das mündete in verschiedene, der Abreaktion dienende Gewaltveranstaltungen in Großstädten, in denen von Kernkraftwerk-Plänen nicht die Rede sein kann. Solche Urteile sind nur möglich, wenn die Gewalttäter, die sich des Vorwandes des Versammlungsrechts bedienen, wie eine Tarifpartei in Verhandlungen um die innere Sicherheit gesehen werden, denen die Polizei als „Sicherheitsgeber“ gegenübertritt. Leider hat der berühmte Brokdorf-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts von vor Jahresfrist, dem wahrscheinlich bald ein ähnlicher zu den Sitzblockaden als einer Form der Demonstration folgen wird, einer solchen Fehlauffassung Vorschub geleistet. Die Rechte derjenigen Bürger, die in Ruhe und Sicherheit leben wollen, werden in einer egalitären Konkurrenz gesehen mit den Rechten der anderen, die eine von demokratisch kontrollierten Staatsorganen getroffene Entscheidung nicht hinnehmen wollen. Da unterliegt die Rechtsordnung abermals dem ins Extreme getriebenen deutschen Idealismus. Das Unheil reicht bis in die jetzt in Bonn regierende Koalition hinein. Die FDP hat es verhindert, daß der bewährte Straftatbestand des Landfriedensbruchs wiederhergestellt wurde. Daß verumtmetes Auftreten von Demonstranten, in der Regel ein Vorzeichen und auch ein aufforderndes Signal für Gewalt, als eine Ordnungswidrigkeit gilt, reicht offenbar nicht aus, die seit einem Jahrzehnt auf eine bestimmte Taktik, nämlich die des Objektschutzes und der Konflikts-Minimierung gedrückte Polizei zu einem anderen Verhalten zu bewegen. Die Pflicht zur Verfolgung von Straftaten verschwindet hinter dem Schleier der „Verhältnismäßigkeit“. Gewalttäter bleiben geschützt von Neugierigen, Gleichgültigen und sich bewußt so gebenden Sympathisanten, gegen die nichts zu machen ist. Da klingt es doppelzünftig, wenn der FDP-Politiker Baum verlangt, es sollten an Ort und Stelle durch Staatsanwälte und Richter wenigstens Beweise gesichert werden. Wie das, wenn nicht oder nur durch Einsatz übermäßiger Mittel Tatverdächtige festgenommen werden können? Die Polizei braucht zuerst ein Strafrecht, das es ihr erlaubt, Gewalttäter zu fassen, und das geht nur, wenn nicht ängstliche Rücksicht auf die scheinbar friedlichen Herumsteher zu üben ist. Und es muß, ob am Ort oder in der Amtsstube, Hafttrichter geben, die die mutmaßlichen Gewalttäter erst einmal festhalten, und Staatsanwälte, die Anklage erheben. Nur so kann das entartete Demonstrationsrecht in seinem legitimen Kern wieder hergestellt werden.

Gewalt und Masse

Von Manfred Schreiber

In der Defensive gegen demonstrative Gewalt sind die Verantwortlichen in Politik und Polizei bislang nur von guten Ratschlägen umgeben.

Das Grundgesetz erlaubt nur friedliche Versammlungen. Für diese fordert das Bundesverfassungsgericht polizeifreie Räume, selbst wenn gewalttätige Minderheiten stören. Die Gewerkschaft der Polizei klagt, die Polizei habe nur die Kastanien für verfehlte Politik aus dem Feuer zu holen; sie dürfe nicht verheizt werden, man müsse sie mit Distanzwaffen unterstützen. Eines schärferen Rechtsinstrumentariums bedürfte es dagegen nicht. Das sagen auch nicht wenige Politiker. Sie meinen, die Polizeitaktik müsse verbessert werden. Mit Dokumentation (aber den Datenschutz natürlich beachten!) sowie Greiftruppen und schnellerer Bestrafung müsse man der Gewalttäter Herr werden. Der besorgte Bürger fragt sich, ob unser Staat nicht mehr fähig ist, ein paar tausend reisende politische Gewalttäter zu registrieren und dingfest zu machen.

Der Bürger ist am Ende seiner Geduld, die Polizei am Ende ihrer taktischen Möglichkeiten. Die Gewalt auf unseren Straßen ist auf dem Vormarsch, der Landfrieden bedroht, auch deshalb, weil Unfriedlichkeit durch politisch legitimierte Gruppen gefördert wird. Nur der Polizei ist es zu verdanken, daß sie in Situationen, die den Schußwaffengebrauch gerechtfertigt hätten, cool geblieben ist und dafür ihre Gesundheit geopfert hat.

Die Polizei wird mit der Menge nicht fertig, weil ihr ein Verhalten abgefordert wird, das vom idealen Menschenbild des einzelnen Bürgers gezeichnet wird. Das ist erst einmal zurechtzurücken. Nach meiner Erfahrung wohnt jeder, noch dazu von einer zielgerichteten Führungsgruppe beherrscht, größeren Anzahl von Menschen latent eine spezifische Gefährlichkeit inne, die aus dieser Gemeinsamkeit fließt und nur aus ihr letztlich faßbar ist. In einer Masse gibt es weder Bildungs- noch Vorbildungsunterschiede: Professoren agieren und reagieren wie Hilfsarbeiter. Dazu kommt, daß die Masse eine Sog- und Schutzfunktion für Einzelne ausübt, die soweit geht, daß der einzelne dort Neurosen entprivatisieren kann. Die Anonymität des

einzelnen in der Masse ist geeignet, ihn vor Strafverfolgung zu schützen, was seine Bereitschaft zur Begehung von strafbaren Handlungen und zur Solidarisierung mit Straftaten anderer erhöht. Die Anonymität der Masse fördert wie die Anonymität der Nacht die potentielle Täterschaft. Denken wir an die Ausschreitungen beim Fußballspiel Juventus Turin gegen Liverpool am 29. Mai 1985 in Brüssel, die 39 Tote und Hunderte von Verletzten zur Folge hatten.

Diese Gesetzmäßigkeiten der Massenpsychologie sind bekannt, aber Subjektiv guten Gewissens, will keiner wahrhaben, wie er sich in der Masse verhält.

Seit den Schwabinger Krawallen 1962 in München steht fest, daß in bestimmten Situationen die Herausfilterung von Gewalttätern aus der Masse unmöglich ist. Darüber täuschen taktische Ratschläge, jahrelange Ausbildung von Dokumentations-, Beweismittel- und Greiftruppen nicht hinweg. Die Erfahrungen in Brokdorf und Wackersdorf beweisen nur wieder: Man muß die friedlichen Personen aus der gewalttätigen Menge herausfiltern, indem man alle Anwesenden mit Strafe bedroht und auch zur Anzeigepflicht bringt, die einer Aufforderung

sich zu entfernen, nicht folgen. Damit die Friedlichen, die Neugierigen, sogar die Sympathisanten nicht stigmatisiert werden, gibt es ein rechtliches Regulativ im Paragraph 153 unserer Strafprozeßordnung: Ein Verfahren kann eingestellt werden, wenn die Schuld des Täters gering und die Folgen der Tat unbedeutend sind.

Die Länderjustizverwaltungen können wie in anderen Fällen auch mit ihren Staatsanwaltschaften festlegen, wer als Ersttäter nach seinem Persönlichkeitsbild nicht zur Rechenschaft gezogen wird. Wer aber mehrmals an verschiedenen Orten immer wieder diese Rechtswohlthat in Anspruch nehmen will, muß sich die Frage gefallen lassen, ob er zu den Friedlichen gehört. Dies zu klären, ist bei der gegenwärtigen Rechtslage nur schwer möglich.

Natürlich bedarf es einiger Rechtskorrekturen - Vermummung muß als Vergehen eingestuft werden, weil sich der Staat lächerlich macht, wenn er gegen einen Vermummten eine Geldbuße von beispielsweise 40 Mark verhängen will. Er weiß ja nicht einmal, wem er diesen Bußgeldbescheid zustellen soll, von der Beitreibung ganz zu schweigen.

Alle anderen Mittel helfen nicht. Das muß einmal ganz klar gesagt werden. Hoher Personalaufwand ist auf Dauer nicht zu erbringen, soll die übrige Sicherheit nicht weiter verschlechtert werden. Unter den technischen Mitteln ist der Wasserwerfer mit Reizstoffzumi- schung nur partiell und temporär geeignet. Der Ruf nach der Distanzwaffe ist ohnehin ein semantischer Betrug. Die Polizei hat nicht die Aufgabe, angreifende Gewalttäter auf Distanz zu halten, sondern sie hat Gesetzesbrecher aufzugreifen und dingfest zu machen.

Und grundsätzlich muß klar sein: Polizeibeamte sind verpflichtet und erhalten ihr Geld dafür, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie müssen dem Staat die Kastanien aus dem Feuer holen, wenn seine legitimen politischen Entscheidungen oder auch deren Unterlassung mit Rechtsverstößen oder gar Gewalt beantwortet werden. Wer dieses jedoch von den Polizeibeamten - zu Recht - verlangt, muß ihnen das notwendige rechtliche Instrumentarium zur Verfügung stellen.

GAST-KOMMENTAR

Professor Manfred Schreiber ist Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

5. Beitragskonstellation in der WELT vom 11. Juni 1986

WELT, 11. Juni 1986, Seite 1

Brokdorf: Grüne stimmten Vorgehen mit Gewalttätern ab

Zusammenspiel auch im Vorfeld der Großdemonstration in Hamburg

GEORG BAUER, Hamburg

Die politische Diskussion um die Nähe der Grünen zu militanten Kernkraftgegnern hat nach den Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf neue Nahrung erhalten. Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg, das sich auf Berichte in der alternativen „Tageszeitung“ stützt, haben Grüne gemeinsam mit als gewalttätig eingestuften „Autonomen“ ihr Vorgehen bei der Demonstration am Wochenende gegen das Kernkraftwerk besprochen. Einer der Organisatoren, Lars Hennings, ein Vertreter der Grünen aus Schleswig-Holstein, bestätigte im Gespräch mit der WELT derartige Zusammenkünfte. Im Vorfeld der Demonstration habe es eine Reihe von Treffen der Grünen und „Autonomen“ in Bremen, Hamburg und Kiel gegeben.

So war auf einer Versammlung im Hamburger Stadtteil St. Pauli unter anderem als oberstes Ziel formuliert worden, zum Gelände des Kernkraftwerkes durchzukommen. Als Bedingung war dabei genannt worden, Kontrollen durch die Polizei unmög-

lich zu machen. Grüne, „Gewaltfreie“ und „Autonome“ seien sich einig gewesen, Hindernisse zu „überwinden“, sofern die Konvois schon auf halbem Wege auf Grund von Durchsuchungen durch die Polizei gestoppt oder das Gelände des Kraftwerkes weitläufig abgesperrt werden sollte.

Nach dem Bericht in der „taz“ wurde auf den Treffen auch die Parole ausgegeben, bei Kontrollstellen „entschlossene Leute“ vorwegzuschicken. Während der Demonstration war es insbesondere in Kieve bei Brokdorf zu brutalen Ausschreitungen gegen die Polizei gekommen. Der Bericht bestätigt damit Informationen der Polizei, Verzögerungen an den Kontrollstellen seien auf das Konto der militanten Demonstranten gegangen. Die Veranstalter der Protestaktion hatten demgegenüber gesagt, die Ordnungshüter hätten bewußt diese Taktik angewendet, um die rechtzeitige Teilnahme von Kernkraftgegnern an der Kundgebung unmittelbar neben dem Kraftwerk zu verhindern. Tatsächlich hat nur ein Teil der Demonstranten bis zum Ende der Ver-

anstaltung den Kundgebungsplatz erreicht.

Einig waren sich die Gruppen auch darin, bei einem Scheitern des Marsches nach Brokdorf Ausweichziele wie die nächstgelegenen Einrichtungen der Atomindustrie oder ihrer Lobby ins Visier zu bringen.

Auch die einen Tag später organisierte Demonstration auf dem Heiligengrabenfeld in Hamburg, bei der es ebenfalls zu Krawallen zwischen Demonstranten und Polizisten kam, war ein Punkt der Übereinkunft. Sollten nicht alle Demonstranten Brokdorf erreichen, so die Maßgabe, müsse als Alternative einen Tag später eine Nachdemonstration in Hamburg organisiert werden.

Im „taz“-Bericht war auch von „Kirchenleuten“ die Rede, die gewillt seien, mit kleinen Sägen nach Brokdorf zu marschieren. Ferner seien Grüne, „Gewaltfreie“ und „Autonome“ übereingekommen, das Ende der Kundgebung nicht als Aktionsende zu betrachten. Lars Henning von den Grünen lehnte es ab, mit einer Erklärung auf Distanz zu den militanten Demonstranten zu gehen.

DER KOMMENTAR

Hand in Hand

ENNO v. LOEWENSTERN

Jahrelang wurde den Bürgern eingeredet, „friedliche Demonstranten“ könnten nichts dafür, wenn „Chaoten“ ihre Aufzüge „umfunktionierten“. Man dürfe also die einen nicht mit den anderen in einen Topf werfen oder gar Demonstrationen verbieten, nur weil „mit Ausschreitungen einzelner oder einer Minderheit zu rechnen ist“ (so das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Beschluß vom 14. Mai 1985).

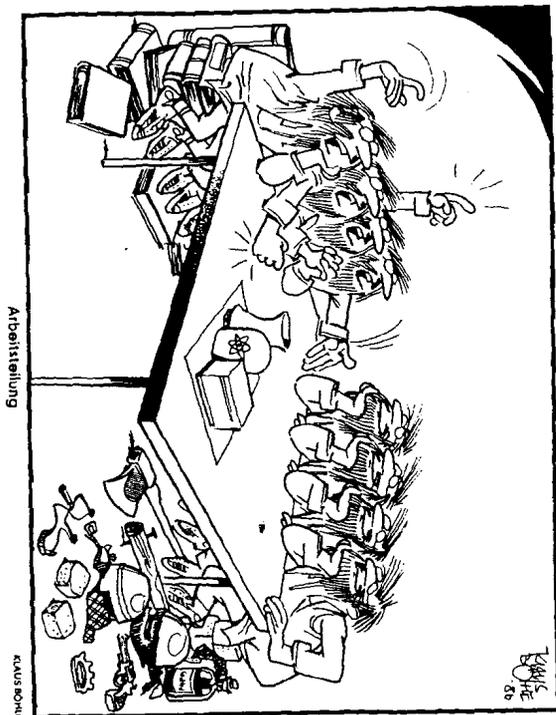
Jahrelang fragten die Bürger sich, wieso die angeblich so Friedlichen es nicht schafften, die Unfriedlichen fernzuhalten – schließlich weiß jeder, wie schnell man sonst aus einer Demonstration fliegt, etwa wenn man am 1. Mai Transparente zum Lobe des Paragraphen 116 entrollt oder in einem „Abrüstungs“-Umzug Parolen gegen die sowjetische SS 20 schwenkt.

An diesem Wochenende wurde das Rätsel gelöst. Nicht nur, weil einzelne Berufsfriedliche sich verplapperten, etwa als Robert Jungk von Würzburg aus

höhnisch die „bösen Chaoten“ grüßte oder als Jens Scheer in Brokdorf den „Druck der Straße“ pries. Vielmehr traten die Gewalttäter und die angeblich Friedlichen, wie man jetzt erfährt, vorher schon zu generalstabsmäßigen Besprechungen zusammen, wie man „Hindernisse“ auf dem Weg nach Brokdorf „überwindet“.

Was da als Chaoten bezeichnet wird, operierte nicht nur mit militärischer Disziplin, es konnte seine Einsätze sogar vorher mit militärischer Präzision planen. Was da als friedlich bezeichnet wird, stimmte zu, an den Kontrollstellen „entschlossene Leute“ vorzuschicken. Und so, wie es geplant war, wurde es auch gemacht: Dutzende teils schwer verletzter Polizeibeamter können es bezeugen.

Der Deutsche Bundestag sollte bei seinen Beratungen zum Thema Landfriedensbruch zur Kenntnis nehmen, was dem Bundesverfassungsgericht entgegen ist. Der Frieden des Landes steht zur Disposition.



Arbeitsteilung

KLAUS SCHMITZ

WELT, 12. Juni 1986, Seite 2



Der Kinderfinger von Brokdorf

KLAUS SCHMITZ

6. Karikaturen aus der Nachberichterstattung der WELT
WELT, 10. Juni 1986, Seite 2

Literatur

- Alberts, J.: Massenpresse als Ideologiefabrik am Beispiel „BILD“, Frankfurt 1972.
- Altheide, D.L.: Creating Reality. How TV news distort events, London 1976.
- Arens, K.: Manipulation. Kommunikationspsychologische Untersuchung mit Beispielen aus Zeitungen des Springer-Konzerns, Berlin 1973.
- Arndt, A.: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie. In: Löffler, M. (Hrsg.): Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, München, Berlin 1966, 1–21.
- Arnold, H.L. (Hrsg.): Vom Verlust der Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie, Göttingen 1988.
- Atkins, G./Rivers, W.: Reporting with understanding, Iowa 1987.
- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986.
- Bennett, L./Edelman, M.: Towards a new political narrative. In: Journal of Communication, Vol. 35, Nr.4 (1985), 156–171.
- Bennett, L./Gressett, L.A./Haltom, W.: Repairing the news: A case study of the news paradigm. In: Journal of Communication, Vol. 35, Nr.2 (1985), 50–68.
- Bird, S.E./Dardenne, R.W.: Myth, chronicle, and story. Exploring the narrative qualities of news. In: Carey, J.W. (ed.): Media, myths, and narratives. Television and the press, Beverly Hills, London, New Delhi 1988, 67–86.
- Blühm, E./Engelsing, R. (Hg.): Die Zeitung. Deutsche Urteile und Dokumente von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bremen 1967.
- Boventer, H.: Ethik des Journalismus, Konstanz 1984.
- Boventer, H.: Macht der Medien. Zum aktuellen Stand der Ethik-Debatte in Journalismus und Wissenschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46/47 (1988).
- Boventer, H. (Hrsg.): Medien und Moral. Ungeschriebene Regeln des Journalismus, Konstanz 1988.
- Bölsche J./Kilz, H.W.: Rufschädigung im demokratischen Auftrag. Investigativer Journalismus am Beispiel Barschel, Flick und Neue Heimat. In: Arnold, H.L. (Hrsg.): Vom Verlust der Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie, Göttingen 1988, 135–150.
- Bröcker, M./Berentzen, D./Brugger, B. (Hrsg.): Die taz – das Buch. Aktuelle Ewigkeitswerte aus zehn Jahren „tageszeitung“, Frankfurt 1989.
- Bröder, F.J.: Presse und Politik. Demokratie und Gesellschaft im Spiegel politischer Kommentare der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der „Welt“ und der „Süddeutschen Zeitung“, Erlangen 1976.
- Brühl, F.: Sprache im Hörfunk. Muttersprache 89, 1979, H. 3–4, S. 149–159.
- Bucher, H.-J.: Pressekommunikation. Grundstrukturen einer öffentlichen Form der Kommunikation aus linguistischer Sicht, Tübingen 1986.
- Bucher, H.-J.: Zeitungen und Leser im Dialog. Ein Beitrag zur kommunikativen Analyse von Presstexten. In: Weigand, E./Hundsnerscher, F. (Hrsg.): Dialoganalyse II. Referate der 2. Arbeitstagung Bochum 1988, Band. 1, Tübingen 1989, 287–303.

- Bucher, H.-J./Fritz, G.: Sprachtheorie, Kommunikationsanalyse, Inhaltsanalyse. In: Baacke, D./ Kübler H.-D. (Hrsg.): Qualitative Medienforschung. Konzepte und Erprobungen, Tübingen 1989.
- Buchwald, M.: Abgründe von Heuchelei. Brauchen und haben wir eine journalistische Ethik? In: *Medium*, April-Juni 1989, 36-43.
- Capo, J.A.: Normative issues for news as cultural celebration. In: *Journal of Communication Inquiry* 9 (2), 1985, 16-32.
- Carey, J.W.: Why and How? The dark continent of American journalism. In: Manoff, R.K./Schudson, M. (Eds.): *Reading the News*, New York 1986, 146-196.
- Cohen, S./Young, J. (eds.): *The manufacture of news. Social problems, deviance and the mass media*, London 1981, (revised edition).
- Davis, H.H./Walton, P.A.: Sources of variations in news vocabulary: a comparative analysis. In: *International Journal of the Sociology of Language* 40 (1983), 59-75.
- Davis, H.H.: Discourse and media influence. In: Dijk, T.A.van: (Ed.): *Discourse and Communication*, Berlin/New York 1985, 44-59.
- Deutsche Schriften für Literatur und Kunst, 1. Reihe, Heft 3: Über den Einfluß des Zeitungswesens auf Literatur und Leben, Kiel und Leipzig 1891.
- Deutscher Presserat: *Publizistische Grundsätze (Pressekodex)*, Bad Godesberg 1978.
- Dijk, T.A. van: Structures of news in the press. In: Dijk, T.A.van: (Ed.): *Discourse and Communication*, Berlin/New York 1985, 69-93.
- Dijk, T.A. van: Mediating racism: The role of the media in the reproduction of racism. In: Wodak, R. (ed.): *Language, power and ideology. Studies in political discourse*, Amsterdam/ Philadelphia 1989, 199-226.
- Dray, W.H.: „Explaining what“ in history. In: Gardiner, P. (Ed.): *Theories in History*, Toronto 1959, 403-408.
- Dray, W.H.: Einige Überlegungen zum Problem der Narrativität. In: Rossi, P. (Hrsg.): *Theorie der modernen Geschichtsschreibung*, Frankfurt 1987, 221-229.
- Duderstadt, J.: Die Kommentare der Bild-Zeitung. *Liberal* 17, 1975, S. 368-383.
- Dürst, A.: Die Sprache der Regenbogenpresse - am Beispiel von Neue Post und 7 Tage. *Wiss. Arbeit Tübingen* 1986.
- Eason, D.L.: Telling stories and making sense. In: *Journal of Popular Culture*, Vol. 15, Nr. 2 (1981), 125-129.
- Ebbighausen, R./Neckel, S. (Hrsg.): *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt 1989.
- Eich, H.: Kritik an der Sprache im Rundfunk. In: *Muttersprache* 70, 1960, S. 53-57.
- Enzensberger, H.M.: Der Triumph der Bild-Zeitung oder die Katastrophe der Pressefreiheit. In: ders. *Mittelmaß und Wahn. Gesammelte Zerstreungen*, Frankfurt 1988.
- Enzensberger, H.M.: Journalismus als Eiertanz. Beschreibung einer Allgemeinen Zeitung für Deutschland. In: ders. *Einzelheiten 1: Bewußtseins-Industrie*, Frankfurt 1964, 18-73.
- Erbing, L./ Ruß-Mohl, S./ Seewald, B./ Söseman, B. (Hgs.): *Medien ohne Moral. Variationen über Journalismus und Ethik*, Berlin 1988.

- Fabris, H.H.: Zwischen Politik und Politikinszenierung: Mediendiskurse der achtziger Jahre. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2 (1989), 119-128.
- Fink, H.: Superhit oder Spitzenschlager: Ein Versuch zur Häufigkeit und Funktion von Anglizismen und ‚Werbeanglizismen‘ in deutschen Jugendzeitschriften. In: *Studien zum Einfluß der Englischen Sprache auf das Deutsche*, hg.v. W. Viereck, Tübingen 1980, S. 185-212.
- Fischer, D.: Von Börne bis Kraus: Auseinandersetzungen um die Zeitung und ihre Sprache. In: *Publizistik* 28 (1983), 525-546.
- Fishman, M.: Crime waves as ideology. In: Cohen, S./Young, J. (eds.): *The manufacture of news. Social problems, deviance and the mass media*, London 1981, 98-117.
- Fishman, M.: *Manufacturing the news*, Austin 1980.
- Flottau, H.: *Hörfunk und Fernsehen heute*, München-Wien 1972
- Fowler, R.: *Linguistic criticism*, Oxford 1986.
- Fowler, R.: Power. In: Dijk, T.A.van (ed.): *Handbook of Discourse Analysis*, Vol. 4: *Discourse Analysis in Society*, London 1985, 61-82.
- Fowler, R.G. et al. (eds.): *Language and control*, London 1979.
- Fowler, R./Kress, G.: *Critical linguistics*. In: Fowler, R.G. et al. (eds.): *Language and control*, London 1979, 185-213.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: *Enzensbergersche Einzelheiten korrigiert von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Frankfurt 1963.
- Frei, N./Schmitz, J.: *Journalismus im Dritten Reich*, München 1989.
- Fritz G.: Kohärenz. Grundfragen der linguistischen Kommunikationsanalyse, Tübingen 1982.
- Fritz G.: Philosophy of language and communication theory. In: Dascal, M./Lorenz, K./Meggle, G. (eds.): *Philosophy of language* (erscheint).
- Galtung, J./Ruge M.: Structuring and selecting news. In: *Journal of Peace Research*, Vol. 2, 1965. (Neuabdruck in: Gottschlich, M. (Hrsg.): *Massenkommunikationsforschung. Theorieentwicklung und Problemperspektiven*, Wien 1987, 129-137.)
- Gassaway, B.M.: *The social construction of journalistic reality*, Ann Arbor 1984.
- Gaul, B.: Die Sprache der „Tageszeitung“ (TAZ) untersucht anhand von Beispielen aus der aktuellen Inlandsberichterstattung im Vergleich mit der „Frankfurter Rundschau“ (FR). *Wiss. Arbeit Tübingen* 1981
- Geiger, S.: Zum Trivialen im Informationsteil der Medien. Theoretischer Abriss und inhaltsanalytische Fallstudie. Berlin 1978
- Glasser, T.L.: Play, pleasure and the value of newsreading. In: *Communication Quarterly*, Vol. 30 No. 2, 1982, 101-107.
- Goettle, G.: Autoren taz: Ein Lehrstück für Parasiten. In: *die tageszeitung: Dichtung und Wahrheit*, Berlin 1988, 11-12.
- Goffman, E.: *Interaktionsrituale*, Frankfurt 1973.
- Good, C.: *Presse und soziale Wirklichkeit. Ein Beitrag zur „kritischen Sprachwissenschaft“*, Düsseldorf 1985.

- Good, C.: Zeitungssprache im geteilten Deutschland. Exemplarische Textanalysen, München 1989.
- Gotthardt, C.: Was Leitartikler nicht dürfen – die Fälle Sethe und Tern. In: Pfeiffer, H. (Hrsg.): Die FAZ. Nachforschungen über ein Zentralorgan, Köln 1988, 69–95.
- Grice, H.P.: Logik und Konversation. In: Meggle, G. (Hrsg.): Handlung, Kommunikation, Bedeutung, Frankfurt 1979, 243–265.
- Hall, S. et al.: The social production of news: mugging in the media. In: Cohen, S./Young, J. (eds.): The manufacture of news. Social problems, deviance and the mass media, London 1981, 335–367 (revised edition).
- Halloran, J.D./Elliott, P./Murdoch, G.: Demonstrations and Communication. A case study, Harmondsworth 1970.
- Harenberg, K.H.: Aus Bonn für Deutschland: „die Welt“. In: Thomas, W.M. (Hrsg.): Portraits der deutschen Presse, Berlin 1980, 109–126.
- Hartley, J.: Understanding News, London, New York 1982.
- Hartnack D.: Danielis Hartnacci Trachten von Einrichtungen der alten Teutschen und neuen Europaeischen Historien, Hamburg 1688.
- Hayek, F.A. von: Freiburger Studien, Tübingen 1969.
- Heim-Denndorf, C.: Trivialität in Frauenzeitschriften. Eine funktions- und inhaltsanalytische Untersuchung am Beispiel der Zeitschrift ‚Die Aktuelle‘, Wiss. Arbeit Tübingen 1987
- Heringer, H.J. (Hrsg.): Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen 1982.
- Heringer, H.J.: Sprachkritik – die Fortsetzung der Politik mit besseren Mitteln. In: Heringer, H.J. (Hrsg.) Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen 1982, 3–34.
- Heringer, H.J.: Keine akute Gefahr! Strategien kommunikativer Verunsicherung. Die Analyse eines Lehrstücks über „Angstvermeidung“. In: Bress, L. (Hrsg.): Medizin und Gesellschaft. Ethik – Ökonomie – Ökologie. Berlin/ Heidelberg 1987, 189–201.
- Herman, E.S./Chomsky, N.: Manufacturing consent. The political economy of the mass media, New York 1988.
- Holzer, H./Schuhler, C.: Presse, Funk und Fernsehen in der BRD. In: Kürbiskern 3 (1971), 402–420.
- Holzer, H.: Massenmedien oder Monopolmedien?, In: Kürbiskern 3 (1970), 626.
- Janik A./Toulmin, S.: Wittgensteins Wien, München/ Zürich 1987.
- Jansen, B./Klönne, A. (Hrsg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968.
- Kaltenbrunner, G.-K. (Hrsg.): Die Macht der Meinungsmacher. Die Freiheit zu informieren und informiert zu werden, München 1976.
- Karlson, H.: Vom Anschlag in Riem zum Anschlag gegen Links, In: Kürbiskern 2 (1970), Sonderdruck.
- Keller, R.: Zur Theorie sprachlichen Wandels. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 10 (1982), 1–27.

- Kepplinger H.M.: Die aktuelle Berichterstattung des Hörfunks. Eine Inhaltsanalyse der Abendnachrichten und politischen Magazine, Freiburg, München 1985.
- Kepplinger, H.M. Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, 15 (1989), 3–16.
- Kepplinger, H.M.: Die Kernenergie in der Presse. Eine Analyse zum Einfluß subjektiver Faktoren auf die Konstruktion von Realität. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40 (1988), 659–693.
- Kepplinger, H.M./Donsbach, W./Brosius, H.-B./Staab, J.F.: Medientenor und Bevölkerungsmeinung. Eine empirische Studie zum Image Helmut Kohls. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 38 (1986), 223–246.
- Klein, M.-L./Pfister, G.: Goldmädel, Rennmiesen und Turnküken. Die Frau in der Sportberichterstattung der BILD-Zeitung. Berlin 1985
- Kluthe, H.A.: Die öffentliche Aufgabe der Presse. In: Löffler, M. (Hrsg.): Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, München, Berlin 1966, 22–33.
- Koch, C.: Meinungsführer. Die Intelligenzblätter der Deutschen, Berlin 1989.
- Korda, R.M.: Für Bürgertum und Business: Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. In: Thomas, W.M. (Hrsg.): Portraits der deutschen Presse, Berlin 1980, 81–96.
- König, P.-P.: Zur strategischen Analyse authentischer Gespräche. In: Weigand, E./Hundsnißer F. (Hrsg.): Dialoganalyse II, Referate der 2. Arbeitstagung Bochum 1988, Tübingen 1989, 277–293.
- Krafka, I.: Die Entwicklungsgeschichte des westdeutschen Rundfunk-Features von den Anfängen bis zur Gegenwart. Phil. Diss. Wien 1974.
- Kraus, K. (Hrsg.): Die Fackel 1899–1936, 12 Bände, München 1968–1976.
- Kress, G.: Linguistic and ideological transformation in news reporting. In: Davis, H.H./Walton, P. (eds.): Language, Image, Media, Oxford 1983, 120–138.
- Kress, G.: Linguistic processes and the mediation of „reality“: the politics of newspaper language. In: International Journal of the Sociology of Language, 40 (1983), 43–57.
- Kress, G.: Ideological structures of discourse, In: Dijk, T.A. van (ed.): Handbook of Discourse Analysis, Vol. 4: Discourse Analysis in Society, London 1985, 27–42.
- Krohn, K.: Der Einfluß von computergesteuerten Redaktionssystemen auf die Zeitungssprache am Beispiel der Sportberichterstattung der Badischen Zeitung und des Südkuriers. Wiss. Arbeit Tübingen 1988
- Kuhn, T.S.: Neue Überlegungen zum Begriff des Paradigma, In: ders.: Die Entstehung des Neuen. Studien zur Struktur der Wissenschaftsgeschichte, herausgegeben von Lorenz Krüger, Frankfurt 1977, 389–420.
- Kusz, R.: Sprache und Stil der Zeitschrift ‚twen‘. Wiss. Arbeit Erlangen 1971
- Lippmann, W.: Die öffentliche Meinung, München 1964 (Orig.: Public opinion, New York, 1922).
- Löffler, M. (Hrsg.): Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, München, Berlin 1966.
- Löffler, M./ Ricker, R.: Handbuch des Presserechts, München 1978.

- Löffler, M.: Der Verfassungsauftrag der Presse. Modellfall Spiegel, Karlsruhe 1963.
- Löffler, R.: 'Radio 3 Südfunk Stuttgart'. Produktions- und Produktanalyse von Sendetexten und Struktur eines Unterhaltungs- und Informationsprogramms im Hörfunk. Wiss. Arbeit Tübingen 1982
- Lucas, J.: Diskussionen im Fernsehen. Eine sprachwissenschaftliche Untersuchung. Magisterarbeit Tübingen 1989
- Luce, R./Raiffa, H.: Games and decisions, New York 1957.
- Luhmann, N.: Öffentliche Meinung. In: Langenbucher, W.R. (Hrsg.): Zur Theorie der politischen Kommunikation, München 1974, 27-54.
- Lüger, H.H.: Pressesprache, Tübingen 1983.
- Manoff, R.K./Schudson M. (eds.): Reading the news, New York 1986.
- Mauthner, F.: Beiträge zu einer Kritik der Sprache, 3 Bände, Frankfurt/ Berlin/ Wien 1982 (Orig. 1906).
- Mayer, H. M.: Manipulation durch Massenmedien. Zur Sprache der kommerziellen Jugendzeitschrift BRAVO. Wiss. Arbeit 1981.
- McCombs, M.E./Shaw, D.L.: The agenda-setting-function of mass media. In: Public Opinion Quarterly 36 (1972), 176-187.
- Menz, F.: Manipulation strategies in newspapers: a program for critical linguistics. In: Wodak, R. (ed.): Language, power and ideology. Studies in political discourse, Amsterdam/ Philadelphia 1989, 227-249.
- Meyn, H.: Politische Tendenzen überregionaler Tageszeitungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Publizistik 1965, 412-423.
- Mitchell, W.J.T. (ed.): On narrative, Chicago 1981.
- Mittelberg, E.: Wortschatz und Syntax der Bildzeitung. Marburg 1967.
- Molotch, H./ Lester, M.: News as purposive behaviour: on the strategic use of routine events, accidents and scandals. In: Cohen, S./Young, J. (eds.): The manufacture of news. Social problems, deviance and the mass media, London 1981, 118-137 (revised edition).
- Muckenhaupt, M.: Text und Bild. Grundfragen der Beschreibung von Text-Bild-Kommunikationen aus sprachwissenschaftlicher Sicht. Tübingen 1986.
- Muckenhaupt, M.: Sprachanalyse und Sprachlehre als Bestandteil der Journalistenausbildung. In: Wilke, J.(Hrsg.): Zwischenbilanz der Journalistenausbildung, München 1987, 167-191.
- Murdock, G.: Political deviance: the press demonstration of a militant mass demonstration, In: Cohen, S./Young, J. (eds.): The manufacture of news. Social problems, deviance and the mass media, London 1981, 206-225.
- Mühlen, U.: Talk als Show. Eine linguistische Untersuchung der Gesprächsführung in den Talkshows des deutschen Fernsehens. Frankfurt a.M./ Bern 1985
- Müller, H. D.: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München 1968.
- Müller-Dohm, S.: Medienindustrie und Demokratie. Verfassungspolitische Interpretation - sozioökonomische Analyse, Frankfurt 1972.
- Narr, A.: Verständlichkeit im Magazinjournalismus. Probleme einer rezipientengerechten Berichterstattung im Hörfunk. Frankfurt a.M./ Bern 1988

- Noelle-Neumann, E.: Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt. Ein neuer Ansatz zur Analyse der Wirkung der Massenmedien. In: Publizistik 1 (1973), 26-55.
- Noelle-Neumann, E.: Das doppelte Meinungsklima. Der Einfluß des Fernsehens im Wahlkampf 1976. In: Politische Vierteljahrschrift, Heft 2/3 (1977), 408-451.
- Noelle-Neumann, E.: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - Unsere soziale Haut, München 1980.
- Nowotnick, M.: Musiksendungen für Jugendliche im Rundfunk. Zur Sprache der Moderatoren und ihrem „Jugendstil“. Wiss. Arbeit Braunschweig 1985/86.
- Pfeiffer, H. (Hrsg.): Die FAZ. Nachforschungen über ein Zentralorgan, Köln 1988.
- Phillips, B.: Novelty without change. In: Journal of Communication, Vol. 26, 4(1976), 87-92.
- Pisarek, W.: „Reality“ east and west, In: Davis, H.H./Walton, P. (eds.): Language, Image, Media, Oxford 1983, 157-164.
- Pohl, E.: Mediensprache: dem Verfall preisgegeben? Universitas 43, 1988, H. 6, 699-705.
- Reger, H.: Metaphern und Idiome in szenischen Texten, in der Werbe- und Presssprache. Hamburg 1980.
- Riehl-Heyse, H.: Bestellte Wahrheiten. Von der Freiheit eines Journalisten-Menschen, München 1989.
- Ritsert, J.: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung, Frankfurt 1972.
- Romano, C.: What? The grisly truth of bare facts. In: Manoff, R.K./Schudson M. (eds.): Reading the news, New York 1986, 38-78.
- Rossi, O.: Journalistische Dialektik. Eine Kritik der Tageszeitung zugleich eine Anleitung für ihre Leser, Wien 1920.
- Rotta, C.: Nachrichtensperre und Recht auf Information, Stuttgart 1986.
- Schleiermacher F.D.E.: Hermeneutik und Kritik. hrsg. von Manfred Frank, Frankfurt 1977. (Orig. 1838).
- Schlesinger, P.: Putting ‚reality‘ together. BBC news, London 1978.
- Schneider, P.: Die „Bild Zeitung“, ein Kampfblatt gegen die Massen. In: ders.: Ansprachen, Reden, Notizen, Gedichte, Berlin 1970.
- Schneider, W.: Deutsch für Profis. Wege zum guten Stil, Hamburg 1984.
- Schopenhauer, A.: Parerga und Paralipomena, Kleine philosophische Schriften, Zürich 1977, (Orig. 1851).
- Schubart, C.F.D. (Hrsg.): Deutsche Chronik, Jahrgang 1774 - Jahrgang 1777, Deutsche Neudrucke hrsg. von Henkel, A., Heidelberg 1975.
- Schudson, M.: The politics of narrative Form: The emergence of news conventions in print and television. In: Daedalus 111, No.4 (1982), 97-112.
- Schütze, C.: Skandal. Eine Psychologie des Unerhörten. Wie ein Skandal entsteht, wie man ihn betreibt, welche positiven und negativen Auswirkungen er für den Einzelnen und den Staat hat. Bern, München 1985 (Original 1967).

- Scriven, M.: Causes, connections and conditions in history. In: Dray, W. (ed.): Philosophical analysis and history, New York 1966.
- Seifert, T.: Sprache und Bild in Krimserien: Einflüsse, Entwicklungen, Unterschiede, Tendenzen. Ein linguistischer Indizienbeweis anhand der deutschen Krimserien ‚Der Kommissar‘ (1973), ‚Derrick‘ (1980) und der amerikanischen Serie ‚Die Strassen von San Francisco‘ (1976). Wiss. Arbeit Tübingen 1982.
- Sloterdijk, P.: Kritik der zynischen Vernunft, Bde. 1 und 2, Frankfurt 1983.
- Springer, A.: Von Berlin aus gesehen. Zeugnisse eines engagierten Deutschen. Stuttgart 1972
- Stieler, K.: Zeitungs Lust und Nutz. Vollständiger Neudruck der Originalausgabe von 1695, Bremen 1969.
- Straßner, E.: Rundfunknachrichten. Sozio- und psycholinguistische Aspekte. In: Sprache und Gesellschaft, hg.v. A. Rucktäschel, München 1972, S. 153–194.
- Straßner, E.: Sprache in den Funkmedien. Muttersprache 88, 1978, S. 174–182.
- Straßner, E.: Sprache in Massenmedien. In: Lexikon der Germanistischen Linguistik, hg.v. H.P. Althaus, H. Henne, H.E. Wiegand, Tübingen 1980, 328–337.
- Straßner, E.: Texte, die aufs Hören zielen. In: Die Sprachnorm-Diskussion in Presse, Hörfunk und Fernsehen, hg.v. B. Mogge, Stuttgart 1980, S. 220–229.
- Straßner, E.: Sprache in Spiel- und Fernsehfilmen. Medienbedingte Einflüsse auf dialogisches Sprechen. In: Medien und Deutschunterricht, hg.v. E. Schaefer, Tübingen 1981, S. 79–100.
- Straßner, E.: Sprache in Massenmedien – ein Forschungsüberblick. In: Semiotik und Massenmedien, hg.v. G. Bentele, München 1981, S. 57–74.
- Straßner, E.: Fernsehsendungen und ihre Sprachstrukturen. In: Sprache im Fernsehen, hg.v. I. Herrmann u. A.-L. Heygster, Mainz 1981, S. 169–184.
- Straßner, E.: Fernsehnachrichten. Eine Produktions-, Produkt- und Rezeptionsanalyse. Tübingen 1982
- Straßner, E.: Sprache in den Medien. In: Navicula Tubingensis, Studia in honorem Antonii Tovar, hg. v. F. Oroz, Tübingen 1984, 359–368.
- Straßner, E.: Ideologie – Sprache – Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs, Tübingen 1987.
- Straßner, E. (Hg.): Nachrichten. Entwicklungen – Analysen – Erfahrungen. München 1975
- Strecker, B.: Strategien des kommunikativen Handelns. Zur Grundlegung einer Grammatik der Kommunikation, Düsseldorf 1987.
- Tennigkeit, A.: Zur Überstilisierung des Trivialen: Sprache und Handlungsstruktur im Hörspiel „Der Frauenarzt von Bischofsbrück“. Wiss. Arbeit Tübingen 1987.
- Tern, J.: Der kritische Zeitungsleser, München 1973.
- Thomas, W.M. (Hrsg.): Portraits der deutschen Presse, Berlin 1980.
- Thompson, J.B.: Studies in the theory of ideology, Berkeley/ Los Angeles 1984.
- Tolmein, O./zum Winkel, D.: tazsachen. Krallen zeigen – Pfötchen geben. Hamburg 1989.
- Tönnies, F.: Kritik der öffentlichen Meinung, Berlin 1922.

- Trew, T.: „What the papers say“: linguistic variation and ideological differences, In: Fowler, R.G. et.al. (eds.): Language and control, London 1979, 117–156.
- Trew, T.: Theory and ideology at work, in: Fowler, R.G. et.al. (eds.): Language and control, London 1979, 94–116.
- Troesser, M.: Moderieren im Hörfunk. Handlungsanalytische Untersuchungen zur Moderation von Hörfunksendungen des Wetsdeutschen Rundfunks mit Publikumsbeteiligung. Tübingen 1986
- Tuchman, G.: What is news? Telling stories, In: Journal of Communication, Vol. 26, 4(1976), 93–97.
- Tuchman, G.: Making news. A study in the construction of reality, New York, London 1978.
- Tucholsky, K.: Presse und Realität, In: Tucholsky, K.: Gesammelte Werke in 10 Bänden, hrsg. von M. Gerold-Tucholsky/ F.J. Raddatz, Bd. 3, 1921–1924, 63–67, Reinbeck 1975, (Orig. 1921).
- Ullmann-Margalit, E.: Invisible-hand-explanations. In: Synthese 39 (1978), 263–291.
- Verschueren, J.: International news reporting. Metapragmatic metaphors and the U-2, Amsterdam/Philadelphia 1985
- Victor, W.: Über die Presse. 6 Kapitel für Zeitungsleser, Weimar 1949.
- Vogt, R.: Demonstranten und Chaoten. Zum Zusammenhang von Bezeichnungskonventionen und ideologischen Einstellungen in Presseberichten. In: OBST 29 (1984), 118–144.
- Vogt, R.: Peepshows – Nein danke! Subkulturelle Schreibweisen über Sexualität. In: Politische Sprachwissenschaft. Zur Analyse von Sprache als kultureller Praxis, hg.v. F. Januschek, Opladen 1985, 207–232.
- Weber, K.: Die Sprache der Sexualität der BILD-Zeitung. Ein interdisziplinärer Versuch über formal-synthetische Literatur. Berlin 1980.
- Weichler, K.: Lust und Frust der alternativen Presse. Reinbek b.Hamburg 1983.
- Wilke J.: Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten, Berlin 1984.
- Wimmer, R.: Überlegungen zu den Aufgaben und Methoden einer linguistisch begründeten Sprachkritik. In: Heringer, H.J. (Hrsg.): Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen 1982, 290–313.
- Wimmer, R.: Sprachkultivierung durch Sprachkritik: Ein Plädoyer für reflektierten Sprachgebrauch. In: Institut für Deutsche Sprache Mannheim, Mitteilungen 10, Mannheim 1984, 7–28.
- Wodak, R. (ed.): Language, power and ideology. Studies in political discourse, Amsterdam, Philadelphia 1989.
- Wodak, R./Gruber, H./Lutz, B./Menz, F.: Hainburg und die Medien – die Wirklichkeit ist so, wie wir sie sehen wollen. Eine qualitative textlinguistische Untersuchung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2 (1986), 139–155.
- Woisin, M.: Das Fernsehen unterhält sich. Die Spiel-Show als Kommunikationsergebnis, Frankfurt a.M. – Bern 1989.

- Wurster, U.: Die Sprache des SPIEGEL. Untersucht anhand der Berichterstattung im Kulturteil des SPIEGEL 1980. Wiss. Arbeit Tübingen 1981
- Young, J.: Beyond the consensual paradigm: a critique of left functionalism in media theory, In: Cohen, S./Young, J. (eds.): The manufacture of news. Social problems, deviance and the mass media, London 1981, 393-421 (revised edition).
- Zauzich, M.-C.: Vermittlung als Handwerk. Fälle aus dem Zeitungsalltag. In: Boverter (Hrsg.) 1988, 165-172.
- Zedler, J.H.: Grosses vollständiges UNIVERSAL-LEXIKON aller Wissenschaften und Künste. 61. Band, Leipzig und Halle 1749.
- Zimmermann, G.: Mediendeutsch der 80er Jahre. Einige Bemerkungen zum gegenwärtigen Sprachgebrauch. Muttersprache 98, 1988, S. 133-144.